

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Abonnenten: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingeklagen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Zeitschriften und Berichtsblätter 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. Dezember 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Reichs-Finanzreform.

Seit der Schaffung des Reichs trägt unser Finanzsystem den Charakter eines Notgerüstes. Selbst die Bestimmungen der Verfassung sind provisorischer Natur und als provisorisch auch nur gedacht. Die Grundlinien des ursprünglichen Verhältnisses zwischen dem Reich und seinen einzelnen Mitgliedern besahen darin, daß das Reich seine Bedürfnisse aus eignen Einnahmen decken sollte und nur für den Fall, daß sich diese Einnahmen als unzureichend erwiesen, sollten die Einzelstaaten für das rechnungsmäßige Defizit des Reichs-Haushalts aufzukommen haben. Der § 70 der Verfassung geht von der Annahme aus, das Reich würde in die Lage kommen, seine Einnahmequellen so zu erweitern, daß auf die Mittel der Einzelstaaten nicht mehr zurückgegriffen werden müßte.

Wismar ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Verbrauchsabgaben die idealste Form aller Steuern seien und legte darum seinen Plan darauf an, diese Verbrauchsabgaben des Reiches thunlichst zu vermehren. Wäre es nach seinen Wünschen gegangen, so wären die Ausgaben des Reiches nicht allein aus diesen indirekten Steuern gedeckt worden, sondern es wären auch riesige Summen aus ihnen flüssig gemacht worden, um die Einzelstaaten zu entlasten und die Steuerpflichtigen der besitzenden Klassen thunlichst einzuschränken. Diesen plutokratischen Grundcharakter hat das Reichsfinanzwesen trotz der verschiedenen Änderungen, die an ihm vorgenommen worden sind, dauernd behalten.

Wismar und seine Jünger wurden bei solchen Plänen nicht bloß von ihrer bürgerlichen oder junkerlichen Abneigung gegen direkte Steuern geleitet. Es handelte sich auch darum, den preussisch-deutschen Militärstaat unter eine möglichst starke Autokratie des Königs zu stellen und alle gesetzgebenden Faktoren für die stets weiter fortschreitenden Forderungen des Militarismus gefügig zu erhalten. Galt es doch die meisten deutschen Einzelstaaten nur unter kläglichen Protesten gegen die preussischen Militärlasten dem Norddeutschen Bunde und später dem Reich angegeschlossen. Konnte man das Reich von dem Brot, dem Fleisch, dem Salz, dem Tabak, dem Bier, das das Volk verbrauchte, durch Zölle und Steuern genug abzwacken, um nicht nur seine eignen Bedürfnisse zu decken, sondern mit seinem Wuchergerde auch die Staatslasten überschweben zu können, so war von den Regierungen der Einzelstaaten ein Widerstand gegen die immer größeren Leistungen nicht mehr zu erwarten. Da ferner der Reichstag zum größeren Teile aus Angehörigen und Vertretern der besitzenden Klassen besteht, war auch von ihm die Bewilligung militärischer Forderungen nur dann zu erwarten, wenn es nicht die besitzenden Klassen waren, die für die Züge aufzukommen hatten. Schließlich haben die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern auch den Vorteil, daß sie automatisch weiterlaufen. Das Parlament eines Reiches, dessen Etat auf indirekten Abgaben basiert, ist, sofern nicht besondere Bestimmungen geschaffen werden, des wichtigsten konstitutionellen Rechts aller Volksovertretungen, des Einnahmewilligungsrechts entbehrend.

Das Ideal, das dem Fürsten Wismar vorzuehnte, war also eine Königsdespotie, angelehnt im Interesse der besitzenden Klassen. Jedes ging es auch diesem Ideal des autokratischen Monarchismus wie allen Idealen: es wurde nur annähernd erreicht.

Als die Zoll- und Steuerreform des Jahres 1879 neue gewaltige Einnahmen brachte, wollte die Mehrheit des damaligen Reichstages zwar keineswegs die Lasten des Volkes vermindern, wohl aber den Einfluß der Einzelstaaten sowie des Reichstages auf die Einnahmepolitik des Reiches erhalten wissen. So entstand die sogenannte Frankensteinische Klausel, nach ihrem Urheber, dem Centrumsabgeordneten Frankenstein, so genannt, welche bis jetzt die Grundlage des Reichsfinanzwesens abgibt. Sie bestand ursprünglich aus zwei Teilen, deren erster die „bayrische Klausel“, das Recht der Einzelstaaten wahren, der zweite das Einnahmewilligungsrecht des Reichstages festlegen sollte. Der erste bestimmte, daß nur ein fester Betrag (130 Millionen Mark) von dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer dem Reich verbleiben, der Rest aber an die Einzelstaaten überwiesen werden sollte. Der zweite aber ging dahin, daß die Abgabe von Salz und einzelne noch näher zu bestimmende Zölle nicht ein für allemal, sondern nur von Jahr zu Jahr bewilligt werden sollten. Der erste Teil dieser Finanzklausel wurde angenommen, der zweite aber, gegen den sich Wismar mit großer Heftigkeit wandte, eiligst zurückgezogen, um die neu erworbene Freundchaft des Centrums mit dem Kaiser nicht zu stören.

Aber auch die Annahme des ersten Teils der Frankensteinischen Klausel hatte die Folge, daß die zur eignen Verwendung freien Einnahmen des Reiches auf eine unzureichende Summe beschränkt, die Erhebung von zu bewilligenden Matricularbeiträgen zur dauernd notwendigen Einrichtung gemacht wurden.

Dieses System hat bisher wohl eine teilweise, aber keine grundsätzliche Änderungen erfahren. Zu tiefen Änderungen gehört, daß auch die Einnahmen aus den Stempelsteuern sowie aus der Branntweinabgabe den Einzelstaaten überwiesen wurden, daß andererseits die Summe des festen dem Reich verbleibenden Betrags erhöht wurde, daß durch Schuldentilgungsgesetze die Ansichten der Einzelstaaten auf überschüssige Ueberweisungen vermindert wurde.

Praktisch hatte die neue Ordnung der Dinge die Wirkung, daß in dem Jahrzehnt 1883—1893 480 Millionen aus Reichsmitteln an überschüssigen Ueberweisungen in die Kassen der Einzelstaaten flossen.

Als nun Anfang der neunziger Jahre die neue Militärvorlage ein Loch in die schöne Rechnung riß und die Einzelstaaten für ein entstehendes Defizit aufkommen sollten, wurde die Frage einer Reichs-Finanzreform akut. Im Jahre 1893/94 ging dem Reichstage eine Finanzvorlage zu, wonach aus Tabaksteuern und andern Abgaben die Einnahmen des Reiches so (etwa um 100 Millionen) erhöht werden sollten, daß man der Einzelstaaten ein festes Plus der

Ueberweisungen von 40 Millionen Mark garantieren zu können glaubte. So lehrte, wenn auch in veränderter Form, das alte Ideal Bismarcks wieder.

Der Entwurf, dessen Vater Miquel war, fiel, und das gleiche Schicksal hatte auch eine zweite Vorlage vom Jahre 1894/95, die den Einzelstaaten die Sicherheit verschaffen sollte, daß die Matricularbeiträge die Ueberweisung niemals übersteigen würden.

Der entschiedenste Gegner solcher Finanzreformen war natürlich die Socialdemokratie. Dem ihnen allen lag der ursprüngliche Gedanke zu Grunde: die Einzelstaaten und die besitzenden Klassen sollen vor allen Forderungen des Reichs-Militarismus sichergestellt, die ganze Last zeitlos den Massen des Volkes aufgebürdet werden.

Die neueste Finanzreform bringt nichts als das alte Lied in einer neuen Tonart. Die Frankensteinische Klausel wird zwar nicht aufgehoben, aber ihre Bedeutung auf das äußerste eingeschränkt. Die eignen, nicht aus Matricularbeiträgen stehenden Einnahmen des Reiches werden erhöht und dadurch riesige Summen dem Einnahmewilligungsrecht des Reichstages entzogen. Der Betrag der Einnahmen, die der Bewilligung durch den Reichstag unterliegen, würde um etwa eine halbe Milliarde erniedrigt, und als kläglicher Rest blieben nur jene Matricularbeiträge in der Höhe von etwa 100 Millionen, die bis auf weiteres noch für die fortdauernde Ueberweisung der Verantwortschaft an die Einzelstaaten von diesen rückvergütet werden würden.

Die Erfüllung des — geflücht allerdings völlig unverbindlichen — Versprechens, daß „der budgetmäßige Betrag der von den Bundesstaaten aufzubringenden Matricularbeiträge den Betrag der von ihnen durchschnittlich in den fünf Vorjahren empfangenen Ueberweisungen in der Regel nicht übersteigen“ solle, würde zu demselben Zustande führen, der durch die gescheiterte Reform von 1894/95 erreicht werden sollte: die Einzelstaaten, d. h. unter den bestehenden Verhältnissen die besitzenden Klassen wären des letzten Restes von Sorge überhoben darüber, daß auch sie zum kleinen Teile wenigstens für die Kosten des Heeres und der Flotte aufkommen müßten.

Schade gewiß um jeden Groschen, der aus den Kassen der Einzelstaaten für dieses System angewendet wird. Aber Mitleid braucht man darum mit den Staatsregierungen noch lange nicht zu haben. Im großen und ganzen sind sie bei den Verhältnissen, wie sie sich seit der Frankensteinischen Klausel eingebürgert haben, recht gut weggekommen. Sie, die die überschüssigen Ueberweisungen in den fetten Jahren lächelnd eingestrichelt und in einer nicht immer einwandfreien Finanzwirtschaft verwendet haben, haben kein Recht, darüber zu klagen, wenn sie in mageren Jahren als ungedeckte Matricularbeiträge einen Teil des Erhaltenen wieder herauszahlen müssen.

Allezeit ist aus den angeführten Gründen die Sorge des Reichs-Schatzmeisters dahin gegangen, die Einzelstaaten thunlichst zu entlasten. Während ihr Zuschuß für Reichszwecke in den ersten Jahren nach der Reichsgründung 82, 59, 51, 52, 56, 64, 70, 64 Millionen betrug, beläuft er sich in den jetzigen kritischen Zeiten doch nur auf 23 Millionen.

Jedem man systematisch eine ganze Reihe von Posten, die eigentlich in den ordentlichen Etat gehörten, auf den außerordentlichen abwarf, schon man ihre Reichslasten einfach auf den Bankier als Gläubiger und das Volk als Schuldner ab. Seit 1877 stieg die Reichsschuld von 16 Millionen Mark auf mehr als drei Milliarden.

Die neue Reichs-Finanzreform will diesen Zustand bessern, indem sie einen weiteren Posten des ordentlichen Etats in den außerordentlichen abgibt. Wird wie bisher der zur Regel getordnete Fehlbetrag der Vorjahre auf den ordentlichen Etat übernommen, so haben die Einzelstaaten, sofern er nicht aus ordentlichen Mitteln gedeckt werden kann, für ihn aufzukommen. Jetzt sollen diese Fehlbeträge von vornherein auf den außerordentlichen Etat übernommen, d. h. durch Pump gedeckt werden.

Da man aber, wenn man der Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs Glauben schenken darf, nicht bloß neue Schulden, sondern auch alte tilgen will, bleibt immer noch die große Frage offen, womit das eigne Defizit des Reiches gedeckt werden soll, wenn „in der Regel“ ungedeckte Matricularbeiträge nicht erhoben werden.

Ein alter Possentwiz giebt zur Aufsehtung von Kanonen das Rezept: man nehme ein Loch und gieße Metall herein. Herr von Stengel stellt sich das Zustandekommen der Reichs-Finanzreform ähnlich vor, aber vorläufig hat er nur das Loch genommen und woher das blinkende Metall kommen soll, wenn es nicht aus den Einzelstaaten kommt, das ist vorläufig sein großes Geheimnis.

Die konservative Presse hat also die Bedeutung der neuen Vorlage sehr richtig begriffen, wenn sie über sie jubelt, weil jetzt — der neue Zolltarif möglichst bald in Kraft gesetzt werden müßte. Was dieser aber nicht bringen wird, das müßten offenbar neue Reichssteuern bringen. Das sieht auch die Centrumpresse ein und es ist ihr gar nicht wohl bei dem Gedanken, daß durch neue Steuererlässe die Popularität ihrer Partei und ihr reichstreuer Bewilligungseifer in einen tragischen Konflikt geraten könnte. In ähnlichem Sinne spricht sich die freisinnige Presse aus, während die Organe der Partei Dreifache noch nicht wissen, woher der Wind weht.

Die Socialdemokratie wird über das Wesen dieser Reform nicht lange im Zweifel sein. Diese Reform will bei den Einzelstaaten den letzten Rest von Verantwortlichkeit gegenüber der Reichswirtschaft erlösen, sie will die besitzenden Klassen dauernd vor allen Reichslasten sichern, sie will die konstitutionellen Rechte der Volksovertretung mindern, sie läuft in ihrem Enderfolg auf eine Vermehrung der Klassenunterschiede hinaus. Sie ist nichts als ein Teil jenes Systems, dem die Vertreter des Proletariats noch keinen Namen und keinen Groschen bewilligt haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Ballekrem-Stolberg-Paasche.

Die zweite Sitzung verhalf dem neuen Reichstag in mühsamer Zettelwahl zu seinem Präsidium. Mehr denn drei harte Stunden wurden für das langweilige Geschäft verbracht, dessen Ergebnis die Stabschefen ohne Seniorenloung ganz für sich im Voraus geregelt hatten. Ballekrem, Stolberg, Paasche heißt das Triumvirat, das aus den decimal frisch aufgestellten Bronzearnen heraufstieg, zur Erfüllung der Polizeifunktion, die Ordnung innerhalb und außerhalb des Sitzungssaales aufrecht zu erhalten. Das veränderte die Dantrede des Grafen Ballekrem in gewollter Erinnerung an die Zolltarif-Campagne als die erhabene Aufgabe des Reichstagspräsidenten, in dessen Zusammenlegung für solche Zwecke ein socialdemokratischer Vizepräsident allerdings schlecht gepakt hätte. Im unmittelbaren Anschluß an diese etwas provokatorisch gefärbten Worte hat, wie um sie zu mildern, der Präsident der Mehrheit um die allseitige Unterstützung des Hauses. Das Ergebnis der Wahl, das ihn auf seinen Posten berief, paßte allerdings sehr schlecht zu dieser Hoffnung. Die hundert unbeschriebenen Zettel, die bei der Wahl des Präsidenten abgegeben wurden, sagten ganz unverblümt, daß Graf Ballekrem nicht mehr wie vor fünf Jahren das Vertrauen aller Parteien des Parlaments besitz, daß man ihm jene systematischen Rechtsbrüche gegen die Minderheit nicht verzeihen hat, an welche auch die in der Zwischenzeit schon recht schäbig gewordenen weihrosen Fischbäckerleibchen aus dem Tische des Hauses erinnerten.

Die unbeschriebenen Zettel bei der Präsidentenwahl rührten nicht nur von unserer Fraktion her, die etwa 70 Mann stark antwortend war. Ihrer Demonstration werden sich außer der freisinnigen Vereinigung und der Polen wohl auch einige Mitglieder der freisinnigen Volkspartei angeschlossen haben, die nicht zur unbedingten Gefolgschaft des Herrn Richter gehören.

Unter der Leitung des Grafen Ballekrem, dem Herr v. Winterfeld die Schelle abgetreten hatte, ging die Wahl des ersten Vizepräsidenten vor sich. Auf Singer fielen unsere 68 Stimmen, 25 Zettel waren unbeschrieben, 3 Stimmen zerplittert, während die Mehrheit den Grafen Stolberg wählte.

Daß die Nationalliberalen für die Stelle eines zweiten Vizepräsidenten nicht den Prinzen Schönaich-Carolath, von dem zuerst die Rede war, sondern Herrn Paasche in Vorschlag brachten, soll nach ihren eignen Angaben eine Verbeugung vor dem bürgerlichen Empfinden in ihren Reihen darstellen, dem es unbehaglich sei, wenn das Präsidium der bürgerlichen Institution des Parlaments von zwei Grafen und einem Prinzen gebildet worden wäre. Herr Paasche ist merkwürdiger Weise noch nicht gewählt, aber sein wackeres Agieren macht ihm durchaus würdig, an der Seite der beiden feudalen Großgrundbesitzer zu sitzen. Die 103 unbeschriebenen Zettel, die seine Wahl begleiteten, werden das Hochgefühl dieses deutschen Rasterbürgers nicht allzu sehr stören.

Der Name des Herrn Liebermann v. Sonnenberg wurde bei dem ersten und zweiten Wahlgang einmal, beim letzten sogar zweimal unter der verständnisvollen Heiterkeit des Hauses aus der Urne geholt. Die Ehre wiederkehrte sonst immer Herrn Altvater, dessen Karrenlapse jetzt einem andern auf das Haupt gestülpt ist.

Die Wahl der acht Schriftführer ging, wie die Geschäftsordnung vorschreibt, in einem Wahlgange vor sich. Das Ergebnis soll aber erst in der nächsten Sitzung mitgeteilt werden. Erst dann wird man erfahren, mit wieviel Stimmen unsere Genossen Richard Fischer und Schippel in der Minderheit geblieben sind. Noch wurden als Quänteren die Abg. Rintelen (L.) und Mülling-Perber (nat.) vom Präsidenten ernannt, dann schloß ein Nocturn auf die verstorbenen Kollegen die Sitzung.

Vier Tage nahm das Haus Pause, um sich zum ersten größeren parlamentarischen Kampfe zu rüsten. Am Mittwoch beginnt die Generaldebatte über den Etat.

Zur ostpreussischen „Hochverrats-Beihilfe“.

Aus Königsberg wird uns telegraphisch mitgeteilt, daß jetzt auch in Lillit bei bekannten Socialdemokraten eine Haus-suchung aus Anlaß des Hochverrats-Verfahrens vorgenommen wurde. Ansehend hat die Razzia keinerlei Ertrag geliefert. Auch ist schwer zu ersehen, auf Grund welcher thatächlichen Verdachtsmomente hin solche Hausdurchsuchung unternommen wird. Jedenfalls genügt der im Russendienst erteilten Behörde die Thatfache, daß jemand ein bekannter Socialdemokrat ist und in einem Orte wohnt, der geographisch zur Vermittelung einer Druckschriftensendung nach Ausland geeignet ist.

Ferner werden uns aus Königsberg geradezu ungläubische Mitteilungen über das Vorgehen der Justizbehörde gegen unsere in Untersuchung befindlichen Genossen Braun und Kowogradsky gemacht. Dem letzteren ist jetzt verweigert worden, Besuche seiner Frau selbst unter Aufsicht von Beamten zu empfangen. Dem Genossen Braun ist sogar das bisher gestattete Lesen der milden liberalen „Königsberger Morgenzeitung“ verboten worden! Wie ist ein solches Verbot möglich? Womit versucht die Untersuchungsbehörde es zu rechtfertigen? Es ist gänzlich unerfindlich, wie eine solche Maßregel begründet werden könnte. Allerdings könnte unser Parteigenosse Braun durch die Zeitung Kenntnis erhalten, daß die öffentliche Meinung Deutschlands gegen das ihm angefügte Verfahren nachdrücklich zu protestieren beginnt, — dies aber kann natürlich nicht der Grund des unerklärlich seltsamen Verbotes sein!

Der ostpreussische „Hochverrats-fall“ zeitigt stets erschütternde Erscheinungen. Der Dienst des Justizsystems sporn die Justiz in der Grenzprovinz zu Leistungen, die in aller Kulturwelt die höchste Entzückung entfachen.

Eine sozialpolitische Tragikomödie.

Die sozialpolitische Gesetzgebung auf den in früheren Kundgebungen vorgezeichneten Grundlagen fortzuführen, sind die Regierungen fest entschlossen — so verkündet die Thronrede. Und sogleich bekräftigt die Thronrede, daß in der That die Sozialpolitik in derselben tragikomischen Unentschiedenheit und Schlägigkeit fortgeführt werden soll, die sie bisher stets ausgezeichnete. Die sozialpolitischen Pläne der Regierungen werden in die Ausführung zusammengefaßt, daß dem Reichstage eine Vorlage unterbreitet werden wird, welche die Absicht hat

in Erfüllung eines weitverbreiteten Wunsches Streitigkeiten der Handlungsgehilfen aus ihrem Dienstverhältnisse vor einem durch sachkundige Richter aus den Reihen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vermittelten Gericht in einem schleunigen Verfahren zum Austrag zu bringen.

Mehr als der unter wöhnlichen Worten vergeblich verborgene Mangel sozialpolitischen Willens charakterisiert diese demnachst zu erwartende Vorlage die preussisch-deutsche Sozialreform.

Schon bei Schaffung des Gewerbegerichts-Gesetzes verfuhr die sozialdemokratische Fraktion, die Handlungsgehilfen gleichfalls unter die Bestimmungen dieses Gesetzes zu bringen. Fast in jeder Session lehrte dieser Antrag wieder. Der damalige Handelsminister v. Perlepp unternahm eine Rundfrage an die Handelskammern über die Notwendigkeit der Schiedsgerichte, das Reichsjustizamt und das Reichsamt befanden sich nach den vielfachen Erklärungen des Staatssekretärs beständig in „Erwägungen“ und „Verhandlungen“. Dieses Stadium dauerte eine Reihe von Jahren fort, bis im Januar 1902 ein Antrag Bassermann im Plenum zur Beratung kam, der im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Forderung den Anschluß der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Amtsgerichte verlangte. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen. Bei dieser Gelegenheit teilte die Regierung mit, daß „immerhalb der Ressorts Verhandlungen geschlossen würden und die Feststellung eines Entwurfs in nicht zu fernem Zeit erfolgen würde.“ Die ewigen Verhandlungen fanden ihren äußeren Abschluß in der Regierungsvorlage über die „Kaufmannsgerichte“, die Ende des Jahres 1902 erschien. Dieser Entwurf brachte die Anfechtung der neu zu schaffenden Institution an die Gewerbegerichte. Er war lediglich eine Abschrift der Bestimmungen des Gewerbegerichts und trug neben vielen anderen Mängeln den, daß die Berufungsumme — gleichfalls dem Gewerbegerichts-Gesetz entnommen — auf 100 M. angesetzt war. Trotzdem erhob sich in Unternehmerkreisen der Sturm des Unwillens. Besonders die von Großindustriellen beherrschten Handelskammern brachten von neuem sogenannte Gutachten, nach denen der sociale Friede, das patriarchalische Verhältnis zwischen Chef und Angestellten bei Annahme des Gesetzes in die Brüche gehen würde. Ausnahmslos forderten dagegen sämtliche Gewerbegerichte den Anschluß der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte und die Erhöhung der Berufungsumme.

Selbst Graf v. Podbielski, der sicherlich nicht revolutionärer Gesinnung geziehen werden darf, hielt diesen Anschluß als den zweckmäßigsten. Alle sozialpolitisch thätigen Handlungsgehilfen-Vereine traten den annahmlich aufstrebenden Handelskammer-Gutachten entgegen, nach denen im weitgehendsten Fall ein Anschluß der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte und eine Erhöhung der Berufungsumme der Weisiger erfolgen sollte.

Der Schluß des Reichstags brachte wiederum eine Vertagung der Frage. Vor einiger Zeit meldete nun ein Lokalblatt, das durch seine Gefinnungslosigkeit zum offiziellen Organ berufen ist, daß die Frage der kaufmännischen Sondergerichte werde demnächst dem Bundesrat beschickt werden und daß nicht nur die Angliederung an die Amts- oder Gewerbegerichte offen gelassen ist, sondern auch die Frage, ob die Mitglieder dieser Gerichte gewählt oder ernannt werden sollen. Gewisse Vorgänge bei den Gewerbegerichtswahlen haben in Regierungskreisen die Meinung nicht verflacht, auch die Mitglieder der neuen Gerichte aus Wahlen hervorgehen zu lassen.

Die Thatsache also, daß sozialdemokratische Arbeiter in zunehmendem Maße als Weisiger gewählt worden sind und werden, hat die Regierung nochmals schwantend gemacht, und sie beabsichtigt die Ernennung der Weisiger zu den Kaufmannsgerichten vorzuschlagen. Dieser Absicht entspricht völlig die unendliche Form der Bilowschen Erklärung in der Thronrede. Die großindustriellen Handelskammern haben seit langen die selbst von Gewerbegerichts-Vorsitzenden und sonstigen behördlichen Korporationen schon häufig widerlegte Älge verbreitet, daß die sozialdemokratischen Gewerberichter das Recht zu Gunsten der Arbeiter beugen. Sie verlangen eine Unternehmerrücktritt unter der Weisiger sorgfältig geübt, ihren Wünschen willfähriger Angestellter. Der Arbeitsvertrag der Handlungsgehilfen soll unter keinen Umständen der Rechtsprechung einer Massenjustiz entzogen werden. Der heutige Zustand bedingt für die Handlungsangestellten trotz mannigfacher Verbesserungen des Handelsgesetzbuches die völlige Rechtslosigkeit, weil der Rechtspruch der ordentlichen Gerichte für die Rechtsuchenden in den meisten Fällen infolge des kostspieligen und langwierigen Verfahrens nicht zu erlangen ist. Aber gegenüber den Plänen der Regierung die Weisiger zu ernennen, würden die Handlungsgehilfen lieber auf Kaufmannsgerichte verzichten. Die Scharen der Handlungsgehilfen, die bisher der Sozialdemokratie noch fern standen, werden in die sozialistischen Reihen förmlich hineingeweicht werden, und damit wird die Absicht der Regierung wohl erfüllt sein. — Die Geschichte dieser Kaufmannsgerichte ist die Geschichte der gesamten Sozialreform: Müßige Unthätigkeit der Regierung und widerstandslose Abhängigkeit vom Scharfmacherbunde. —

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Freitagabend die Genossen Nebel und Singer als Redner zur ersten Lesung des Entwurfs. Sodann wurde über die einzubringenden Initiativanträge Beschluß gefaßt. Ein Antrag verlangt die Wiederherstellung der früheren Bestimmung in der Geschäftsordnung des Reichstages über die Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“. Ein zweiter Antrag verlangt für alle Bundesstaaten und für Ethik-Volksting eine Volksvertretung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für alle über zwanzig Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts gewählt wird. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes usw., der seit 1894 regelmäßig von unsrer Fraktion ohne wesentliche Änderungen eingebracht wurde, wurde nach lebhafter Debatte in seinen Grundlagen gutgeheißen, aber es wurde eine Kommission von neun Kollegen gewählt, welche die gegebenen Anregungen prüfen und eventuelle Änderungen, die die Grundlagen des Entwurfs aber nicht betreffen, ausarbeiten soll. Der vorliegende Entwurf soll jedoch einstweilen in seiner jetzigen Fassung eingebracht werden. Beschlossen wurde ferner die Einbringung der Anträge betreffend die Aufhebung der Rasseausbeleidigungen-Paragrafen und der Erweiterung des Art. 31 der Verfassung, der von der Immunität der Mitglieder des Reichstages handelt. Der Antrag unsrer Fraktion verlangt, daß auf Befehl des Reichstages jede Inhaftierung eines Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperioden aufgehoben werden muß. Der Gegenterwurf über das Koalitionsrecht soll in der nächsten Sitzung nochmals durchberaten werden. Ebenfalls soll über die andern noch einzubringenden Anträge in der nächsten Fraktionssitzung verhandelt werden. Beschlossen wurde schließlich, einen Antrag einzubringen, der die geheime Wahl bei den Annapshafwahl verlangt. —

Gegen den Lügen im Heere

wendet sich wieder einmal ein hoher Offizier, der kommandierende General des ersten Armeekorps, Freiherr von der Goltz. Der General behauptet zwar, daß im allgemeinen beim häuslichen Leben der Offiziere von einem übertriebenen Luxus nicht gesprochen werden könne. Wenn die Offizierslaufbahn gleichwohl den Söhnen minder bemittelter Familien mehr und mehr verschlossen werde, so liege das an der unzureichenden Verteuerung

der Offizierslaufbahn. Einmal mache sich das Sinken des Geldwertes — anders ausgedrückt das Steigen der Wohnungs- und Lebensmittelpreise, das man gewöhnlich in Anschlag zu bringen vergißt, sobald es sich darum handelt, den „begehrlichen“ Arbeitern ihre Lohnerhöhungen vorzurechnen! — überaus fühlbar, andererseits hätten sich auch die Anforderungen des Dienstes gesteigert.

Was die letzteren anlange, so könnte manche Ausgabe sehr wohl wegfallen durch Vereinfachung der offiziellen und inoffiziellen Geselligkeit, durch Einschränkung der „Liebesmäher“ usw. Statt dieser kostspieligen Arrangements solle man lieber gemeinsame Vergnügungen schlichterer Art, wie kleine Sommerausflüge, einführen. Im Grunde ihres Herzens möchten viele der jüngeren Offiziere die kostspieligen Kasino-Veranstaltungen nur mit heimlichem Seufzen mit um, aus einem falschen Ehrgefühl heraus, nicht den Schein der Niedrigkeit oder gar der Armut auf sich zu laden.

In dieser Beziehung müßten die herrschenden Ehrbegriffe im Offiziercorps reformiert werden. Die Offiziere müßten sich dessen bewußt werden, daß es unehrenhaft sei, auf anderer Leute Kosten „nobel“ zu sein und das Geld der Eltern oder Verwandten (der Verfasser hätte schon deutlicher sagen können: Schwiegereltern) fortzuschlagen. Das sei des Hochstaplers Geschäft!

Man sieht, der Herr General scheut nicht vor einer kräftigen Kapuzinade zurück. Aber ob er nehmenswerten Erfolg haben wird? Es macht sich ja so schon, wenn er schließt: „Meine Weisheit darf daher geschaut werden, den Offizier wieder mit dem Stolz der Armut zu erfüllen, den einst der Ordensritter empfand, als er dieser Göttin mit bloßem Paar und nackten Füßen die ewige Kreuze schwor“, aber Herr von der Goltz wird ja selbst aus der Geschichte wissen, daß die Ritterorden gar bald mit andern Gelübden auch das der Armut über Bord warfen und durch Prundenjagerei, Heppigkeit und Ausschweifungen excellierten.

Das Wassenhandwerk an sich ist so aller Ideale, aller erhabenden Momente bar, daß es wenig Liebhaber finden würde, wenn es nicht einen bevorzugten gesellschaftlichen Rang verliehe, die Anwartschaft auf alle materiellen Genüsse böte, die heute geschätzt werden. Daß kein Offizier nach einer kleinen Grenzgarison abgehoben werden will, daß man eine solche Verletzung einer Strafverletzung gleich erachtet, ist ja der beste Beweis für diese Thatsache. Durch die Verschmelzung der im Offiziercorps dominierenden Geburtsaristokratie mit der Finanzaristokratie sind die Ansprüche begrifflichweise noch außerordentlich gestiegen!

Der „Stolz der Armut“ des Herrn v. d. Goltz wird deshalb ein Ideal sein, das in Offizierkreisen keinen Kurs erlangen wird. Feu, Weiber und Pferde, ja, da weiß man eher wo und wie! —

Abenteuerliche Schicksale zweier Flugblattverbreiter.

Aus Königsberg, den 2. Dezember 1903, wird uns geschrieben: Zwei Genossen kamen am Sonntag, den 21. Juni, im Remeler Wahlkreis bei der Flugblattverbreitung auf das Gehöft eines litauischen Bauern. Da niemand in der Wohnung anwesend war, legten sie die Blätter auf den Tisch. Beim Verlassen der Wohnung kamen ihnen jedoch der Besitzer aus einer andern Thür nach. Mit den Worten: „Wieder vom verfluchten Braun!“ verfehlte er dem einen Genossen einen Stoß in das Gesicht, daß er auf die Straße flog. Den zweiten Genossen trat er mit dem Fuß in den Unterleib, daß er fast zusammenbrach. Die gebaute Stellung des Genossen benutzte der Bauer, um ihn vollends zu Boden zu drücken. Dann bearbeitete er dessen Gesicht mit den Fäulen in der unmenslichsten Weise. Später erzählte der Bauer im Dorfe, daß er es den Sozialdemokraten ordentlich gegeben habe. Nach Remel zurückgekehrt begab sich der Gemithandelte zu einem Arzt, der ihm folgendes Attest ausstellte:

„Am 10^{ten} Uhr abends erscheint der Arbeiter Sch. in meiner Wohnung zur Unternehmung. Derselbe ergiebt folgendes: Das linke Auge ist in seiner Umgebung so geschwellt, daß die Lidspalte geschlossen ist. In derselben ist flüssiges Blut sichtbar, sowie die Hornhaut rot von Blut unterlaufen. Das rechte untere Auge ist ebenfalls blutunterlaufen. Die Verletzung ist Folge stumpfer Gewalt.“

Unter Weisigung dieses Attestes stellte der so arg Gemithandelte bei der Remeler Staatsanwaltschaft gegen den Weisiger Strafantrag. Nach etwa zwei Monaten erhielt er den Bescheid, daß im öffentlichen Interesse gegen den Weisiger kein Strafverfahren eingeleitet werden könne, da die Unternehmung bei im Strafantrag angeführten Thatsachen nicht als so schwerwiegendes Material ergeben habe. Es gehe auch aus dem ärztlichen Attest nicht hervor, daß hier eine schwere Körperverletzung vorliege. Es werde anbegehrt, gegen den Weisiger auf dem Wege der Privatklage vorzugehen.

Viel Zeit zur Verbitterung über diesen sonderbaren Bescheid blieb den Genossen nicht; denn schon nach 14 Tagen erhielten sie eine Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs“ zugefickt, den sie am Sonntag, den 21. Juni, bei der Flugblattverbreitung in der Wohnung und auf dem Gehöft des Weisigers, der sie gemithandelt hatte, begangen haben sollten. Schon am 7. November fand vor dem Schöffengericht zu Remel die Verhandlung statt. Als Zeugen gegen die beiden angeklagten Genossen waren von der Staatsanwaltschaft geladen der beteiligte Weisiger und dessen Dienstmädchen. Auf Grund der Aussagen dieser Zeugen wurde jeder der beiden Genossen, von denen der eine nur einmal vorbestraft, der andre vollständig unbestraft ist, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt. —

Reaktionäres aus der Republik Sammonia.

Frucht vor dem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie hat allem Anschein nach die erstmalige Thatsache zu Wege gebracht, daß der Hamburgische Senat, nachdem ihm erst vor 14 Tagen ein Gesetzentwurf betreffend Neuverteilung von Wahlbezirken in ziemlich richtiger Weise von der Linken-Majorität der Bürgerschaft vor die Füße geworfen war, mit fabelhafter Gefährdung eines neuen Entwurfs ausarbeiten ließ und der Bürgerschaft zur Genehmigung vorlegte. Derselbe sieht erst auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung und ist — nach Hamburgischer Gesinnung — deshalb seinem Wortlaut nach noch nicht bekannt. Nach den Mitteilungen des Präsidenten in der gestrigen Sitzung enthält er jedoch neben der Einrichtung von Wahlbezirken mit nur je einem Abgeordneten — an Stelle der bisherigen Doppelmantel — die von der Linken aus durch vor der Sozialdemokratie geforderte Einführung von Stichwahlen. Da man sich auf den Vorschlag unsres Genossen Stolten, für die Bürgerschaftswahlen den Proporz einzuführen, kaum einlassen wird, dürften die Stichwahlen in Hamburg Gesetz werden, und damit wäre, das läßt sich nicht verkennen, die Position der alten bürgerlichen Parteien, die sich bei jeder Stichwahl mit und ohne Frage zusammenschließen würden, der Sozialdemokratie gegenüber ein wenig gebessert. Jedoch bleiben unsre Chancen angesichts der vielen Neubürger der letzten Jahre noch immer ausgeglichen für die bevorstehenden Wahlen.

Und wie nötig es ist, daß die Sozialdemokratie in größter Zahl in die Bürgerschaft einzieht, das beweist die letzte Sitzung derselben zur Evidenz. In das Budget werden jedes Jahr 1 Million Mark für unvorhergesehene Ausgaben eingestellt. Aus diesem Fonds bewilligt der Bürgerausschuß, eine von der Bürgerschaft gewählte Korporation, die eine Art Kontrollkommission für alle Staatsangelegenheiten ist, auf Antrag des Senats die für besondere, unvorhergesehene Ereignisse nötigen Gelder. Der Bürgerschaft lag nun ein Antrag des Senats vor, für diesen Fonds in diesem Jahre noch 250 000 M. zu bewilligen, da die Million Mark nicht ausgereicht habe. Diese Forderung gab unsern Genossen Stollen Anlaß zu einer sehr scharfen Kritik des Senats und des Bürgerausschusses. Die 250 000 Mark sind nämlich nahezu allein verbraucht zu einer pompösen Feier bei Gelegenheit der Enthüllung des Denkmals für Wilhelm I. — drei Tage nach dem grandiosen Reichstags-Wahlzuge der Sozialdemokratie. Aus Plünnen, bunt gefärbten Brettern,

Wach, Gips und andern Jauch hatte man damals prunkhafte Ehrenpforten, Triumphstrahlen, Zelte und im Hafen gar das Abbild eines alten Schiffes aufgezimmert. Dazu gab es eine große Casserol und manche andre kostspielige Sache. Jetzt sollen die Steuerzahler den Nummel bezahlen, und darüber herrscht große Entrüstung bis tief hinein in das Bürgerthum. Aber der Bürgerausschuß, der die Gelder in Raten von 175 000 M. und 50 000 M. bewilligt hat, sieht sich noch aufs hohe Pferd und läßt durch seinen Sprecher, den freiwilligen Senatskommissar Dr. Woffohn, verkünden: der Bürgerausschuß, der sein Mandat durch die Verfassung habe, sei niemand Rechenschaft schuldig, und eine Diskussion dieser Angelegenheit vor der Offenlichkeit sei taktlos. Unser Genosse Stollen ließ sich trotz dieser hochtrabenden Worte nicht abhalten, den Herrschaften das Bewußtsein zu schärfen, indem er ihnen sagte: daß sie ohne Frage den Steuerzahlern Rechenschaft schuldig seien, da sie auf deren Kosten die Gelder bewilligt hätten. Ein derartiges Verfahren sei eine Verletzung des Budgetrechts der Bürgerschaft, das diese sich unter keinen Umständen gefallen lassen dürfe. Wenn von geförderter Seite bei derartigen Festlichkeiten mehr gefordert würde, als man bieten wolle, und der Senat nicht fähig sei, dagegen Widerstand zu leisten, so solle wenigstens die Bürgerschaft die Kraft haben, Einhalt zu gebieten, daß nicht die Gelder der Steuerzahler derartig vergebend würden.

Zum Schluß wurde das auch im „Vorwärts“ schon erörterte Vorgehen der Hamburger Steuerbehörde gegen eine ganze Anzahl Arbeiter erörtert, die sich auf ein ihnen das Wahlrecht garantierendes Einkommen von 1200 M. per Anno eingelassen haben, ohne Verantwortung von der Behörde aber auf ein niedrigeres Einkommen herabgesetzt wurden, so daß sie das Bürgerrecht nicht erwerben können. Genosse Stollen hatte einen Antrag eingebracht, der eine unabweidende Fassung der Formulare für die Steuererklärungen bezweckte und weiter forderte, daß die Steuerdeputation veranlaßt werden soll, Verabschungen von Gelbtheilnahmen ohne zwingenden Grund zu unterlassen, Verabschungen innerhalb einer Steuerstufe aber unter allen Umständen zu vermeiden. In der Begründung des Antrages wandte sich Genosse Stollen nochmals scharf gegen die Maßnahmen der Steuerbehörde, die willkürlich und daher haubrechtlich nicht zu rechtfertigen seien. Da ein hervorragender Hamburger Jurist im „Correspondenz“ denselben Standpunkt vertreten hat, beantragte ein Redner der Linken, die Sache an einen Ausschuß zu verweisen, der die Rechtslage und die thatsächlichen Vorgänge prüfen solle. Die Rechte beantragte dagegen, vom Antrag Stollen den Teil anzunehmen, der eine unabweidende Fassung des Einkommensformulare fordert, im übrigen den Antrag abzulehnen; dafür aber den Senat zu ersuchen, mitzugenehigen, daß hinfort die Steuerbehörde eine Herabsetzung des angegebenen Einkommens erst nach Anhörung des Steuerpflichtigen erfolgen dürfe. Dieser Antrag der Rechte wurde angenommen, alle andern Anträge abgelehnt. Hinfort wird die Steuerbehörde also die Leute erst hören und ihnen dann das selbst eingelassene Einkommen herabschneiden, indem sie vom Einkommen z. B. die Beiträge für Kranken- und sonstige Arbeiter-Versicherung in Abzug bringt. Das darf nämlich nach dem Hamburger Einkommensteuer-Gesetz geschehen, muß aber nicht geschehen. Die Steuerbehörde hat es trotzdem, und zwar in zahlreichen Fällen gegen den Willen der Steuerpflichtigen, gethan und diesen dadurch die Möglichkeit genommen, das Bürgerrecht zu erwerben. Freilich dürfen werden ihnen auch diese Maßnahmen nicht viel, das werden die Wahlen im Februar zeigen. —

Zur bairischen Wahlrechts-Reform.

Gegen die Wahlrecht-Vorlage der bairischen Regierung wird seit einiger Zeit von den Liberalen im ganzen Lande eine lebhafteste Agitation entfaltet. Es sind namentlich zwei Punkte, gegen die sich ihre Opposition richtet, nämlich die Einführung der relativen Mehrheit und die vorgeschlagene Wahlkreis-Einteilung. In zahlreichen liberalen Versammlungen ist erklärt worden, daß diese beiden Punkte nicht die Zustimmung der Landtags-Fraktion finden dürfen. Da die sozialdemokratische Fraktion und das Centrum nicht die für die Wahlrechts-Reform nötige Zweidrittel-Mehrheit aufbringen können, so wird das Schicksal der ganzen Vorlage davon abhängen, daß es gelingt, wenigstens mit einem Teil der Liberalen eine Verständigung zu erzielen. Dazu scheint bis jetzt wenig Aussicht vorhanden zu sein. In den letzten Tagen hat der Wahlrecht-Ausschuß einige Sitzungen abgehalten, in denen ein liberaler Antrag, wonach die relative Mehrheit durch die absolute Mehrheit und Einführung der Stichwahlen (wie bei den Reichstagswahlen) zu ersetzen sei, gegen die Stimmen der Liberalen und Bauernbündler abgelehnt wurde. Das jetzige Verhalten der Liberalen ist umso auffälliger, als lediglich auf ihr Verlangen hin in der in der vorigen Session beschlossenen Resolution, die die Grundzüge für die Wahlrechtsreform festlegte, die relative Mehrheit aufgenommen wurde und zwar gegen den anfänglichen Widerspruch des Centrums. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Segitz, erklärte, daß unsere Partei principiell am Proportional-Wahlrecht festhält und alle andern Systeme lediglich als einen Nothbehelf betrachtet; es liege aber kein Anlaß vor, jetzt einen Frontwechsel vorzunehmen. — Ein weiterer liberaler Antrag wollte eine Art Ausnahmsregel gegen Beamte und Geistliche einführen. Er verlangte, daß Beamte und Geistliche, die dadurch zu öffentlichen Aergernissen Veranlassung geben, daß sie unter Mißbrauch ihres amtlichen oder kirchlichen Einflusses Wahlbeeinflussung treiben, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden können. Von ultramontaner Seite wurde hier auf die oftmals noch viel schlimmeren Wahlbeeinflussungen der Fabrikbesitzer und Direktoren hingewiesen. Ein liberaler Kommerzienrat bemerkte hierauf mit unschuldvoller Miene, in seiner oberfränkischen Heimat seien solche Fälle gänzlich unbekannt. Ihm wurde sofort die gebührende Antwort durch unsern Genossen Segitz zu teil, der ihm nachwies, daß gerade in Oberfranken Wahlbeeinflussungen durch Fabrikanten bei den Reichstagswahlen an der Tagesordnung waren und auch zu einem Wahlprotest geführt haben. Im übrigen erklärte Segitz, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen Bestimmung nicht zustimmen könne. Der Antrag wurde dann mit allen gegen die liberalen Stimmen abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Mitglieder hatten beantragt, daß bei der Wahlkreis-Einteilung jedesmal die jeweils letzte Volkszählung maßgebend sein soll (der Regierungsentwurf will ein für allemal die Zählung vom Jahre 1900 zu Grunde legen). Da sowohl von seiten der Regierung als auch der andern Parteien dagegen Widerspruch erhoben wurde, zog Genosse Segitz seinen Antrag zurück mit dem Vorbehalt, daß er ihn in geänderter Form im Plenum wieder einbringen werde. Abgelehnt wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag, der das aktive Wahlrecht vom vollendeten 21. Lebensjahre ab gewähren will. Dagegen ergab sich eine Mehrheit für den Vorschlag, für das passive Wahlrecht die Altersgrenze auf das 25. Lebensjahr herabzusetzen. Endlich wurde noch auf Antrag des Genossen Segitz beschloffen, zukünftig auch den Abgeordneten Diäten zu geben, die in München ihren dauernden Wohnsitz haben und den Abgeordneten auch während der Zeit freie Fahrt auf den Staatsbahnen zu gewähren, wo der Landtag nicht zu einer Tagung veranlaßt ist.

Damit wäre die eigentliche Wahlrecht-Vorlage im Ausschusse erledigt und es bleibt nur noch die Wahlkreis-Einteilung zur Beratung übrig. Da die Liberalen dazu eigne Anträge einbringen wollen, diese aber noch nicht ausgearbeitet haben, wurden die weiteren Beratungen bis zur nächsten Woche verschoben. —

Ein Centrumshehl.

Wir berichteten im Depeschenteile der gestrigen Nummer bereits über die Selbstverurteilung, die sich der Abg. Gerstenberger durch eine Anklage gegen einen unsern Parteigenossen bereitet hat. Es lohnt sich, den Fall dieser Centrumschelte etwas näher zu betrachten. Herr Geborius Gerstenberger, Reichstags- und Landtags-Abgeordneter, Chefredakteur des „Fränkischen Volksblattes“ in Würzburg, ein Hauptagitator des Centrums, hatte, wie seiner Zeit von uns berichtet wurde, gegen den verantwortlichen Redakteur unsres Nürnberger Parteiblattes, Genossen Verhoff, eine Privatbeleidigung

Klage angestrengt, weil dieser in der „fränkischen Volks-
tribüne“, einem Kopfbild des Würzburger Organs, ihm den Vor-
wurf der politischen Lügenhaftigkeit gemacht hatte. Die
Beleidigung erblickte der Privatkläger in zwei Notizen der
„fränkischen Volkstribüne“. In der ersten handelte es sich lediglich
um die Wiedergabe einer Beurteilung Gerstenbergers von Seiten der
bayerischen Landeszeitung, worin gesagt wurde, daß es traurig sei, wenn Herr G. nicht mehr wisse, ob er
ein Mann oder ein Lausbub sei. In der zweiten Notiz, die ihren Ursprung
der Wiedergabe der Bebel-Vernichtungs-Erklärung ist dem Central-
blatt mit dem Aufsatz „Gegeben zu Nürnberg“ und einer daran ge-
schlossenen händlichen Bemerkung Gerstenbergers verdankt, war letzterer
„ein gemeiner Fälscher und Lügenbarr“ genannt. Das Obergericht
verurteilte am 15. Oktober er. mehrere Genossen Eberhard wegen
Beleidigung in zwei Fällen zu je 10 M., wobei es ausdrücklich den
unabhängigen Ton Gerstenbergers konstatierte und festlegte, daß der
erbotene Wahrheitsbeweis für die Lügenhaftigkeit des Herrn
Benefiziaten Gerstenberger in zwei anderen Fällen als erwiesen an-
zusehen sei. „In diesen beiden Fällen habe der Privatkläger die
bewährte Unwahrheit gesagt, also gelogen“, wie es direkt in der
schriftlichen Urteilsbegründung heißt. — Gegen dies Urteil
hat Herr Gerstenberger das Rechtsmittel der Berufung ergriffen, die am
3. Dezember vor dem Landgericht Würzburg verhandelt wurde.
Herr Abgeordneter Gerstenberger hatte den gerade am selben Tage
zusammengetretenen Reichstag Reichstag sein lassen und war per-
sönlich erschienen, um sich zu seiner moralisch schweren Niederlage
auch noch die juristische zu holen. Nachdem der geistliche Herr im
bayerischen Landtag, als ihm dort die gerichtliche Ver-
urteilung seiner Lügenhaftigkeit vorgeworfen wurde, mit
großem Pathos ausrief: „Warten Sie doch erst das Urteil
der höheren Instanz ab!“ mußten wir annehmen, daß er den Vor-
wurf, in zwei Fällen bewußt die Unwahrheit gesagt zu haben, von
sich, so gut es gehe, abzuwaschen versuchen werde. Der Angeklagte
hatte sich deshalb vorbereitet, auch in einer Reihe anderer Fälle, in
denen das Gericht angenommen, daß der Wahrheitsbeweis dafür,
daß Gerstenberger bewußt die Unwahrheit gesagt, nicht vollständig
erbracht sei, diesen Beweis durch Zeugen zu erbringen. Der Herr
Abgeordnete Gerstenberger hat jedoch die Gründe des ersten Urteils,
so weit sie sich darauf beziehen, daß er in zwei Fällen bewußt die
Unwahrheit gesagt, also wissenschaftlich gelogen hat, akzeptiert und nur
gegen das Strafmaß Berufung eingelegt. Damit war dem An-
geklagten die Möglichkeit der weiteren Beweisführung benommen.
Herr Gerstenberger hob ganz besonders die Schwere der beleidigenden
Ausdrücke hervor und meinte, daß für Worte wie „Lausbub“ und
„gemeiner Fälscher und Lügenbarr“ denn doch gewiß eine höhere
Strafe am Platz sei, als für jedes 10 Mark Geldstrafe. Er
verweist auf das Urteil, das kürzlich gegen den Abgeordneten Gauß
wegen Beleidigung eines Reserve-Offiziers gefällt wurde, durch
welches G. zu 500 M. verurteilt worden sei. Wenn er, Gerstenberger,
seiner Zeit nicht ins Priesterseminar eingetreten wäre, so würde er
heute auch die Qualifikation zum Reserve-Offizier besitzen. Demnach
sei seine Ehre gewiß nicht mindertwertiger. Nach längerer Beratung
verklündete das Gericht die Verurteilung der Berufung und legte auch
die Kosten derselben Herrn Gerstenberger zur Last. — Der zum
Referent-Offizier qualifizierte Herr Gerstenberger bleibt also von
Gerichtswegen der wiederholten Lügenhaftigkeit überführt! —

München, 4. Dezember. Wie wir erfahren, ist vor einiger Zeit
ein hiesiger Großindustrieller, Reichstags-Abgeordneter für einen aus-
wärtigen Wahlkreis und Landrat, in Haft genommen worden. Schon
nach kurzer Zeit wurde jedoch wegen angeblicher Er-
krankung seine Haftentlassung verfügt und es soll sich der Be-
treffende in einer Heilanstalt befinden. Die Untersuchung nimmt
jedoch ihren Fortgang. Es soll sich um eine Wechselaffäre
handeln, bei der jedoch niemand geschädigt wurde.

Ausland.

Eine Agrardebatte der belgischen Genossen.

Am 29. November und die folgenden Tage fand im Maison du
Peuple zu Brüssel ein Agrar Kongress der sozialistischen Arbeiterpartei
Belgiens statt. Die Vorträge waren ganz richtig bemerkt, handelte es
sich eigentlich nicht um einen „Agrarkongress“, sondern vielmehr um
eine Konferenz, welche über Mittel zu beraten hatte, wie der
Socialismus am besten auf dem Lande verbreitet werden könne.
Anwesend waren 71 Delegierte. Nach dem Bericht des Redakteurs
des „Labourer“, des Genossen Debarsh, sind in Belgien 128 000
landwirtschaftliche Arbeiter vorhanden. Die eigentlichen Bauern teilt
er in folgende fünf Klassen, es haben:

weniger als 2 Hektar	663 000
2-5	100 000
5-10	50 000
10-50	40 000
über 50	3 521

Hieron schließt Debarsh seine Meinung über die Art der
Propaganda auf dem Lande. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß
man sich in erster Linie an die kleinen Bauern wenden müsse. Die
Arbeiter, welche zum Teil in den Städten arbeiten, würden auf
andere Weise dem Socialismus gewonnen. Von den fünf Klassen
der Bauern, die er bezeichnet habe, seien nur die der
obersten Klassen als Kapitalisten, „als die Bourgeoisie des flachen
Landes“ zu bezeichnen; die übrigen seien wohl für den Socialismus
zu gewinnen. Namentlich glaubt er durch die Kooperativgenossen-
schaften die Eigentümer gewinnen zu können. Den entgegengesetzten
Standpunkt nimmt Vanderselde ein. Er ist der Meinung, daß
vor allem das landwirtschaftliche Proletariat gewonnen werden
müsse. Er schlägt vor, außer dem „Labourer“ (eine Zeitung, die
speziell für die Landarbeiter geschrieben wird) besondere Vorkämpfer
für die Landarbeiter zu verschaffen und zu verbreiten. Besondere
Agitationskommissionen müßten gebildet werden zu dem ausschließlichen
Zweck, die Agitation auf dem Lande zu betreiben. Die Propaganda unter
den kleinen Bauern werde wenig fruchtbar sein. Vor allem müsse die
große Masse gewonnen werden, und hier wiederum müsse mit den
auf dem Lande wohnenden, aber in der Stadt arbeitenden Proletariern
begonnen werden. Auch die Saison- und Wanderarbeiter (Sachsen-
gänger) seien leicht zu gewinnen. Sodann habe man sich an die
eigentlichen landwirtschaftlichen und Forstarbeiter zu wenden.
An die zwei Referate schließt sich eine lange Diskussion, welche
mehrere Sitzungen ausfüllt. Die zwei entgegengesetzten Meinungen
der Referenten kommen auch bei den Diskussionsrednern zum
Ausdruck, schließlich gelangt aber eine Resolution Vanderseldes mit
Mehrheit zur Annahme, in welcher folgende Grundsätze niedergelegt
sind: Die sozialistischen Agitatoren auf dem Lande dürfen niemals außer
dem Auge lassen, daß die sozialistische Partei eine Klassenkamp-
partei ist. Dieselbe hat folglich die Interessen aller Ausgebeuteten
zu vertreten, in erster Linie aber die der industriellen und land-
wirtschaftlichen Arbeiter, sodann die der kleinen Bauern, deren
Lebensbedingungen sich denen der Lohnarbeiter nähern. —

Rassenverhaftungen von Studenten in Riew.

Am Mittwoch wurden auf der Straße 82 Personen verhaftet,
darunter 80 Studenten. Der dritte Teil der Verhafteten sind Juden.
Bei der Verhaftung erhielt ein Student eine tiefe Kopfverwundung.
Ein Verhafteter warf einen geladenen Revolver fort.

Vor der Universität stand am Freitag eine Polizei-
truppe. Seit dem frühen Morgen wurden in verschiedenen Räumen
des Polytechnikums Auftrufe zur Versammlung einer Versammlung
angeschlagen. Mittags fand im großen Hörsaal des Hauptgebäudes eine
Versammlung von Studenten der Abteilung für Mechanik statt. Von den
40 Hörsaal der Abteilung waren 217 anwesend, außerdem gegen
200 Studenten zweier anderer Abteilungen, jedoch ohne Anteil zu
nehmen. Die Versammlung erhob Einspruch gegen den Beschluß des
Professorenrats, den Dekan der Abteilung für Mechanik Professor
Sworskin um Zurücknahme seines Abschiedsgesuchs zu bitten und
ihm das Vertrauen des Professorenrats auszusprechen. Um 4 Uhr

ging die Versammlung auseinander. Auf Montag ist eine Ver-
sammlung aller Polytechniker einberufen zur Beratung
über die Uebergabe der Studenten an das Universitätsgericht.

Täglich werden im Hofsaal und den Hörsälen neue Auf-
trufe veröffentlicht. —

Schweiz.

Die Oberherrschafft Italiens über die Schweiz.

Bern, 1. Dezember. (Fig. Ver.) Die 52 Geschäfte umfassende
Tagesordnung für die am 7. Dezember beginnende Winter session der
Bundesversammlung enthält auch die Uebertragung der
italienischen Simplontonzession auf den Bund
und der bezügliche Vertrag, mit dem sich bereits eine
Kommission des Ständerates beschäftigt, soll in dieser
Session genehmigt und erledigt werden. Dieser Vertrag
enthält nun so merkwürdige Bestimmungen, durch die
formlich Italien die Oberherrschafft über die Schweiz übertragen wird, daß
man es geradezu für unglücklich und unmöglich halten sollte, daß
der schweizerische Bundesrat ihm zustimmen und den Rat finden
konnte, bei der Bundesversammlung dessen Genehmigung zu be-
antragen.

Die Simplontonzession, die jetzt infolge der bevorstehenden
Verstaatlichung der Jura-Simplonbahn, die aber thatsächlich schon
seit 1. Januar 1903 auf Rechnung des Bundes betrieben wird, auch
dem Bund übertragen werden soll, ist der genannten Bahn bzw. der
betreffenden Gesellschaft im November 1893 von Italien erteilt
worden und zwar unter Bedingungen, die ein privates Unternehmen,
eine Aktiengesellschaft wohl acceptieren, nimmermehr aber ein selb-
ständiger, unabhängiger Staat annehmen kann, will er nicht andern-
falls seine Integrität preisgeben. Eine dieser Bedingungen lautet,
daß die technischen und administrativen Meinungsverschiedenheiten in
Bezug auf die italienische Simplontonzession vom italienischen
Staatsminister entschieden werden, der also bei An-
nahme dieser Bedingung durch den Bund ein Stück Ober-
herrschafft über die Schweiz erhalten und ausüben und bei
Differenzen zwischen der schweizerischen und der italienischen
Regierung einseitig entscheiden würde. Die Simplontonzession
enthält ferner die Bedingung, daß mindestens ein Drittel
des Betriebspersonals der Simplonbahn aus
Italienern bestehen soll. Weiter ist die Einsetzung einer
aus je zwei schweizerischen und italienischen, von den beiden Regie-
rungen zu ernennenden Delegierten zusammengesetzten inter-
nationalen Kontrollkommission mit dem Sitz in Bern im
Vertrage vorgesehen, durch die Italien eine staatliche Kontrolle
über die Verwaltung, den Bau und den Betrieb der schweizerischen
Staatsbahn ausüben würde. Dabei ist die Sache durch den Ver-
trag nicht einmal definitiv festgesetzt, sondern erst noch die Ver-
einbarung eines Reglements über die Tätigkeit und die Form der
Beschlüsse der Kommission vorgesehen, wobei Italien zweifellos mit
neuen weitgehenden Forderungen kommen würde.

Der Vertrag gesteht der italienischen Regierung endlich das
Recht zu, nicht nur am Südausgang des Simplontunnels Festungs-
anlagen zu erstellen, sondern auch im Tunnel selbst bis zu
der in demselben liegenden italienisch-schweizerischen Grenze und
durch ständige Militärposten bewachen zu lassen. Italien
kann auf der genannten Strecke Militärsüge passieren,
aber auch alle Züge überhaupt durch italienische
Militär- oder Zivilbeamte begleitet und an jedem be-
liebigen Punkt dieser Stelle anhalten lassen.

Das sind ganz ungeheuerliche und für die Schweiz unannehm-
bare Bedingungen. Die Annahme Italiens ist um so größer, als
es von den vier Millionen-Subventionen an den Simplontunnel, die
staatlich garantiert sind, nur 1 000 000 Franc bezahlt hat, während
von schweizerischer Seite die zugesagten ca. 20 Millionen Franc
prompt bezahlt worden sind. Im gewöhnlichen geschäftlichen
Leben würde nach so vielen unangenehmen Erfahrungen und Ent-
täuschungen, wie sie die Schweiz im Verkehr mit Italien schon er-
leben mußte, ein Geschäftsmann gegenüber einem solchen „Geschäfts-
freund“ hundertfache Vorsicht üben. Der schweizerische Bundesrat
aber begehnet Italien mit einer Gutmütigkeit, Sorg- und Kritik-
losigkeit, die das ganze Schweizervolk zur Stellungnahme heraus-
fordern muß.

Für die Socialdemokraten, für jeden politisch reifen Schweizer-
bürger kann es unter solchen Umständen nur die Parole geben:
Nieder mit dem Simplonvertrag! —

Frankreich.

Die Nationalisten protestieren in einem von den Generalen
Mercier und Zurlinden sowie dem früheren Kriegsminister
Cavaignac unterzeichneten, über ganz Frankreich verbreiteten Aufruf
gegen die Wiederaufnahme des Dreyfus-Prozesses.
Die Revision des Prozesses wird ein gerichtlicher Staats-
streich genannt. Sodann werden die Erklärungen der Herren
Mercier, Chanoine, Billot, Cavaignac und Zurlinden wieder-
gegeben, welche die Ueberzeugung von der Schuld Dreyfus' aus-
gesprochen haben. Zum Schluß heißt es, man kann jetzt die
Prozessakten fälschen, Zeugen bestechen, sich des Gehorsams ver-
schiedener Gerichtsbeamten versichern, das Volk wird sich nicht täuschen
lassen und die Anstrengungen der geheimen Sekte der Internationalen
und der Geldmächte zu nichte machen. —

Italien.

Das Ministerium Giolitti dürfte ein langes Leben wohl keinen-
falls haben, denn nicht bloß die ganze Linke, mit Ausnahme des Ab-
geordneten Marcora, werden ihm Opposition machen, sondern auch
bei der Gruppe Sonnino wird es keine Unterstützung finden. Die ge-
samte Linke hat sich auf eine Resolution geeinigt, in der es heißt:
Die Kammer könne, in Erwägung, daß das Ministerium durch seine
Zusammensetzung und indem es seine Grundlage in einer Koalition
von Personen suchen wollte, anstatt sich auf das Programm einer
Partei und auf die gesunde Energie des Volkes zu stützen, nicht das
Vertrauen zu ihm haben, daß es im stande sei, die für das Wohl
des Landes so notwendigen Reformen durchzuführen zu können, und
anerkennt deswegen nicht die durch Giolitti herbeigeführte Lösung
der Krise. —

Spanien.

Kabinettskrise. Aus Madrid wird vom 4. Dezember gemeldet:
Der gestrige Ministerrat fand unter dem Vorsitz des Königs statt.
Die Reise König Alfons' nach Lissabon wurde auf den 19. d. M.
festgesetzt. Villaverde berichtete alsdann über die parlamentarischen
Arbeiten. Bei Erörterung der auswärtigen Politik nahm das
Ministerium Kenntnis von der Anerkennung der Un-
abhängigkeit Panamas. Ueber die Lage in Marokko er-
klärte Villaverde, daß augenblicklich Ruße herrsche wegen
der religiösen Festlichkeiten, denen der Sultan beizuhole.
Darauf wurden Telegramme aus Berlin zur Verlesung ge-
bracht, welche über die Verringerung im Befinden Kaiser
Wilhelms berichteten. Nach der Sitzung begab sich Villaverde zum
königlichen Schloß, um das Demissionsgesuch des Kabinetts
zu überreichen. Der Ministerrat erfolgt wegen der Opposition, welche
die monarchistische Minderheit gegen die Erleichterung der Budget-
Annahme macht. Man glaubt, daß Acaraza mit der Kabinetts-
bildung betraut wird; er hatte bereits gestern Abend eine Unter-
redung mit Villaverde. —

Gestern Abend konferierte der König noch zu später Stunde
längere Zeit mit den Präsidente der Kammer und des Senats;
der letztere empfahl dem Könige die Verbeibaltung des Kabinetts
Villaverde. —

England.

Parlamentarische Erstwahlen.

London, 1. Dezember. (Fig. Ver.) In den letzten zwei Wochen
wurden vier parlamentarische Mandate durch den Tod ihrer In-
haber erledigt. Es starben: Mr. John Parn, Abgeordneter für
Lewisham (London, Südost); Sir John Lubbock, Abgeordneter
für Ludlow (London, Südost); Mr. Jasper More, Ab-
geordneter für Ludlow, und Oberst Seale-Hayne, Abgeordneter für
Aldbury. Die ersten drei gehörten der konservativen Partei an, der

vierte war radikal. Von den Verstorbenen kann nur Sir John P. More
die deutschen Leser einigermaßen interessieren. Er war der Inhaber
der berühmten Londoner Robelfirma Maple u. Co. und hinterließ
ein Vermögen von 17 Millionen Mark. Sein einziger Erbe
ist Baron Edardsstein, Sekretär der deutschen Gesandtschaft
in London und Schwiegerjohn des Verstorbenen. Maple war
der Schwiegerjohn eines unbedeutenden Robelfabrikanten und
heiratete als unbemittelter Kaufmann ins Geschäft hinein.
Seinein Reichtum verdankt er den Arbeiten der französischen
Stonimine-Flüchtlinge, deren Talent und Geschma den Ruf der
Firma Maple begründet haben. — Von den vier erledigten Mandaten
sind zwei städtisch und zwei ländlich. Infolge der Proliferation ver-
spricht der Wahlskampf etwas lebhafter zu werden, als dies sonst bei
Radikalen der Fall ist. Die Ergebnisse werden vielleicht andeuten,
wie die Wähler sich zu den Chamberlain'schen Plänen stellen. —

Niederlande.

Gegen den Gemeindefederalismus. Die „christliche“ Regierung
sorgt dafür, daß nicht etwa die Kommunen im Interesse ihrer Ein-
wohner den Privatunternehmern zu viel Konkurrenz machen. Sie
hat einen Entwurf zur Ergänzung des Gemeindefederalgesetzes eingebracht,
wonach den Gemeinden verboten sein soll, andre Betriebe in eigene
Regie zu nehmen, als: a) solche, bei denen durch unter- oder ober-
irdische Leitungen Verbrauchsstoffe ins Bereich der Konsumenten
gebracht oder ihnen Dienste erwiesen werden; b) Institute, Ein-
richtungen und Unternehmen, die dem Verkehr, der Industrie, der
Landwirtschaft und dem Handel dienen, Bankinstitute nicht ein-
begriffen. —

Rußland.

Aus Rußisch-Polen. Warschau, 29. November. (Fig. Ver.)
Die neulich beschriebene Erregung unter der Arbeiterschaft in
Wladystok hat bereits zu hochnotaartigen Maßregeln der Re-
gierung geführt. Der Gouverneur ist höchstselbst in der aus-
ländischen Stadt erschienen, hat sofort Polizeibureau, das Ge-
fängnis und Fabriken visitiert und eine außerordentliche
Sitzung des Stadtrats angeordnet und mit seiner Teilnahme
beschäftigt. Das Objekt dieser Erregung war — die Schaffung eines
städtischen Adressbureau in Wladystok zur besseren Kontrolle und Ueber-
wachung „unruhiger“ Elemente und — die „Organisierung“ der
„Morrnits“, d. h. der Hauswächter, die immer mehr zur Unter-
stützung der Polizei, speziell zur Aufspürung „revolutionärer Un-
triebe“ verwendet werden.

Nach solcher Arbeit erließ der energische Herr den folgenden
Ulaß:

„Seit einigen Wochen legen in Wladystok manche Fabrikarbeiter
die Arbeit nieder — ohne jeden rechtlichen Grund (!). Sie geben dabei
an, daß gewisse dritte Personen Drohungen gegen sie ausstößen,
falls sie sich weigern, den Streik mitzumachen. Angesichts dessen
empfehle ich den Fabrikarbeitern Wladystoks, auf die „Droh-
ungen“ (wörtlich) nicht zu hören, sondern ruhig weiter zu
arbeiten. Ich erkläre, daß ich alle Maßregeln zur Sicherheit und zum
Schutze der Arbeiter ergriffen habe, die ehrlich und ruhig arbeiten
wollen. Alle Individuen dagegen, die sich erlauben, Drohungen aus-
zustößen, Gewaltthaten, Eingriffe in die Fabriken und verbotenen
Straßenauflauf zu arrangieren, um andre zur Niederlegung der
Arbeit zu zwingen, werden strafrechtlich verfolgt.“

Charakteristisch ist es, daß sich der Gouverneur hütet, in seinem
Erlaß auch nur mit einer Silbe den politischen Charakter der
„Straßenaufläufe“ d. h. der Demonstrationen und der Streiks zu
berühren.

Von den „Drohweibern“ der Socialdemokratie Rußisch-
Polens und Litauens erhielten folgende endlich ihr Urteil:
Wuginiski, J. Chojcki, J. Jazdowski und Eduard Chwalowicz je drei
Jahre Anfechtung in Sibirien, Jan Kojol — vier Jahre
Sibirien (im Gouvernement Jemissek), M. Unschlicht und J. Koslowski
wurden vor dem Urteilspruch nach Sibirien verbannt, um dort ihre
weiteren Schicksale in „vorläufiger Anfechtung“ abzuwarten. Letzteres
Verfahren kommt immer mehr in Mode und hängt wohl mit der
Ueberfüllung der Gefängnisse zusammen. Zu bemerken ist, daß der
genannte Jan Kojol das Familienhaupt einer ganzen social-
demokratischen Familie in Warschau und der Gendarmerei seit langem
gut bekannt ist. Bereits 1893 war Kojol in Warschau verhaftet,
sah 26 Monate im Untersuchungsgefängnis und büßte nachher drei
Jahre Anfechtung im Gouvernement Archangel ab. Seine Frau
war desgleichen wegen Teilnahme und Beihilfe in der Agitation
verhaftet und verbannt. Der ältere Sohn der beiden
alten Kojol nahm regen Anteil an der Bewegung, wurde
verhaftet und sah lange in der Warschauer Citadelle. Endlich der
jüngere Sohn fürzte sich schon mit 18 Jahren in die Agitation der
Socialdemokratie, wurde im Februar 1900 festgenommen, halte sich
im Gefängnis eine Lungen- und Knochenüberfälligkeit, der er auch
bald nach der Haftentlassung im Juni 1902 erlag. Jetzt geht der
alte Vater zum zweitenmal nach Sibirien — ungebrochen und trotzig,
wie früher.

Außerdem erhielten — gleichfalls wegen Teilnahme an der
Thätigkeit der Socialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens:
Bronislaw Dzegarski, Stanislaw Kudlaci und
Joseph Dlozewski (agent provocateur) je drei Jahre An-
fechtung im Gouvernement Archangel (der nördlichste Teil des
europäischen Rußlands), Jurezhniski und Stamirowski je drei Jahre
Gouvernement Wologodsk. —

Parlamentarisches.

Das Centrum hat den Jesuitenaufruf und den Entwurf eines
Gesetzes betreffend die Freiheit der Religionsübung im Reichstage
eingebbracht.

Wahlprotest. Auch gegen die Wahl des Reichstags-Abgeordneten
Gräfe, des letzten nichtsocialdemokratischen Vertreters im König-
reich Sachsen, ist seitens unfrer Parteigenossen ein Wahlprotest ein-
gereicht worden. Es sollen bei der Wahl im 3. sächsischen Wahl-
kreis schwere Verstöße vorgekommen sein. —

Aus Industrie und Handel.

Helios Elektrizitätsgesellschaft, Köln. Nach dem Geschäftsbericht
über das mit dem 30. Juni abgelaufene letzte Geschäftsjahr ergibt
sich ein Gesamtverlust von 1 375 000 M. Aus der im vergangenen
Jahre durchgeführten Sanierung ergab sich ein Nutzen in Höhe
von 15 926 000 M. Er hat nach dem vorliegenden Gewinn- und
Verlustkonto folgende Verwendung gefunden: 8 553 000 M. zur
Deckung der Ueberschuldung aus 1901/02, 5 529 000 M. für außer-
ordentliche Abschreibungen, 184 000 M. zur Deckung der Unkosten
der Sanierung und 1 857 000 M. zur Deckung des oben erwähnten
diesjährigen Verlustes. Die in der Begründung des Sanierungs-
planes ausgesprochene Hoffnung der Verwirklichung, daß sich die Er-
träge mit dem bessern würden, hat sich also nicht erfüllt.

Bald so, bald so, wie's trifft. Doch unsere Herren Groß-
industriellen sehr beständig in ihren Ansichten über das Konkurrenz-
verhältnis der deutschen zur amerikanischen Industrie sind, kam man
nicht behaupten. Als der neue Zolltarif im Reichstage
beraten wurde, wußten sie nicht genug von der drohenden
„amerikanischen Gefahr“ zu erzählen. Nachdem der Tarif
angenommen war, wurde es plötzlich davon still, und als
dann vor einigen Monaten die amerikanische Eisenkrise ausbrach,
da hieß es plötzlich in der Handelspresse, um die Krise an der Börse
nicht sinken zu lassen, von Amerika sei wenig oder nichts zu befürchten,
die deutsche Industrie sei so hoch entwickelt, daß sie es nicht nur mit
der amerikanischen Konkurrenz auf dem einheimischen deutschen Markt,
sondern auch auf dem Weltmarkt aufnehmen könne. Jetzt schlägt der
Wind wieder mal um. Der „Vund der Industriellen“ warnt in
seinem offiziellen Organ vor einer Bekämpfung der amerikanischen
Gefahr. Das Blatt ist mit der Auffassung, die Herr Goldberger
in seinem Buch „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ über den
amerikanischen Wettbewerb äußert, unzufrieden und schlägt nach einem

Hinweis auf den Zollschutz und den Naturreichtum der Vereinigten Staaten: „Beforgnis über mich es erweisen, wenn anscheinend „halbamtlige“ Stimmen die Gefahr leugnen! Jegliche Verschleierung der Sachlage macht sie zu einer verwerflichen. Es ist deshalb die Pflicht der besonnenen Stellen der deutschen Industrie, die Sachlage zu klären und die Meinung der deutschen Produzentenkreise zum Ausdruck zu bringen.“

Vielleicht liegt man demnächst wieder anders.

Die Auswanderung über See aus dem Deutschen Reich zeigt sich im Oktober d. J. gegenüber den vorausgegangenen Jahren eine erhebliche Steigerung. Es wanderten über deutsche und fremde Häfen 3021 Deutsche aus gegen 3172 im Oktober 1902, 2436 im Oktober 1901 und 2208 im Oktober 1900. Die Auswanderung über fremde Häfen ist aber für das laufende Jahr noch nicht vollständig ermittelt und wird sich bei endgültiger Feststellung vermutlich noch um etwa 200 Köpfe erhöhen, so daß die gesamte Auswanderung im Berichtsmontat ungefähr 4100 Personen betragen haben wird.

Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende Oktober sind im ganzen 30 601 Deutsche ausgewandert gegen 28 408, 19 372 und 19 600 im gleichen Zeitraum der Jahre 1902, 1901 und 1900. Die Auswanderung Deutscher über fremde Häfen ist im laufenden Jahre bisher erst auf 6041 angegeben gegen 7815 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wird sich bei endgültiger Feststellung aber noch um mindestens 2 200 erhöhen, so daß im ganzen in den ersten zehn Monaten d. J. etwa 32 800 Personen ausgewandert sein werden, das sind etwa 4400 mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Das rheinisch-westfälische Cementindustrie ist nach langen Verhandlungen nun doch zu stande gekommen. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle über den Verkaufverein der rheinisch-westfälischen und mitteldeutschen Cementwerke berichtet, gelang es vorgestern der in Köln tagenden Versammlung erst gegen 10 Uhr abends die drei letzten ausstehenden Punkte zum Beistand zu bewegen. In nächster Zeit wird die Festsetzung neuer Preise erfolgen.

Schiffahrtsabkommen zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der White Star-Linie. Ueber die kürzlich in der Unterredung des Generaldirektors Vallas mit einem Redakteur des „New York Herald“ angekündigte bevorstehende Vereinigung der Mittelmeer-Linien der Hamburg-Amerika-Linie und der White Star-Linie wird aus New York gemeldet, daß dieser Vertrag jetzt perfekt geworden ist. Jede der beiden Gesellschaften stellt vier Dampfer für eine Linie zwischen dem Mittelmeer und Nordamerika ein. Die Zweig-Niederlassung der Hamburg-Amerika-Linie in Genua übernimmt die Geschäftsleitung auch für die White Star-Linie. Die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie behalten ihren Termin in New York, diejenigen der White Star-Gesellschaft gehen nach Boston.

Baumwollenernte Amerikas. Das Ackerbau-Amt der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht seine Abschätzung des Gesamtertrages der diesjährigen Baumwollenernte. Danach stellt sich das Ernte-Ergebnis auf 9 962 039 Ballen gegen 10 417 321 Ballen im vorigen Jahre und 9 954 954 Ballen in 1901, 10 456 148 Ballen in 1900 und 9 645 974 Ballen in 1899. — Die abgeerntete Fläche beträgt 28 014 860 Acres gegen 27 114 103 Acres im vorigen Jahre. Die totale Faserproduktion beträgt 174,5 Pfund per Acre bei einem Durchschnittsgewicht von 400,8 Pfund gegen 188,5 Pfund respektive 400,7 Pfund per Ballen im vorigen Jahre.

Die erst vorgestern in später Stunde erfolgte Bekanntschaft führte, da sie einen über Erwarten großen Zehlbetrag angiebt, an der New Yorker Börse zu Szenen wilderster Erregung, ja es kam fast zu Kämpfen zwischen den Wallern. Die Preise schaukelten immer um 10 bis 20 Punkte in die Höhe und schloffen bis 74 Punkte höher, d. h. nahezu zum höchsten Stand des Tages.

Auch an der New Orleanser Baumwollbörse kam es zu wilden Szenen. Die Verwirrung war nach Veröffentlichung der Cennusziffern so groß, daß geschäftliche Transaktionen unmöglich wurden. Innerhalb eines Zeitraumes von fünf Minuten nach Bekanntwerden der Schätzung wurden Vermögen verdient und verloren.

Gewerkchaftliches.

Gedenk der Zehnstundenkämpfer in Crimmitschau!

In Crimmitschau kämpfen die Behörden den Verzeiwungskampf für das Unternehmertum!

Seit gestern Mittag sind alle Versammlungen verboten!

Die öffentlichen Versammlungen sind verboten, die nichtöffentlichen sind verboten, die Volkssammlungen, die Vereinsversammlungen, die Fabrikzusammenkünfte sind verboten!

Amzüge dürfen nicht stattfinden!

Alle Tanzveranstaltungen sind untersagt!

Die Behörden begründen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf angebliche Volksausfälle; auf den Straßen aber bewegen sich in Massen nur Polizei und Gendarmen!

Die Behörden dersagen sich auf angebliche Verhöre gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung; nie wurde ein solcher Verhörsnachweis in größerer Runde, mit mehr Würde geführt als der in Crimmitschau!

Erbarungslos gemacht durch den wütenden Haß gegen die Organisation warf der Crimmitschauer Kapitalismus über 7000 brave Männer und Frauen auf die Straße, um sie durch Hunger auf die Knie zu zwingen.

Den Hunger im eignen Leibe, das Weh im Herzen über das Elend ihrer Kinder fanden die Tausende dennoch aufrecht, ungebengt, und wichen keinen Schritt im Kampfe.

Ihre Versammlungen wurden ihnen untersagt, das Streikpostenflehen wurde ihnen unmöglich gemacht, auf ihre Führer ließ man, weil sie Flugblätter unterschrieben hatten, den § 153 der Gewerbe-Ordnung los.

Die Fabrikanten machten aus dem Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit einen Klassenkampf; die Behörden wandelten durch ihre Vorgehen den wirtschaftlichen Kampf um in einen politischen! Die Gefelligkeit der Zehnstundenkämpfer brachte beide zur Verzweiflung!

Arbeiter Deutschlands!

Seit gestern Mittag hat das öffentliche Leben in Crimmitschau aufgehört. Wenn auch nicht formell, herrscht doch tatsächlich der Belagerungszustand.

Kein ermutigendes Wort kann mehr zu den Streikenden gesprochen werden; still liegen die Straßen da, auf denen nur die Schritte der Polizei wiederhallen und die Waffen klirren, die zum Leidwesen des Kapitals nichts zu thun bekommen.

Die Behörden kämpfen den Verzeiwungskampf für das Unternehmertum. Arbeiter! Verlaßt eure Brüder nicht!

Berlin und Umgegend.

Buchbinder-Arbeiterinnen — Kaiserinnen. In der Buchbinderlei von Naanstein u. Bogler, Wasserthorstr. 50, sind Differenzen ausgebrochen. Die älteren, jahrelang dort beschäftigt gewesen Kolleginnen sind entlassen worden. Für sämtliche in Betracht kommende Arbeiterinnen ist die Werkstatt gesperrt. Die Verbandsmitglieder werden gebeten, die Kolleginnen darauf aufmerksam zu machen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Drahtarbeiter! Bei der endgültigen Festlegung des Tarifs auf dem Gewerbetage ist vereinbart: Für Sonnabend den 5. Dezember wird die normale Stunde für Accordarbeiter nicht mehr bezahlt.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berichts-Redakteur: Julius Kallert in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glock in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft.

Som Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin) wird uns mitgeteilt, daß nun auch die Sperre über „Freddels Alerte-Theater“ aufgehoben ist. Herr Fr. hat unter schriftlich den kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes sowie dessen Lohn-tarif anerkannt.

Deutsches Reich.

Die geplante große Töpfer-Aussperrung wird in einer großen Anzahl deutscher Städte mit einer wohlverdienten Wamage abgelehnt. In Breslau wurde der brutale Erpressungs-Meßers, der den Austritt aus dem Centralverbande der Töpfer unter Androhung der Aussperrung verlangt, von den Arbeitgebern nur 75 bis 100 Werkstübenarbeitern vorgelegt, obwohl im ganzen 450 Töpfer und Dfenseher in der Stadt beschäftigt sind. Der von den Schar-machern beabsichtigte Streik, die Ausperrung der Streikenden, geht also hier daneben.

Um nun den Reinfall der Unternehmer zu einem vollkommenen zu gestalten, haben fast alle Betroffenen in Breslau den Meßers einfach vollständig unterzeichnet — sie sind nämlich der Meinung, daß sie sich den Zeitpunkt für ihre Kämpfe nicht von den Unternehmern vorkalkulieren lassen brauchen. Die Meister sind über die Gefügigkeit ihrer Gesellen sehr erfreut und die Veltener Kollegen werden davon keinen Schaden haben!

Die letzte Versammlung, die die aus dem Verband ausgegliederten Töpfer abhielten, schloß, mit einem von trotziger Vegeisterung getragenen, donnernden Hoch auf — den Central-Verband der Töpfer Deutschlands.

Buchbinder, Galanterie-Arbeiter etc. Die Kollegen Hamburgs befinden sich in einer Lohnbewegung und ist Zugung nach dort streng fernzuhalten.

Eine Provokation.

In einem Kampfe im Baugewerbe zu Bremen rüsten die dortigen Unternehmer. Der Tarif, der von denselben mit ihren Arbeitern abgeschlossen ist, gilt bis zum 1. April nächsten Jahres; Abänderungsanträge sind jedesmal in den Monaten November bis einschließlich Januar zu stellen. Die Unternehmer haben sich nun in zwei Versammlungen mit dem Vertrag beschäftigt und Abänderungsanträge gestellt, über deren Bedeutung sie sich selbst nicht im geringsten im unklaren sind. In dem Begleitreiben, mit dem sie ihre Vorschläge den eignen Kollegen überhandt haben, sagen sie nämlich ausdrücklich:

„Wenn der Vertrag so, wie vorgeschlagen, nicht angenommen wird, so ist hier nächstes Frühjahr ein großer Streik zu erwarten.“

Man sieht, die Herren erwarten einen Ausstand der Bauarbeiter, und wenn man weiß, was sie denselben bieten, so kann man sogar zu der Meinung kommen, sie wünschen einen Ausstand.

So sollen die Zimmerleute, die jetzt bei neunstündiger Arbeitszeit 60 Pf. pro Stunde bekommen, sich damit einverstanden erklären, daß in Zukunft für Leute unter 20 und solchen über 60 Jahre ein Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt wird. Ueberstunden dürfen nicht verweigert werden; die Weigerung, solche zu machen, gilt als Vertragsbruch. Wer den 1. Mai feiert, ist zu entlassen und darf vor 14 Tagen nicht wieder eingestellt werden.

Der neue Tarif nach Vorschlag der Arbeitgeber soll dann vom 1. Januar bis zum 31. Dezember gelten. Das beweist nichts anderes, als daß der verschlechterte Tarif zu gleicher Zeit die Vorbereitung zu einer weiteren Verschlechterung ist. Denn am 1. Januar ist naturgemäß im Baugewerbe die schlechteste Zeit, und bei einem Tarif-Vertrag, der um diese Zeit abläuft, brauchen die Arbeitgeber die neuen Bedingungen mit den Arbeitern nicht mehr zu vereinbaren, sondern könnten sie einfach diktiert.

Gegen wen sich aber der von den Bremer Baugewerkschaften gewünschte Kampf vor allem richtet, mögen folgende ihrer Forderungen zeigen. So heißt es an einer Stelle:

Accordarbeit ist nach Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu leisten und sind erfolgreiche Einreden dritter Personen als Vertragsbruch anzusehen.

Und an anderer Stelle:

Das Kontrollieren der Bauten, Vertreiben von Flugblättern und dergleichen von nicht auf der Baustelle beschäftigten Personen ist verboten und wird als Hausfriedensbruch verfolgt werden.

Und schließlich:

Das Agitieren für Vereinszwede sowie das Delegatensystem ist auf den Bauten und Arbeitsplätzen verboten.

Also der Organisation der Bremer Bauarbeiter will man an den Kragen!

Wenn man diese abgewürgt und einen Tarif eingeführt hat, in dem für die Unternehmer nur Rechte, für die Arbeiter nur Pflichten vorgegeben sind, wenn das Zukunftsideal der Felsig und Mähmann im Baugewerbe zu Bremen Wirklichkeit geworden ist, dann ist das goldbringende Endziel der Bremer Vorprojekte erreicht.

Aber leider stehen ihnen die Arbeiter mit tüchler Ueberlegenheit gegenüber. Der abgeschlossene Vertrag berechtigt sie, sich ihre Gegen-vorschläge bis Ende Januar zu überlegen und dann dürfen die Verhandlungen sich bis ins Frühjahr hinziehen. Die Arbeiter werden sich jedenfalls nicht zu einem Streik vor Ablauf des Tarifs, d. h. vor dem 1. April nächsten Jahres provozieren lassen; wollen es aber die Herren Unternehmer unter Vertragsbruch vorher mit einer Aussperrung probieren, so werden sie die Arbeiterschaft auch dann gerüstet finden.

Achtung, Leistenvergolde! Die Sperre über die Firma Kuriz u. Westermann in Meerane i. S., Goldschmiedfabrik, ist aufgehoben, da die Differenzen beigelegt sind. Der Hauptvorstand.

Ausland.

Nus Schweden.

Der Droschkenkutscher-Streik in Stockholm ist am Sonnabend durch einen Vertrag des Fachvereins des Droschkenvertonals mit der Aktiengesellschaft „Taxometer“ beendet worden. Bekanntlich war die Hauptursache des Streiks, der Ende Oktober ausbrach, die schlechte Beschaffenheit und mangelhafte Pflege der Pferde. Bedrückliche Untersuchungen ergaben trotz der Mühe, die man gegen die Gesellschaft waltete, daß die Pferde sich durchaus nicht alle in brauchbarem Zustande befanden. Außerdem sahen sich auch die Tierhülfvereine auf Grund von Klagen, die ihnen von angesehenen Privatleuten zugegangen waren, genötigt, gegen die Gesellschaft vorzugehen. Durch den nun geschlossenen Vertrag verpflichtet sich die Gesellschaft, alles zu thun, um ihre Pferde in möglichst bestem Zustande zu erhalten. Die entlassenen Kutscher wurden wieder eingestellt. Auf Entlassung des mißliebigen Direktors haben die Streikenden verzichtet, doch wurde die Nachbegründung dieses Mannes so weit eingeschränkt, daß er nicht ohne Zustimmung des obersten Direktors Entlassungen vornehmen kann.

Die Kürschner Stockholm haben durch Verhandlungen mit den Unternehmern und nach kurzem partiellen Streik einen Tarifvertrag erzielt, durch den unter anderem die wöchentliche Arbeitszeit auf 58 Stunden beschränkt wird.

Die Elektromonteurs Stockholm haben ebenfalls durch Verhandlungen mit den Unternehmern eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt. In dem Tarifvertrag, der bis zum 1. November 1905 gelten soll, wird sowohl die Bezahlung für Lohn- wie für Accordarbeit geregelt. Die Arbeitszeit wurde auf täglich zehn Stunden, Sonnabends sieben Stunden festgelegt und für Ueberzeitarbeit wurden Zuschläge von 50 und 100 Proz. eingeführt.

Versammlungen.

Möbelpolierer. In einer zahlreich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung der Möbelpolierer, die am 2. Dezember im Gewerkschaftshause tagte, wurde ein eingehender Bericht gegeben über die bereits

beigelegten Differenzen bei der Firma Lehmann in der Königsbergstr. (Vorwärts vom 27. November.) Schulz nahm Anstoß daran, daß in der sich darauf beziehenden Vorwärts-Notiz von einem Vorgehen „der Möbelpolierer (Holzarbeiter-Verband)“ gesprochen werde. Er führte diese Notiz auf den Holzarbeiter-Verband zurück und interpellierte deshalb die eingeladenen und erschienenen Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes, Maß und Stufche, indem er feststellte, daß von den vorgegangenen Polierern nicht dem Möbel-polierer-Verband und nur vier dem Holzarbeiter-Verband angehört. Unter diesen Umständen dürfte der noch dazu in Kartell-vertrag zum Verband der Möbelpolierer stehende Holzarbeiter-Verband solche Notizen nicht veranlassen, wo er als maßgebend durch die Erwähnung in der Kammer erscheine. Maß und Stufche erwiderten, daß diese Hervorhebung des Holzarbeiter-Verbandes nicht auf Beamte desselben zurückzuführen sei. Dem Berichtsfasser des „Vorwärts“, der die Bureaus besuche, sei von Klünger nur die Tatsache der Beilegung der Differenzen mitgeteilt worden. Wahrscheinlich habe der Berichtsfasser irrtümlich das Vorgehen dem Holzarbeiter-Verband zugeschrieben. Dem Verband und seinen Beamten treffe kein Versehen. — Schulz und die Versammlung erachteten damit die Sache für erledigt. Schulz bemängelte indessen noch ein vom Holz-arbeiter-Verband an die Unternehmer zwecks Empfehlung des Arbeits-nachweises verändertes Circular, worin auch die Vermittelung von Möbelpolierern angeboten und schließlich von der Vermittelung der verschiedenen Arbeitskräfte gesagt wird, sie erfolge nur durch den Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes. Den Gebrauch des Wortes „nur“ trägt Schulz scharf, da doch der Möbel-polierer-Verband keine eigenen Arbeitsnachweise habe, die viel mehr Polierer vermitteln als der Nachweis des Holzarbeiter-Verbandes. — Maß stellte fest, und Stufche trat ihm darin bei, daß nicht die geringste Hinterhältigkeit gegen den Polierer-Verband im Gebrauch des Wortes „nur“ liege. Es sei gebraucht lediglich in Beziehung auf den Innungsnachweis, gegen den ja der bekante osterreichische Kampf geführt werde. Wie wenig man geneigt sei, den Polierern ihre Nachweise zu meiden, geht schon daraus hervor, daß der Arbeitsvermittler des Holzarbeiter-Verbandes sehr oft die Kräfte verlangenden Unternehmer direkt an die Nachweise des Polierer-Verbandes verweise. — Auch diese Angelegenheit wurde für erledigt erklärt. — Aus den Berichten der Vertrauensmänner sind besonders die Klagen über die Ueberzeit-Arbeit hervorzuheben. Gegen diese und die auch noch vorkommende Sonntagsarbeit soll energischer vorgegangen werden. — Ueber den am 27. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause beginnenden Delegiertentag machte Schulz einige nähere Mitteilungen. Außer Anträgen, betreffend die Statistik, die Ausgestaltung des Unterrichtsunterrichts, die Mitgliedschaft der sogenannten „Vorkarrer“ mit viertel- oder halbjährigem Arbeits-vertrag etc., werden den Delegiertentag auch Anträge beschäftigen, die abzuleiten darauf, daß der Möbelpolierer-Verband sich als Section dem Holzarbeiter-Verband anschließen soll. Die Anträge gehen von den Bezirken Nördorf und Norden aus. Die Bezirke Ostern, Süd-ostern, Weihensee und Friedrichsberg haben sich dagegen erklärt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Spionage-Prozess.

Belfort, 1. Dezember. (B. T. V.) Der der Spionage be-fähigte Pfenneder wurde heute zu einem Jahre Gefängnis und 1000 Fr. Geldstrafe verurteilt. Der Aufenthalt in Frankreich wurde ihm auf zehn Jahre untersagt. Die Verhandlung fand unter Aus-schluss der Öffentlichkeit statt. Das Gericht nahm als durch die Beweisnahme erwiesen an, daß Pfenneder einen Plan des Forts Roppe aufgenommen habe; die Auslieferung des Plans an eine Fremdmacht wurde als nicht bewiesen angesehen.

Eisenbahn-Angst.

Dortmund, 1. Dezember. (B. T. V.) (Antliche Meldung.) Heute nachmittag 4 Uhr wurden auf Bahnhof Hauert die Belegte Franz Heinrichs, Friedrich Solenz und Heinrich Oberl aus Mengele durch den durchfahrenden Schnellzug von Dortmund nach Hetze überfahren und sofort getötet. Die drei Verurteilten wollten mit dem Personenzug, welcher von der anderen Richtung kam, nach Mengele fahren. Die Getöteten hatten trotz Warnung von seinen des Stationsbeamten versucht, den Mittelbahnsteig durch Ueberfahren des Geleises, auf den der Schnellzug durchfuhr, vor diesem Zuge zu erreichen.

Die russische Kaiserreise vor dem Senat.

Rom, 4. Dezember. (B. T. V.) Das Haus erörtert die von der Regierung abgegebene Erklärung. Gegenüber dem Senator Pelloux erklärt Ministerpräsident Giolitti, die Ver-tagung der Reise des Kaisers von Russland sei nicht auf die Abweisung der im März dieses Jahres von Russland beantragten Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Göh zurückzuführen. Auf eine Bemerkung Pelloux, der Auffassung der Reise des Kaisers von Russland habe auch die in Paris gelegentlich des Besuchs des Königs Victor Emanuel veranstalteten Festlichkeiten beizutragen, erwidert Giolitti, diese Reise seien so glänzend und so herrlich gewesen, daß kein Italiener und kein Franzose sie großartiger hätte wünschen können. (Lebhafte Zustimmung.) Der frühere Minister des Aeußern Korin erklärt in einer persönlichen Bemerkung gegenüber der von Pelloux erhobenen Beschuldigung, er — Korin — habe in der Kammer eine Frage des Socialisten Morgari bezüglich der Reise des Kaisers von Russland nach Rom angenommen, die Geschäftsordnung der Deputiertenkammer schreibe vor, daß Fragen angenommen werden müßten. Der Zwischenfall habe nicht vermieden werden können, weil, wenn auch der Minister erklärt hätte, nicht antworten zu wollen, der Fragesteller immer noch das Recht gehabt hätte, seine Fragen zu begründen.

Gegen die Ausweisung Turners.

New York, 4. Dezember. (B. T. V.) Eine Massenversammlung, an der mehrere bekannte Bürger teilnahmen, erklärte sich gegen die Zurückziehung des englischen Arbeiterführers Turner, welche von der Regierung auf den Anarchistenparagaphen des neuen Einwanderungs-gesetzes hin verordnet worden war, weil Turner nur theoretischer Anarchist und Gewalttäter abhob sei.

Die Wahlen zum australischen Parlament.

Sidney, 4. Dezember. Bei der gestrigen Auffstellung wurden von Kandidaten für das Bundesparlament, da keine Gegenkandidaten vorhanden waren, für gewählt erklärt: zehn Ministerielle, zwei Frei-händler und zwei Mitglieder der Arbeiterpartei. Die Stimmung ist Deutschland gegenüber unerschütterlich, infolge der Gegereien der Schützöllner. — Die Behauptung, daß Deutschland gegen Australien ebenso wie gegen Kanada Widervergeltung üben könne, wird hier verächtet, da es als sicher gilt, daß die australische Wölle unentbehrlich für Deutschland ist.

Koblenz, 4. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Ober-Striegsgerichts wurde Major Hiermann-Nachen wegen fahrlässiger Tötung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um einen Vorzug vom 7. September, als der Major von der Führer-jagd zurückkehrend, sein Gewehr, ohne es zu entladen, dem Wirtchen zum Reinigen übergab, wobei ein Schuß losging und ein neben dem Wirtchen stehendes Mädchen getötet wurde.

Kron, 4. Dezember. (B. T. V.) Bei einer Explosion in einer Grube wurden zwei Arbeiter verschüttet, von denen einer sofort getötet, der andere tödlich verletzt wurde.

Reichstag.

2. Sitzung. Freitag, 4. Dezember 1903, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Niemand. Alterspräsident v. Winterfeldt-Menklin eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Es erfolgt zunächst die Wahl des Präsidenten, und zwar durch Abgabe von Stimmzetteln. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben B; die aufgerufenen Abgeordneten treten einzeln vor und übergeben ihre Zettel einem der Schriftführer Hünburg und Arns, die die Zettel in eine Urne legen.

Alterspräsident v. Winterfeldt-Menklin verkündet das Resultat der Wahl mit folgenden Worten: Meine Herren! Es sind 253 Zettel abgegeben, davon 100 weiße, ungültige Zettel. Von den 253 abgegebenen gültigen Zetteln erhalten Herr Graf v. Ballestrem 250, Graf Stolberg (L.) 2 und Liebermann v. Sonnenberg 1. (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Meine hochverehrten Herren Kollegen! Sie haben mich wieder zum Präsidenten des Reichstages berufen, der höchsten Ehrenstelle, die das deutsche Volk durch seine Vertreter zu vergeben hat. Jede hohe Ehre setzt aber auch eine hohe Pflicht und eine intensive Arbeit voraus. Wenn Ihr Präsident die hohe Ehre genießt, dann muß er auch allen der nicht ganz leichten Pflichten nachkommen, die mit diesem Amte verbunden sind. Seitdem Sie mich zum erstenmale zu diesem Amte berufen haben, sind fünf Jahre vergangen und fünf Jahre sind in meinem Lebensalter keine Kleinigkeit. Ich stehe im 70. Lebensjahre; ich weiß nicht, ob ich auf die Dauer die nötige geistige und körperliche Frische haben werde, um den Pflichten meines Amtes immer nachzukommen. (Aufe: Jawohl! Doch! Doch! auf der Rechten und im Centrum.) Ich werde mich aber bemühen, das zu thun. (Bravo! rechts und im Centrum.) Ich kann nur das wiederholen, was ich vor fünf Jahren in diesem Hause gesagt habe. Ich werde mich bemühen unter allen Umständen die Würde dieses Hauses nach Innen und Außen zu wahren. (Bravo! rechts und im Centrum.) Ich werde mich bemühen, die Arbeiten des Reichstages zu fördern nach jeder Richtung hin, wie es die Pflicht des Präsidenten ist. Ich werde mich bemühen, die Ordnung in- und außerhalb dieses Saales, soweit meine Kompetenz reicht, aufrecht zu erhalten. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Aber, meine Herren, dies alles kann ich nur, wenn ich allseitige Unterstützung finde, und auf ihre allseitige Unterstützung rechne ich, und um diese bitte ich Sie. Ich nehme das Amt an, das Sie mir übertragen haben. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Der Präsident übernimmt das Präsidium und sagt: Mein Amt kann ich wohl nicht besser antreten als damit, daß ich dem ehrwürdigen Ramme, der bisher die Geschäfte des Reichstages geleitet hat, unser aller Dank ausspreche. (Bravo!)

Das Haus schreitet darauf zur Wahl des ersten Vizepräsidenten, die ebenso wie die vorhergegangene Wahl etwa eine Stunde in Anspruch nimmt.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe das Resultat der Abstimmung kundgegeben. Es sind im ganzen abgegeben 336 Zettel, davon gehen ab als weiße 25 Zettel und als ungültig einer, auf welchem zwei Namen standen. Es sind also gültige Zettel 310. Von diesen lauten auf den Abg. Grafen zu Stolberg-Wernigerode 299, auf den Abg. Singer 68, auf den Abg. Liebermann v. Sonnenberg 1 (Große Heiterkeit), auf den Abg. v. Bollmar 1, auf den Abg. Bernstein 1. Abg. Graf v. Stolberg-Wernigerode ist also mit absoluter Majorität zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Graf v. Stolberg-Wernigerode (L.): Meine Herren, ich nehme die Wahl mit Dank an und ich werde, soweit es an mir liegt, befreit sein, das Vertrauen, welches Sie mir durch diese Wahl entgegenbringen, zu rechtfertigen. (Beifall.)

Präsident Graf Ballestrem: Wir kommen zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Auch diese Wahl erfolgt in derselben Weise wie die vorangegangene. Nach etwa einer Stunde verkündet das Wahlergebnis.

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Es sind abgegeben 344 Zettel, davon ungültig 103, weil unbeschrieben, ungültig 7, weil mehrere Namen darauf verzeichnet. Von den somit gültigen 244 Stimmen erhielten der Abg. Dr. Paasche (natl.) 200, Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) 2 (Heiterkeit), Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.) 1, Abg. Kroll (L.) 1, Abg. Dr. Paasche ist also mit absoluter Majorität zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich nehme die Wahl mit Dank an. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Darauf wird die Wahl von acht Schriftführern vorgenommen, die nach § 10 der Geschäftsordnung in einem Wahlgange nach relativer Stimmenmehrheit erfolgt.

Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren! Ich schlage dem Hause vor, das Resultat dieser Abstimmung nach Schluß der Sitzung durch die provisorischen Herren Schriftführer feststellen zu lassen, wie das immer so geschehen ist. Das Resultat wird sodann in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden. — Hiermit ist das Haus einverstanden. — Ich ernehme meinerseits zu Quästoren die Herren Abg. Hintelen (L.) und Wänich-Perber (natl.). Wenn von Seiten der Herren kein Widerspruch erfolgt, sehe ich voraus, daß sie das Amt annehmen. — Das ist der Fall. — Der Reichstag ist hiermit konstituiert, und ich werde nicht unterlassen, Eurer Majestät dem Kaiser die vorgeschriebene Anzeige zu erstatten.

Wir haben schmerzliche Verluste erlitten und gebeten ihrer. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sigen.) Von den gewählten Abgeordneten des gegenwärtigen Reichstages sind verstorben in der Zeit zwischen ihrer Wahl und der Berufung des Reichstages:

Am 21. Juli d. J. der Abg. Richard Köfide, der sich hervorragend an den Geschäften des Reichstages stets beteiligt und dem Reichstag seit 1890 ununterbrochen angehört hat; ferner die Abg. v. Sperber (L.), Franz Hofmann (Soz.), v. Gledö (Pole), v. Schelch-Schelenburg (Welfe).

Weiter haben wir zu gedenken des Todes meines langjährigen, allseitig hochverehrten und hochverdienten früheren Präsidenten des Reichstages, Dr. v. Leveyow, welcher am 12. August dieses Jahres nach schweren Leiden in seiner Heimat verschieden ist. Der Reichstag wird diesem langjährigen ausgezeichneten Präsidenten ein ehrenvolles Andenken immerdar bewahren. (Bravo! rechts.) Ferner haben wir zu gedenken des früheren langjährigen Abgeordneten Graf v. Preyßing, der am 6. Juli 1903 in seiner Heimat, in der er in hohem Ansehen stand, verschieden ist; auch hier haben alle, die ihm näher standen, ein tiefes Bedauern über seinen Heimgang empfunden. Die Herren Kollegen haben sich zum Gedenken der Verstorbenen bereits erhoben, ich konstatiere das.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 9. Dezember, nachmittags 2 Uhr. (Tagesordnung: Erste Beratung des Reichshaushalts-Gesetzes.)

Zur Polenfrage.

Eine Erwiderung.

Auf den von Rosa Luxemburg unterzeichneten Artikel in Nr. 251 des „Vorwärts“ konnte ich wegen einer Agitationsreise nicht sofort erwidern und mußte nachher auch die Wahlen vorübergehen lassen. Die Angelegenheit hat aber ein über die persönlichen Momente weit hinausgehendes Interesse, da es sich dabei um unsere Stellungnahme zu einer wichtigen Frage des internationalen Socialismus handelt. Das rechtfertigt eine gründliche Beantwortung der Angriffe. Es ist dabei notwendig, auf den Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen zurückzugehen.

Auf dem Parteitage zu Lübeck im Jahre 1901 hatte im Verlauf der Polendebatte die Genossin Luxemburg laut Protokoll unter anderem folgendes gesagt:

„Wenn es zu Unzulänglichkeiten, zu unangenehmen Konflikten innerhalb der polnisch-socialistischen Organisation Deutschlands gekommen ist, so handelt es sich nicht um einen Konflikt zwischen Deutschen und Polen, sondern um einen zwischen polnischen Socialdemokraten, die auf internationalem Boden stehen, und solchen, die auf nationalem Boden stehen.“

Im weiteren Verlaufe der Polemik gegen diejenige polnisch-socialistische Gruppe, deren Organ die „Gazeta Robotnicza“ ist, sagt sie dann von eben dieser Gruppe:

„Uebrigens wird soviel Zorns darum gemacht, daß derjenige, der die Verhältnisse nicht kennt, glauben könnte, es handelte sich um eine zahlreiche Gruppe, die mit uns nicht Hand in Hand gehen kann. Versuchen Sie sich, es sind nur eine handvoll Kräfte, eine sogenannte Partei, die bequem auf einem Sofa Platz nehmen könnte. (Dr. Sumplovicz ruft: „Rech gelogen!“) Ach, Sie sind ja auch da; Sie gehören ja auch dazu. (Heiterkeit.) Mit Reuten, die auf dem Boden der internationalen Solidarität stehen, sind wir immer bereit, zusammen zu arbeiten, wie wir es in Polen und Oberschlesien thun. Will aber jenes häusliche Leute durchaus ihr Extra-Geld auf dem Sofa haben, so mögen sie es behalten.“

Wenn man nun auch die rhetorische Uebertreibung von der Sofa-Rede nicht wörtlich zu nehmen hat, so geht doch, sofern Worte überhaupt einen Sinn haben, aus den vorstehenden Sätzen zweifellos hervor, daß die Genossin Luxemburg behauptet, es handle sich um eine zwisch innerhalb der polnischen Socialdemokratie in Deutschland. Die von ihr bekämpfte Gruppe, die sich polnisch-socialistische Partei (abgekürzt P. P. S.) nennt und zum Organ die „Gazeta Robotnicza“ hat, bestehe nur aus einer Handvoll Kräfte, die, im Gegensatz zu der von ihr vertretenen Mehrheit der polnischen Parteigenossen in Deutschland gar keine Beachtung verdienen.

Zunächst hatte die Frage, welche der beiden polnisch-socialistischen Gruppen die stärkere sei, keine erhebliche Bedeutung für uns. Das konnten die Polen unter sich abmachen. Anders wurde die Sache aber, als im Juli 1902 die Genossin Luxemburg ein eigenes polnisches Organ, die „Gazeta Ludowa“, als Gegenzeitschrift gegen die „Gazeta Robotnicza“ ins Leben gerufen hatte, und dann aus dem diesjährigen Rechenschaftsbericht des Vorstandes die Thatfache hervorging, daß die „Gazeta Ludowa“ im verflochtenen Geschäftsjahr vom Parteivorstand mit 250 M. unterstützt worden war. Da wurde es allerdings ein allgemeines Interesse der deutschen Parteigenossen, zu erfahren, wie stark der Abonnentenstand dieses Blattes sei und ob wirklich die Behauptungen der Genossin Luxemburg über das Stärkeverhältnis der beiden polnisch-socialistischen Gruppen auf Wahrheit beruhen oder nicht.

Nun schreibt die Genossin Luxemburg in ihrem Artikel: „Lebebour hat sich von langer Hand seinen Analphabeten mit der Abonnentenzahl unseres polnischen Blattes vorbereitet.“ Diese Behauptung ist unwahr. Die Sache kam mir auf folgende Weise zur Kenntnis: Wenige Tage vor dem Parteitag überbrachte mir ein Genosse im Auftrage der Posener Agitationskommission, von deren Ersuchen ich bis dahin keine Antwort gehabt hatte, allerhand Schriftstücke, darunter auch das Protokoll über die Revision der Geschäftsblätter der „Gazeta Ludowa“, mit dem Ersuchen, sie dem Parteitage zu unterbreiten. Nach Durchsicht des Materials erklärte ich ihm zwei Tage darauf, daß die Sachen in der Mehrzahl sich nur auf Dinge bezögen, die die Posener Genossen unter sich abzumachen hätten. Aber auch das bei Revision der „Gazeta Ludowa“ ermittelte Ergebnis könne ich nur dann auf dem Parteitage mitteilen, wenn ich ausdrücklich dazu von der Revisionskommission drücklich ermächtigt würde. Am 18. September erhielt ich den Brief, den ich auf dem Parteitage vorlesen habe.

Ich mußte mich unter diesen Umständen allerdings für vollständig berechtigt halten, die mir von autoritativer Seite zugegangene Information, daß bei der Revision der „Gazeta Ludowa“ Mitte Juli ein Stand von 37 zahlenden Abonnenten vorgefunden sei, dem Parteitage mitzuteilen.

Die Genossin Luxemburg erhebt nun den Vorwurf, ich habe mich damit zum „unbewußten Werkzeug der ehrabschneidenden Absichten einer fanatischen Gruppe von Reuten“ gemacht. Sie stützt sich dabei auf die im November unter Assistenz eines Parteivorstandsmitgliedes vorgenommene Revision der Bücher der „Gazeta Ludowa“, die einen Bestand von ungefähr zweihundert Abonnenten für das zweite Quartal 1903 ergeben hat. Nur steht fest, daß die fragliche Kommission von den Posener Parteigenossen mit der Revision beauftragt worden ist. Sie bildete also eine vollgültige Partei-Instanz. Unzweifelhaft steht ferner fest, daß die Kommissionsmitglieder zu dem Revisionsergebnis in vollkommener gutem Glauben gekommen sind. Es wird das aber auch ausdrücklich bestätigt in der Erklärung derjenigen zwei Mitglieder der Kommission, die an der neuerlichen Untersuchung im Oktober teilgenommen und nunmehr deren Resultat für richtig halten. In der Nr. 259 des „Vorwärts“ erklären nämlich die Genossen Schulz und Sremak:

„Durch vorherige mangelhafte Kontrolle und die Unfähigkeit der derzeitigen Expedienten war eine genaue Feststellung der Abonnentenzahl aus den Büchern nicht möglich, auf dringendes Monieren gab der Expedient aus seinen Notizen ungefähr die Zahl 40 an, wobei jedoch unberücksichtigt blieben die Post- und Kreuzband-Abonnenten, auch diejenigen, die für einen größeren Zeitabschnitt schon vorher Abonnementsgeld eingeliefert haben, wie dies thatsächlich von auswärtigen Abonnenten geschehen ist. Auch ist dabei übersehen worden, daß einzelne Kollportiere bis dahin ihre einfassierten Gelder noch nicht alle abgeführt hatten.“

Daraus geht doch hervor, daß für den Irrtum, zu dem die Kommission gekommen ist, ausschließlich die Schuld die Unzuverlässigkeit des Expedienten trägt. Dieser Expedient aber, der sich nicht fähig zeigte, die Bücher eines Wochenblattes von rund 200 Abonnenten ordnungsgemäß zu führen und der über den Abonnentenstand ganz unzuverlässige Auskunft gab, war jedoch niemand anders als — Kasprzak, der engste Freund und Bundesgenosse der Genossin Luxemburg, den sie durchaus den Posener Genossen als Reichstagskandidat hat ausdrängen wollen.

Da muß ich denn doch sehr entschieden Einspruch dagegen erheben, daß die Genossin Luxemburg die Mitglieder jener Kommission, die soweit sie irren, unbestreitbar in gutem Glauben sich befunden haben, unangesehnt als „Stänker“ und „Ehrabschneider“ zu verächtlichen sucht. Sie haben die Aufgabe, die die Posener Genossen ihnen übertragen, nach besten Kräften erfüllt. Einen Vorwurf ihnen wegen Verächtlichmachung des Revisionsergebnisses zu machen, ist niemand berechtigt.

Es liegt mir natürlich andererseits durchaus fern, die Wichtigkeit der neuerlichen Revision, die für das zweite Quartal 1903 einen

Stand von ungefähr 200 Abonnenten ergeben hat, ansechten zu wollen.

Entscheidend für den Kern des ganzen Streites, ob die Genossin Luxemburg auf dem Parteitage in Lübeck die Wahrheit gesagt hat über das Stärkeverhältnis der beiden polnisch-socialistischen Gruppen in Deutschland ist nun aber der Abonnentenstand der „Gazeta Ludowa“ und der „Gazeta Robotnicza“. Ich habe mich an die Leitung des letzteren Blattes gewandt und folgende Auskunft erhalten, deren Richtigkeit die polnischen Genossen bestätigen:

Anfang Oktober: Postabonnenten 220 durch die Expedition 1148 Zusammen 1368

Anzahl der päpstlich zahlenden Abonnenten: rund 1000.

Es stehen also nach den beiderseitigen Angaben rund 200 Abonnenten der „Gazeta Ludowa“ rund 1000 Abonnenten der „Gazeta Robotnicza“ gegenüber, also fünfmal so viel.

Die Genossin Luxemburg sucht die Beweislast eines solchen Vergleichs in ihrem Artikel abzuschwächen durch unterschiedliche irreführende Behauptungen.

Sie meint, der „Wirkungskreis“ der „Gazeta Ludowa“ sei größer als die Zahl ihrer zahlenden Abonnenten vermuten läßt, da sie zur Zeit der Wahl in Tausenden von Exemplaren auch in anderen Gegenden Deutschlands von Polen aus verbreitet wurde. Das trifft aber auch zu für die „Gazeta Robotnicza“. Sind mehr Exemplare der „Gazeta Ludowa“ gratis verbreitet, so ist das ein Beweis für die größeren finanziellen Hilfskräfte, die ihr dank der Unterstützung durch den Parteivorstand zu Gebote gestanden haben, aber für sonst nichts. Die Abonnenten beider Blätter erschöpfen sicher nicht deren Anhängerschaft, sie bilden aber den einzig möglichen Maßstab für die Kräfte, die hinter ihnen stehen. Die Polen, die deutsche Blätter halten, sind jedenfalls in der Mehrzahl germanisierte Polen oder solche in den westlichen Provinzen. Letztere gehören beiden Richtungen an und scheiden aus für den Vergleich.

Der Haupttrumpf der Genossin Luxemburg ist aber ein ungläublich verwegener Täuschungsversuch. Sie substituirt nämlich für die polnischen Genossen, die sie auf ihrer Seite zu haben behauptet, einfach die Gesamtzahl der deutschen und polnischen Genossen, die in Polen und Oberschlesien zur socialdemokratischen Partei halten. Daß sie das wider besseres Wissen thut, geht aus ihren Eingangs citierten Worten in Lübeck hervor. Die Genossin Luxemburg verwarf sich jetzt fernerlich dagegen, daß ich in Dresden überhaupt von einer „Gruppe Luxemburg“ gesprochen habe, es gebe mir eine Organisation der deutschen Socialdemokratie in Polen wie in Oberschlesien. Selbstverständlich habe ich die nicht gemeint, sondern nur die polnischen Genossen, die zu unserer Gesamtorganisation halten. Den Ausdruck „Gruppe“ hat sie selbst in Lübeck angewandt auf die andern polnischen Socialisten der P. P. S., die eine eigene Partei bilden. Da darf sie doch um so weniger die Gruppenbezeichnung für sich und ihre näheren polnischen Freunde ablehnen, da sie noch dazu die Genossen von der P. P. S. nie bei ihrem offiziellen Parteinamen nennt, sondern sie beharrlich durch solche Ausdrücke wie „Socialistischer“, „nationalistische Sonderbündler“ in den Augen der deutschen Parteigenossen zu verächtlichen sucht.

„Gruppe Luxemburg“ ist demgegenüber doch ein recht harmloser Verlegenheitsausdruck für eine Gruppe, für die es nun eben keine offizielle Bezeichnung gibt. Ich will aber weiblicher Bescheidenheit gern dadurch entgegenkommen, daß ich bis zu dem Augenblick, daß jene Gruppe sich selbst eine andre Bezeichnung wählt, sie „Gruppe Kasprzak“ nenne, denn Kasprzak ist die andre ehernen Säule, auf der jene Gruppe ruht.

Die Genossin Luxemburg nun im einzelnen auf Grund dieser irreführenden Voraussetzung noch wieder ganz falsche Schlussfolgerungen aus den Wahlergebnissen in Polen und Oberschlesien herausarbeitet, das werde ich, um diesen Artikel nicht noch mehr auszubehnen, durch eine besondere Analyse der dortigen Wahlen nachweisen.

Nebenächtlere Fragen übergehend, wende ich mich nunmehr dem Kernpunkt des gegenwärtigen Streites zu, welche Stellung nämlich die polnischen Socialdemokraten zur Aufriehung eines selbständigen polnischen Staatswesens einnehmen sollen. Bekanntlich sind die durch den Parteitag in München geforderten Einigungsverhandlungen hauptsächlich hieran geknüpft. In Dresden hatte ich darauf hingewiesen, daß der Parteivorstand anfangs diese Frage in seinen Leisungen gar nicht berührt hatte, und daß erst die Genossin Luxemburg diesen Jantapfel hineingeworfen hat in die Verhandlungen. Die Genossin Luxemburg macht jetzt geltend, alle zehn Vertreter der socialdemokratischen Partei aus Polen und Oberschlesien auf der Konferenz hätten sich auf die Bedingungen geeinigt, die ich als die ihrigen bezeichnet hätte. Das war natürlich das gute Recht jener Genossen; aber das ändert doch an der Thatfache nichts, daß sie die Urheberin dieser Klausel war. Wie sehr ihre intellektuelle Urheberschaft dabei hervorgetreten ist, dafür kann ich mich auf einen klaffenden Zeugen berufen, auf den Parteivorstand selbst.

Nachdem im Dezember 1902 eine vorläufige Vereinbarung erzielt worden war, erschien nämlich am 12. Januar 1903 eine Kundgebung, in der der Vorstand selbst auf Wunsch der Posener Genossen nachträglich Stellung nimmt zu dem Absatz 2 der Luxemburgischen Leitsätze. Also weshalb sucht die Verfasserin denn durchaus jetzt andere Genossen die Verantwortung für diesen Absatz 2 aufzubürden? Er lautet übrigens wörtlich:

„Als Programm der Partei gilt das Erfurter Programm. Das Postulat der Unabhängigkeit des polnischen Staates kann nicht als bindendes politisches Programm gelten und in der Agitation beibehalten werden.“

Die Genossin Luxemburg hat ganz genau gewußt, was für die polnisch-socialistische Bewegung dabei herauskommen mußte, wenn der Parteivorstand sich gleichfalls auf diesen Standpunkt stellte. Entweder lehnten die Mitglieder der P. P. S. in Deutschland die Zustimmung ab, dann müßten daran die Einigungsverhandlungen mit der deutschen Socialdemokratie scheitern, oder sie nahmen sie an, dann sagten sie sich damit von ihren durch den Jarembespotismus bößlich rechtlos gemachten Brüdern in Rußisch-Polen los. Nur unter diesem letzteren Gesichtspunkt läßt sich die Stellungnahme der polnischen Socialdemokraten zu der Luxemburgischen Forderung überhaupt verstehen.

Die Polen, ein Volk von 15 Millionen, entbehren seit mehr als einem Jahrhundert eines eignen Staatswesens. Zum kleinen Teil sind sie Deutsch und Preußen angehängelt, zum größeren Teil dem russischen Reich. Sie fühlen sich aber heute als ein Volk, vielleicht stärker noch als zur Zeit der alten polnischen Welsrepublik. Auch die polnischen Socialdemokraten betrachten die ideale Volkseinheit untereinander trotz aller Grenzspalte. Die polnisch-socialistischen Organisationen der drei Reiche bilden zwar nicht eine organisierte Einheit mit gleichem Programm, ihre drei Landesorganisationen tragen aber den nämlichen Namen: Polnisch-socialistische Partei (P. P. S.). Und was die Hauptsache ist, auf unren internationalen Kongressen werden sie als nationale Einheit anerkannt, auch unter Zustimmung der deutschen Partei. Sie treten dort nicht auf als Deutsche, oder Deutsche oder Russen, sondern als Polen. Die internationale Socialdemokratie muß das auch zugeben, will sie nicht ihre Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einer leeren Phrase werden lassen.

Aus dieser Forderung geht nun aber auch hervor, daß die Polen innerhalb der socialistischen Gesellschaftsordnung ein eignes polnisches

Gemeinwesen bilden werden, wobei es natürlich heute noch eine völlig offene Frage ist, wie dessen Abgrenzung gegen die Gemeinwesen benachbarter Völker vorzunehmen sein wird.

Für die polnischen Socialdemokraten in Rußland-Polen ist die Errichtung eines selbständigen polnischen Staatswesens nun aber auch heute schon eine brennende Frage der Gegenwart. Gegenüber dem barbarischen, kulturvernichtenden Druck des Zarenregiments, das jede politische und gewerkschaftliche Betätigung auszurotten sucht, ist die politische Befreiung eine Forderung, die untrennbar verknüpft ist mit den socialistischen Bestrebungen im engeren Sinne. Politische Befreiung aber ist für die Polen in Rußland-Polen identisch mit der Errichtung eines eignen Staatswesens. Auch in einem befreiten Rußland müßten die socialistischen Polen sofort ihre Selbständigkeit beanspruchen. Mit Zug und Recht haben sie deshalb auch die Forderung einer polnischen Republik in dem Programm ihrer Organisation.

Für die polnischen Socialisten in Oesterreich und Preußen ist die Frage eines eignen polnischen Staatswesens an sich keine Lebensfrage. Sie tritt in den Rahmen ihrer Tagesbestrebungen gar nicht hinein. Sie gehört deshalb auch nicht in das Programm der P. P. S. im Deutschen Reich. Ja, sie steht auch gar nicht darin. Das Programm der polnischen Socialisten in Deutschland ist das Erfurter Programm der deutschen Socialdemokratie mit dem einzigen Zusatz, der Unterricht sei in der Volkssprache zu erteilen, nebenbei bemerkt eine ganz berechtigte Forderung, die wir selbst praktisch immer vertreten und die wir in unser eignes Programm hineinschreiben wollten.

Nun ist es aber ein wesentlicher Unterschied, ob eine Partei eine Forderung nicht in ihr Programm setzt, oder ob sie die dieselbe ausdrücklich abschwört. Das nutzte die Genossin Luxemburg aber den polnischen Socialisten gestilltlich zu. Hätten sie das jedoch gethan, hätten sie sich auf den Luxemburgischen Standpunkt gestellt, so hätten sie nicht nur den obersten Grundzug jeder Befreiungsbewegung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, verleugnet, sie hätten auch ihre doppelt untröstlichen Brüder in Rußland-Polen schmachlich im Stich gelassen und verraten. Mit Jubel wäre dieser Abfall der polnischen Socialisten in Deutschland von der gemeinsamen Sache des polnischen Socialismus ausgebeutet worden von deren Feinden, vor allem von den Zarenherrschaften.

Und deshalb wiederhole ich meinen Ausdruck: „Die polnischen Socialdemokraten wären Schufte, wenn sie diese Forderung der Genossin Luxemburg sich zu eigen gemacht hätten.“

Ganz entsezt ist die Genossin Luxemburg, daß ich den Ausdruck „Schufte“ gebrauche, schon, wo es sich um Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Programmpunkte handelt. Ich will versuchen, ihrem Verständnis nachzuhelfen.

Nächst hat der nömliche grausame Despotismus, der die Polen daniiederdrückt, der die deutsche Kultur in den baltischen Provinzen getriibt, der die dortigen Deutschen, der die Letten, die Esthen entrecht, der das eigne Volk in Sklavenseiten fällt, auch die staatsrechtliche Sonderstellung Finnlands trotz feierlicher Jarendeckernicht und die hochentwickelten Finnländer der niederrätigen russischen Volkswirtschaft unterworfen. Nun, ich würde jeden Finnländer für einen Schufte halten, der im Sinne der Rosa Luxemburg das Postulat der Selbständigkeit Finnlands abschwören würde.

Oder denken wir uns, Deutschland wäre unter Fremdherrschaft geraten, halb französische, halb russische — im Anfang des vorigen Jahrhunderts war es nahe daran —, in meinen Augen wäre jeder Deutsche ein Schufte, der die Befreiung seines Volkes im Sinne der Rosa Luxemburg feierlich abgeschwören würde.

Oder aus einer andern Sphäre unsrer Bestrebungen: Denken wir uns, den Schachmachern gelänge die Vernichtung jedweden Koalitionsrechts in Deutschland. Schwürde jeder Arbeiter für einen Schufte halten, der sich die Zugehörigkeit zu einer Partei durch Unterzeichnung folgender Klausel erkaufen würde: „Das Postulat des unbefchränkten Koalitionsrechts darf nicht als bindendes Programmpunkt gelten und in der Agitation betätigt werden.“

Wenn die Genossin Luxemburg das auch nicht begreift, ich denke, socialdemokratische Arbeiter werden mir darin zustimmen, daß auch ein Programmpunkt seine Unterzeichner zu Schufte machen kann!

Wie die Genossin Luxemburg sich bei der Verteidigung ihrer Klausel hinter „alle zehn Mann“ aus Polen und Oberschlesien verstecken wollte, suchte sie auch noch den Parteivorstand mit sich zu identifizieren. Ich habe schon in Dresden darauf hingewiesen, daß das ein wesentlicher Unterschied ist. Die Klausel des Parteivorstandes lautet:

„Es existiert kein polnisches Sonderprogramm, in dem die Wiederherstellung Polens gefordert wird. Die von früheren polnisch-socialistischen Parteitagen in der Frage der Autonomie Polens angenommenen Resolutionen halten sich durchaus im Rahmen der auf dem Internationalen Kongress in London 1896 angenommenen Resolution betreffend das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen.“

Das ist an sich weiter nichts als die Konstatierung einer Thatfache. Die Wiederherstellung des alten Polens wäre überdem ein Unthat. Da übte der polnische Adel eine Fremdherrschaft aus über weit mehr Litauer, Ruthenen und Deutsche als Polen dem Staate angehörten. Trotzdem war auch jene Vorstandsklausel unannehmbar für die polnischen Socialisten, weil sie weit über ihren Vorlaut hinaus eine ganz andre Bedeutung erhielt als Abschwächung der Klausel Luxemburg und weil die polnischen Socialisten auch den Schattens eines Verdachts vermeiden mußten, als ob sie ihre Genossen in Rußland-Polen im Stich lassen wollten. Obendrein war die unglückliche Form eines Geheimvertrages gewählt. Es war das ein schwerer Mißgriff. Unser Parteivorstand ist sicher in einer schwierigen Lage. Verführte er jedoch, durch die polnischen Genossen kompromittiert zu werden, dann bliebe ihm nur übrig, der P. P. S. die volle Selbständigkeit zu lassen und von Fall zu Fall, bei Wahlen z. B., Vereinbarungen mit ihr zu treffen. Eine Kontrolle über Personen versuchen zu wollen, deren Sprache man nicht versteht, ist sowieso ein Ding der Unmöglichkeit. Jetzt hat leider der Parteivorstand der Genossin Luxemburg eine Möglichkeit gegeben, ihn vielleicht noch schlimmer, in anderer Weise zu kompromittieren, da er das Polnisch der „Gazeta Ludowa“ ebensowenig kontrollieren kann, wie das der „Gazeta Robotnicza“.

Dann hat die Genossin Luxemburg auch noch den verstorbenen Genossen Liebnecht zu ihren Gunsten citiert. Sie meint, Liebnecht habe noch im 70. Jahre seine Ansicht über die Polenfrage geändert, und „wie uns scheint, sich auf den Standpunkt gestellt, den ich heute vertritt, wie sein im „Vorwärts“ Nr. 188 vom 14. August 1900 abgedruckter Brief beweist.“

Nun ist es für meine Stellungnahme ganz ohne Belang, ob Liebnecht so oder so gedacht hat. Ich bilde mir meine Ansicht nach eigenem Ernsten. Aber es ist obenberein durchsahlich, aus dem fraglichen Briefe zu folgern, daß Liebnecht verluxemburgert gewesen sei. Es handelt sich da um eine schlichte Bemerkung in einem Danlschreiben Liebnechts an den „Raryzod“, das Organ der P. P. S. in Krakau, eine Antwort auf Glückwünsche, die ihm 1898 bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis zugegangen waren. Es heißt darin:

„Ich bin überzeugt, daß die internationale Socialdemokratie die polnische Frage lösen wird und dem polnischen Volke dieselbe Bedeutung zurückgeben wird, wie sie jetzt die Deutschen, Franzosen und Engländer haben. Das liegt im Wesen der socialistischen Selbstbestimmung. Diese Autonomie kann der heutige Kapitalismus nicht mehr schaffen. ... Nur der Socialismus wird den Schlachtruf „Noch ist Polen nicht verloren“ in Wirklichkeit umsetzen.“

Nun halte auch ich es zwar für unwahrscheinlich, daß in der kapitalistischen Ära noch ein selbständiges Polen ertehen wird, aber für unmöglich nicht. Es sind Komplikationen denkbar, die den früheren Zusammenbruch des zarischen Weltreiches herbeiführen müssen. Doch selbst wenn man auch mit dem Siege des Socialismus auf die Errichtung eines selbständigen polnischen Gemeinwesens rechnen kann, geht doch in aller Welt nicht aus einer solchen Voraussetzung hervor, daß

die polnischen Socialisten die Geltendmachung der Selbständigkeit Polens in der Gegenwart abschwören müßten. Wir haben sehr viele Forderungen, deren Verwirklichung wir erst nach unserm Gesamtsiege erwarten können: den Kommunismus, die Republik, die gleiche Bildungsmöglichkeit für alle Menschen. Zeit wann verleben wir sie in der kapitalistischen Ära? Wir müssen sie sogar heute schon fordern, da die Geltendmachung dieser Forderungen eines unsrer Mittel zum Siege ist. Rosa Luxemburg will aber gerade den Ruf: „Noch ist Polen nicht verloren!“ als Schlachtruf, also als politische Lösung ausmerzen aus der polnisch-socialistischen Bewegung. Und das hätte Liebnecht billigen können, der nämliche Liebnecht, der gerade jenes Trostwort den Genossen von der P. P. S. in einem Dankesbriefe zurief! Ich bin überzeugt, er hätte mit Entrüstung jedwede Gemeinschaft mit dieser tosfarbenen Konzeption an die Unterdrücker von der Hand gewiesen.

Aber Rosa Luxemburg hat ja das Andenken Liebnechts nur in diese Polemik hineingezerrt, um mir einige giftige persönliche Vorwürfen zu widmen. Dagegen ein Wort der Widerlegung zu verschwenden, halte ich für unnötig. Wer sich durch solche Offenbarungen einer schönen Frauenseele gegen mich beeinflussen läßt, auf dessen gute Meinung verzichte ich gern.

Auf eine andre Anzapfung muß ich indes noch eingehen, nicht meinethwegen, sondern weil sie auf Personen gemünzt ist, die sich nicht verteidigen können. Frau Luxemburg beklagt sich über Angriffe gegen sie selbst und ihre Freunde, die in Galizien und in der Warschauer bürgerlichen Presse erschienen seien, und rufst mir dann grobhartig zu: „Um sich zum Sprachrohr einer solchen Kampfesweise zu machen, dazu gehört wahrhaftig zum mindesten ein bedenklicher Mangel an moralischem Gefühl.“

Ich weiß nicht, was da in Warschau und Galizien gegen die Rosa Luxemburg geschrieben ist. Aber mag es sein, was es will, es ist doch geradezu ein unerhörter Abulstrenschuß, mich dafür verantwortlich zu machen! Doch diesmal sollen durch die Herbeizerrung einer Sache, mit der ich gar nichts zu schaffen habe, offenbar andre Leute getroffen werden. Genossin Luxemburg hebt hervor, diese „social-nationalistischen Korrespondenzen“ seien erschienen „unter den Fittichen der zarischen Censur, die natürlich jede Entgegnung zu meinen Gunsten unterdrückt“. Man braucht mir ungefähr eine Ahnung von der russischen Polizeiwirtschaft zu haben, um zu erkennen, welche Wirkung dieser Klageartikel für bestimmte Personen haben kann, die natürlich ihre Situation noch verschlimmern würden, wenn sie sich öffentlich gegen diesen tödlichen Streich verteidigen wollten. Ich glaube aber, sie können diese Verteidigung auch ruhig den deutschen Parteigenossen selbst überlassen, deren Verständnis für solche Situationen durch zwölf Jahre Ausnahmegefesge geübt ist.

Mit diesem Ausfall gegen Artikel der Warschauer Presse steht es ja auch vollkommen im Einklang, daß Frau Luxemburg in Dresden die Gesamtheit unsrer polnisch-socialistischen Genossen in Rußland-Polen als „internationale Stänker“ beschimpfte, weil sie sich angeblich in einem „Gegenstand zu den russischen Genossen, zu den jüdischen Socialisten“ befinden. Ich kenne die Meinungsverschiedenheiten, die da ausgebrochen sind, nicht, und kann deshalb nicht darüber urteilen, wer recht hat. Aber eins ist doch sehr merkwürdig. Die jüdischen Socialisten bilden in Polen und Litauen eine Sonderorganisation ihrer Sprache wegen. Sie sprechen einen durch hebräische und slavische Worte vererbten deutschen Dialekt, das „Jiddisch“, das mit hebräischen Lettern gedruckt wird. Ich verarge ihnen nicht, daß sie sich als jüdischer „Bund“ gesondert organisieren, wenn sie glauben, auf die Weise besser den Socialismus ausbreiten zu können. Die Genossin Luxemburg aber handelt völlig inkonsequent, wenn sie die Sonderorganisation der jüdischen Proletarier gutheißt, aber den polnischen Socialisten die Sonderorganisation verwehren will. Ein eignes „jiddisches“ Gemeinwesen können die jüdischen Proletarier natürlich überhaupt nicht erstreben, weil sie wohl in einzelnen Orten, nicht aber in geographisch abgrenzbaren Landesteilen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Wie die Wärfel auch fallen mögen, sie werden immer als Widersprüche Staatswesen mit anderssprachigen Mehrheiten angehören müssen.

Schon diese widerspruchsbolle Haltung der Genossin Luxemburg gegenüber dem jüdischen „Bund“ in Polen einerseits, der P. P. S. in Deutschland andererseits zeigt, wie brüchig die angeblich so principienreine Luxemburgische Politik ist. Wenn sie den Anspruch erhebt, auf internationalem Boden zu stehen, so mißbraucht sie den Begriff „international“ in schmählicher Weise. Es ist eine Forderung internationaler Gerechtigkeit, wie die internationale Socialdemokratie sie bisher zur Geltung zu bringen gesucht hat, daß jedem Volke das volle Selbstbestimmungsrecht gewahrt bleibt, unbeschadet diplomatisch erschwerter Willkürgrenzen. Wer diesem Grundsatz entgegenarbeitet, der handelt nicht international, sondern wirkt als unbewußter Bundesgenosse der nationalen Unterdrückungspolitik. Würde die P. P. S. das Luxemburgische Programm sich zu eigen machen, so würde der Sache des Socialismus im polnischen Volke ein schwerer Schlag verfezt und die Zarenherrschaften könnten sich vergnügen die Hände reiben.

Da die Genossin Luxemburg es sich zu ihrer Aufgabe gemacht hat, die deutsche Socialdemokratie zur Annahme ihrer eignen verwerlichen Politik gegenüber den polnischen Socialisten zu bewegen und dabei nicht vor geistlichen Täuschungen zurückschreckt, werde ich allerdings trotz ihres „Entsetzens“ es nach wie vor für meine Pflicht halten, ihr Treiben zu bekämpfen.

Berlin-Halenfer, 30. November 1903.

G. Ledebour.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Sachsen: Johanngeorgenstadt wurde die ganze socialdemokratische Liste mit acht Kandidaten gewählt. In Falkenstein wurden in der dritten Klasse zwei Parteigenossen gewählt. In Döbeln zieht zum erstenmal ein Socialdemokrat ins Stadtvorordneten-Kollegium ein.

In Württemberg: In Cannstatt wurden zwei Parteigenossen gewählt, während wir bisher nur ein Mandat besaßen. Zwei Genossen wurden auch in Ehlingen gewählt. In Ober-ehlingen und Kellingern siegten die vom Arbeiterverein vorgeschlagenen Kandidaten.

Zur Gemeinderatswahl in Stuttgart veröffentlicht der Vorstand des dortigen Socialdemokratischen Vereins folgendes:

„Zwischen 1. dem Konserватiven Verein, 2. der Deutschen Partei Stuttgart, 3. dem Wahlverein der Katholiken, 4. dem Volksverein Stuttgart, 5. dem Socialdemokratischen Verein Stuttgart, 6. den Vereinten Bürgervereinen Stuttgart, 7. dem Stuttgarter Hausbesitzerverein, 8. dem Stuttgarter Mieterverein ist folgendes gekommen getroffen worden:

I. Die genannten Wahlgruppen einigen sich zum Zwecke der Vereinfachung und Vereinfachung des Wahlmodus bei der Gemeinderats-Wahl 1903 auf folgende Punkte:

1. Den sämtlichen, aus der Wahlliste zu entnehmenden Wahlberechtigten werden die Wahzettel der acht Gruppen thunlichst am Tage vor der Wahl unter Couvert durch die Post zugestellt.

2. An den einzelnen Wahllokalen wird ein für die acht Gruppen gemeinschaftlich tätiger Wahllokalsteher (in Außenbezirken zwei) aufgestellt, welcher jedem zur Wahl Schreitenden auf Verlangen die Wahzettel der acht Gruppen unter Streifband überreicht. Für diese Wahllokalsteher ist eine genügende Anzahl Ablöser zu bestimmen.

II. Die Kontrolle über die Vollständigkeit der Adressen, die richtige Einlegung in die Couverts und Streifbänder, sowie die Kontrolle über das Vorhandensein der Wahzettel an den Wahllokalen und die Aufsicht über die Wahllokalsteher wird von sämtlichen Wahlgruppen gemeinsam durch Vertrauensmänner ausgeübt.

III. Die Kosten der gemeinschaftlichen Aktion werden von den acht Gruppen zu gleichen Teilen gemeinschaftlich getragen.

IV. Die kontrahierenden Wahlgruppen sind darüber einig, daß durch die hier vereinbarte gemeinsame Tätigkeit keinerlei Einschränkung in der Wahlagitation geschaffen sein soll. Insbesondere

steht es den einzelnen Gruppen frei, durch Beilegung der Wahzettel in den Zeitungen, durch Zufendung von Flugblättern oder Circularen usw. die ihnen geeignete Agitation zu entfalten.“

Partei-Presse. Die Verfolgungen, unter denen die Arbeiterbewegung in Preußen leidet, haben wieder einmal die alte Erfahrung bestätigt, daß sie den gegenläufigen Erfolg herbeiführen, als in der Absicht ihrer Urheber liegt. Die „Volkswacht“ hat auch nach den Reichstagswahlen eine weitere Zunahme ihrer Abonnentenzahl zu verzeichnen, so daß sie von jetzt ab jeden Tag mindestens sechs Seiten stark erscheint.

Die Genossen in Braunschweig beschäftigen sich mit dem Plane der Gründung einer eignen Druckerei, um das Blatt vergrößern zu können. Die Preßkommission legte einer Parteiverammlung, die jüngst tagte, einen entsprechenden Antrag vor, der jedoch noch nicht erledigt wurde.

Gefahr im Verzuge. Bald nach den Reichstagswahlen wurde, wie unser Königsberger Parteiblatt berichtet, der Gemeindevorsteher des Dorfes Neu-Stremehen im Kreis Litke seines Amtes enthoßen, weil er sich öffentlich als Socialdemokrat bekante und für die Socialdemokratie tätig war. Die Führung der Geschäfte wurde dem ersten Schöffen, Herrn Dethmann übertragen. Kaum war Herr Dethmann Verwalter der Gemeindegeschäfte, da — wurde auch er Socialdemokrat und stellte der Partei sein Haus zu Versammlungen zur Verfügung. Schon zwei socialdemokratische Versammlungen haben bei ihm stattgefunden. Und es ist in diesem Zusammenhang gewis bemerkenswert, daß in beiden Versammlungen Frauen anwesend waren, so daß sogar aus diesem Grunde der überwachende Gendarm in Unkenntnis des Vereinsgesetzes die zweite Versammlung auflöste. Fast ist danach zu befürchten, daß sich in dieser Gemeinde kein Socialdemokrat für das Amt des Gemeindevorstehers findet und man die Verwaltung schließlich dem — Gendarm übertragen muß.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung des Generalarztes König von der Marine. Früher Chefarzt am West-Strankehause zu Wilhelmshafen, jetzt in Altona, stand der Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes“, Genosse Jacob, vor der Strafkammer des Landgerichts in Oldenburg. Die Verleumdung wurde darin gefunden, daß im Anschluß an einen dem „Vorwärts“ entnommenen Artikel über die Unfallrentenlage eines Verfarbeiters vor dem Reichs-Verficherungsamte, nach welchem König als Vertrauensarzt der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen in einem Bericht den Kläger für einen Simulanten hielt, gesagt wurde: es seien der Redaktion schon viele Klagen zugegangen über den Marine-Arzt König und seine Vorgänger in Bezug auf oberflächliche Untersuchung und unfreundliche Behandlung. Die Arbeiter fühlten sich in ihrer Behandlung als Rekruten nicht als freie Arbeiter. Durch sieben Zeugen wurde festgelegt, daß bei der Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ in Vant vorgebrachten Klagen der Verfarbeiter berechtigt waren. Der Staatsanwalt mußte zugeben, daß die Behandlung der Kranken Verfarbeiter eine recht soldatische gewesen sein möge; aber der allgemeine Vorwurf, König sei gegen die Kranken unfreundlich gewesen, involviere eine Verleumdung, umsomehr, als von den mehreren Tausenden von Kranken Arbeitern, welche König während seiner Tätigkeit im Verfarbeiter-Krankenhause behandelte, sich nur sieben Klagen führende gefunden hätten. Die sehr die Kranken Verfarbeiter dem Marine-Arzt König zugethan gewesen seien, erhalte daraus, daß bei seinem Abgange die Insassen des Krankenhauses samt den Kranken, die nicht aus Bett gefesselt waren, ihm einen Fackelzug mit brennenden Fackeln gebracht hätten.

Dem Gericht waren sieben Zeugen auch zu wenig; es verurteilte den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe.

Sociales.

Arbeitslöhne in Elsaß-Lothringen. Dem „Gläser“ wird aus Wuzig im Kreis Molsheim berichtet, daß in der dortigen Werfzeugfabrik jetzt an verarbeitete Arbeiter 1,80 M. und an jüngere 1,60 M. Tagelohn bezahlt werden muß, weil auch im benachbarten Einsheim demnächst zwei Fabriken eröffnet werden. Es geben sich deshalb die übrigen Arbeiter in Wuzig der Hoffnung hin, daß auch für sie bald Lohnaufbesserungen eintreten werden. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß sich die Arbeiter dort nicht gerade drängen. So wird aus Erstein und aus Schirmbeek berichtet, daß dortige Fabriken „wegen Mangel an einheimischen Arbeitern“ Galizierinnen importiert haben, die außerordentlich genügiam seien. Diese Galizierinnen wohnen gemeinschaftlich und führen gemeinschaftliche Küche mit den Lebensmitteln, die ihnen der Unternehmer frei liefert. Frei, das heißt natürlich an Stelle von Barlohn. Hoffentlich wird dabei die Gewerbe-Ordnung beachtet, welche die Vierung der Lebensmittel nur zu den Anschaffungskosten gestattet.

Der Staat als Ausbeuter. In den ungarischen Tabakfabriken, die als Staatsmonopol betrieben werden, sind 16 330 Arbeiterinnen, 1166 Arbeiter, 24 Kinder, 233 Unterbeamte und Diener und 184 höhere Beamte beschäftigt, zusammen also 17 896 Personen. An Lohn und Gehalt wurden rund 12 Millionen Kronen bezahlt, durchschnittlich 670 Kronen (a 85 Pf.) im Jahre. Der Reingewinn, den die Staatskasse aus den Betrieben bezog, belief sich auf 61 Millionen Kronen, war also fünfmal so hoch wie die Gesamtausgabe an Löhnen und Gehältern.

Aus der Frauenbewegung.

Gegen das staatsbürgerliche Wahlrecht der Frauen. Das Konstitutionskomitee des norwegischen Storting hat einstimmig beschloßen, dem Storting zu empfehlen, die vorliegenden Anträge auf Einführung des allgemeinen staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts abzulehnen, weil, wie in dem Gutachten des Komitees ausgeführt wird, man noch zu wenig Erfahrung über die Wirkungen des kommunalen Wahlrechts der Frauen gesammelt habe und weil außerdem noch zu wenig Sympathie für die Forderung unter den Wahlberechtigten vorhanden, so daß die Zeit für eine derartige Ausdehnung des Wahlrechts noch nicht gekommen sei.

Die älteste organisierte Arbeiterin dürfte wohl Frau M. Thomson in Jlenzburg sein, die der dortigen Zählstelle des Fabrikarbeiterverbandes angehört. Sie wurde am 3. Dezember 90 Jahre alt. Die brave Alte arbeitet noch ausfühlsweise in einer Brauerei.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Dezember, vorm 8 1/2 Uhr, in der Schul-Halle, kleine Franzfurter-Str. 6: Verammlung. Freireligiöse Verlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendort: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Arisprung des Gottesglaubens.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Montag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im großen Saale des Central-Klubhauses, Am Königshafen 14a: Verlesende Verammlung. Wichtige Tagesordnung. Welche Cultung legitimiert.

Silfiofaste der Grabeure, Eiseneure und vermandten Berufsgruppen Berlins tagt jeden 1. Montag im Monat im Restaurant Elze, Lützen-Platz 1, abends 8—10 Uhr.

Witterungsbericht vom 4. Dezember 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Schneehöhe	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Schneehöhe	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	762	SW	—	4 heiter	-3	Daparanda	755	SW	—	4 bedeckt	-3
Hamburg	758	SW	—	4 wollig	-2	Betersburg	760	SW	—	2 bedeckt	-4
Berlin	763	SW	—	2 wolkenlos	-5	Gort	749	SW	—	3 heiter	-4
Kranz a. M.	762	SW	—	3 heiter	-4	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	761	SW	—	2 heiter	-7	Paris	756	—	—	3 bedeckt	-2
Wien	763	SW	—	2 heiter	-2						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 5. Dezember 1903. Unsoo wärmer, veränderlich, nichsch wollig mit geringen Niederschlägen und lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Herren-Filzhüte
 direkt aus der Fabrik 34452*
 St. 1.50, 1.90, 2.40, 2.80 und 3.00.
Seidenhüte von St. 4.00 an.
Chapeau claque und **Haarhüte**.
Wintermützen für Herren u. Knaben.
 Größtes Specialgeschäft im Norden!
 Nicht zu vergleichen mit Nischengeschäften!
 Alfred Krug, Hutfabrik, Berlin N., Brunnenstraße 54.
 an der Straßunderbrücke.

Das Richtigsehen
 ist für jeden Menschen von größter Bedeutung, umso-
 mehr aber für denjenigen, dessen Augen durch an-
 gereiztes Sehen oder unpassende Gläser geschwächt
 sind. Jeder Brillenbedürftige, ob welt, kurz oder
 überichtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augen-
 glases darauf achten, das ihm dieses auch genau paßt.
 Das allbekannte Institut für Präzisions-Optik von
Carl Buttendorff
 Berlin N., Weinbergsweg 15b
 (6. Laden vom Rosenthaler Thor)
 bietet jedem Käufer Gewähr für richtiges Anpassen aller Augengläser.
 Stahl-Brillen und Pincenez von Mk. 1,00 - 3,50
 Nickel- " " " mit besten 1,50 - 4,00
 Double- " " " mit besten 3,50 - 13,00
 Gold- " " " mit besten 8,00 - 40,00
 Für außerhalb Wohnende Prosektie zum Selbst-
 bestimmen der Zehrschärfe sowie Kataloge über Brillen, Klemmer,
 Ferngläser usw. kostenlos.

Knecht Rupprecht
 bringt
Für den Vater
 einen modernen Teppich
 von M. 8,50, 13, 20, 30, 50 usw.
Für die Mutter
 hübsche Steppdecken und Gardinen
 von M. 5,50, 6,50, 8, 10 usw.
Für den Sohn
 eine schöne Reisedecke
 von M. 1,75, 6, 7, 8,50 usw.
Für die Tochter
 eine eleg. Tischdecke u. prachtvolles Fell
 von M. 2,50, 3,75, 5, 6, 7 usw.
 sowie andre praktische Weihnachts-Geschenke
 in grösster Auswahl zu ganz enorm billigen Preisen.
Teppichhaus
B. Adler & Co.,
 Königstrasse 20-21, an der Judenstrasse,
 im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Achtung.
 Wir offerieren
Musikautomat
 mit 12 Noten dazu 58191*
Wert Mk. 300,00
 für Mk. 100,00 bei Mk. 60,00
 Anzahlung und 10,00 Abzahlung.
Georg Brandt & Co., G. m. b. H., Berlin, Prinzessinnenstr. 19.

Jede Uhr 
 zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
 nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Druck, keine Reparaturen billiger.
 Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erträglich billigen Preisen.
 Tafeluhren, 900 gek., 1/2, Tafeluhren 15,50, 2 Tafeluhren 20,50.
 Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echl. Rathenower Silber,
 Pincenez, Ferngläser. 28272*
T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Babstr. 57.

Winterpaletots
 jetzt enorm billig.
 Saccos, Blusen u. Jakets, glatt u. m. be-
 sticktem Kragen 8, 10, 15 Mk.
 bis zu den apartesten Modellen in Eskimo, Zibeline,
 Astrachan und in allen neuen Noppe-Fantasiestoffen.
 Plüsch-Capes, Plüsch-Paletots 30 Mk., 40 Mk.
 Schwarze bestickte Capes 12, 15, 20 Mk.
 für Ältere Damen in Eskimo, Astrachan, in feinem Rips.
 Golf-Capes 7,50, 9, 12 Mk.
 Theater-Mäntel m. eleg. Pelzbes. 15 Mk., 20 Mk.
 Lange Golf-Paletots 12, 15 Mk.
 Blusen- u. Blusen-Paletots in Astrachan, Maulwurf,
 Plüsch, Eskimo u. a. Fantasiestoffen 15 Mk., 20 Mk.
Costümröcke
 prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt
 in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in
 den modernsten glatten und Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk.
 in Seidendannst. 20 u. 25 Mk.
 Amerikan. fussfreie Strassenröcke jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
 Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen,
 neuen Modellen 15, 20 Mk.
 Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.
 Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch
 nach Mass in 24 Stunden 18, 20, 25 Mk.
 Elegante garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den
 neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
 Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 5, 9 Mk.
 Eleg. Ballkleider u. Organdy-Kleider 20 Mk.
 Blusen in den neust. Fantasiestoffen 1,50 Mk., 2,50 Mk.
 Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-
 Muster, elegante Façons 5,50, 7,50, 10 Mk.
 Morgenröcke, Matinées und Jupons
 2,50 Mk. 4,50 Mk. 6 Mk.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
 Massanfertigung.

Gegen
Monatsraten von 2 Mk.
 an liefern wir
 **Musikwerke**
 selbstspielende
 Drehinstrumente
 mit auswechsel-
 baren
 Metallnoten
 von 18 Mk. aufwärts.
 **Phonographen**
 nur
 erstklassige,
 vorzüglich
 funktionierende
 Apparate von
 20 Mk. aufwärts.
 Beispiele und
 unbespielte
 Walzen
 in Qualität.
 **Accordeons**
 in sehr reicher
 Auswahl,
 sehr preiswerte
 Instrumente
 in allen
 Preislagen.
 **Zithern**
 aller Arten,
 wie Accord-,
 Harfen-, Duett-,
 Konzert-,
 Gitarre-Zithern
 etc.
Bial & Freund in Breslau II.
 Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Pelzwaren-Lager
Carl Renz
 Berlin SO., 3. Oranien-Strasse 3.
 Weiher Herrenhut Steifer Herrenhut
 von M. 1,75 an. von M. 2,25 an.

SPECIALITÄT:
 Solide hürgerl. Einrichtungen
 von 250-3500 Mark.
 Bar oder
 Teilzahlung
 Kein
 Kaufzwang.
Möbel
 Keine Ladenmiete
 Geringe Unkosten
 Kleiner Nutzen
 Grosser Umsatz
 Reelle Ware
 Niedrige Preise
 Couf. Bedingungen
Wilh. Misch
 Berlin NO.
 Gr. Frankfurterstr. 45-46. I.
 Illustrierter Katalog
 gratis und franco.

Reste
C. FEI
 DAMENMÄNTEL
 KOSTUMSTOFFE
 SEIDENSTOFFE
 FLUSCH
 BESATZARTIKEL
 ASTRACHAN
 MER
 4. Kottbuser Strasse 4.
Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für
 Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Ganz umsonst und portofrei
 kann sich Jeder von uns für entsprechenden Wert Waaren erworben.
 Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 2500 Abbildungen nebst
 näherer Angabe ebenfalls gratis und franco (ohne Kaufzwang). - Der-
 selbe enthält grosse Auswahl in Herrenketten, ferner grosse Auswahl in
Gebrüder Bell, Gräfrath
 bei Solingen 902
 Ältestes Fabrikverandhaus am Platze
 Gegründet 1876.
 Damen-
 Uhr- und
 Halsketten
 Broschen,
 Hügel,
 Taschenbroschen,
 Regulateure,
 Wecker, Portemon-
 naies, Pfeifen, Spazier-
 stöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Waagen, Sensen,
 Heben- od. Gartenschereen, Gärtnermesser, Brod-, Schlacht-, Gemüse-,
 Hack- u. Wiegemesser, Taschenmesser, Haarmesser, Tafelmesser u. Gabeln,
 Damen-, Haar- u. Schneidemaschinen, Haarmaschinen, Haarrotensilien,
 Musikinstrumente und sonstige Schenck- und Haushaltungsartikel etc.
 Gleichseitig offerieren wir, damit sich Jeder von der Güte u. Qualität
 unserer Waaren überzeugen kann, franco prima Nickel-Uhrkette No. 605
 wie Zeichnung ca. 20 cm lang, mit Compass im Scheitel u. 2 Quasten-
 Anhängern für nur Mark 2.-. 14 Tage zur Ansicht. Postlagerlich
 sich, den Betrag in angegebener Probezeit einzulösen od. die Uhrkette
 zu retournieren. - Mehr wie 1 Stück nur gegen Nachn. bitten gegen auf
 unsere Firma zu achten. Katalog enthält Neuheiten in Handwerkerketten
 für Schuhmacher, Zimmerleute, Maurer, Metzger, Klempner, Böttcher,
 Schlosser, Bäcker, Schreiner, Dachdecker, Schmiede, Bergleute, Gärtner,
 Winzer, Wagner, Steinhauer, Sattler, Käser, Pfanzere, Brauer u. Feuerwehr.

Musikinstrumente - Musikwerke
 mit auflegbaren Noten.
Harmonikas, Violinen, Zithern jeder Art.
Gitarre-Zithern mit Unterlegnoten von 10 Mark an.
Mundharmonikas, Phonographen etc. in reichster Aus-
 wahl zu soliden Preisen empfehlen.
Hermann Howe & Co., Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 39.
 Harmoniums nach amerikanischem Saugsystem.

Gelegenheitskauf!
 Eine Partie echter
Plüsch-
Tischdecken
 mit reicher Stickerei
 u. unbe-
 deutenden Webfehlern
 ca. 33% unter Preis!
 140/140 cm 8⁷⁵ M. Wert 13,50
 130/160 cm 10⁵⁰ M. . 19,50
 145/175 cm 18⁵⁰ M. . 20,00
 Nach ausserh. pr. Nachnahme.
Teppich - Versandhaus
Emil Lefèvre,
 Berlin Oranienstr. 158.
 Die Weihnachts-Extra-Liste
 ist erschienen!
 Empfehle frühzeitigen
Weihnachts-Einkauf.
 da besonders vorteilhafte Arti-
 kel später vergriffen sein
 dürften.
Auch Sonntags
 bis Weihnachten geöffnet.

Konkursmassen-Verkauf.

Die zur Konkursmasse der Firma Jaroczynski & Co. gehörigen und andere Waren sollen
Belle-Alliance-Strasse 107, Eckhaus Blücherplatz
 am Halleschen Thor - Haltestelle der Strassenbahn

- verkauft werden und zwar:
- Herren-Joppen für 3 M. 50 Pf.
 - Herren-Anzüge für 6 M.
 - Winter-Paletots für 6 M. 75 Pf.
 - Herren-Stoffhosen für 1 M. 95 Pf.
 - Hochelegante Herrenstoffe von 1 M. 50 Pf. an.
- Knabenanzüge, Schlafröcke, Sommerpaletots, Lustrejackets usw. zu auffallend billigen Preisen.
 Die noch vorhandenen hocheleganten Stoffe werden auf Wunsch nach Mass angefertigt.

Belle-Alliance-Strasse 107.

Bitte genau auf 107 zu achten!
 Verkauf 9-1 und 1/3-9. - Diesen Sonntag 8-10, 12-2.

Neu eröffnet.

Bekleidungshaus Georg Simon

8 Reinickendorfer Strasse 8
Ravenstrassen-Ecke vor Bahnhof Wedding.

Special-Haus guter Herren- und Knabenbekleidung.

fertig und nach Mass.

Winter-Saison 1903/1904.

Winter-Anzüge M. 9,00, 12,00, 15,00, 18,00, 21,50, 26,00, 30,00 und höher.
 Winter-Paletots M. 7,50, 9,00, 11,00, 14,00, 16,75, 22,00, 25,00, 28,00, 30,00 und höher.
 Winter-Joppen M. 3,75, 4,75, 6,50, 8,75, 11,00, 13,00, 16,00 und höher.
 Hosen M. 1,75, 2,50, 3,75, 5,00, 7,00, 9,00, 11,00, 13,00, 15,00 und höher
 u. s. w.

Die Preise sind streng fest.

An jedem Stück ist der feste Verkaufspreis mit grossen Zahlen deutlich vermerkt; mein Personal ist beauftragt, diese billigsten Verkaufspreise — bei Vermeidung der sofortigen Entlassung — innezuhalten, so dass eine Mehrforderung nicht möglich und somit die reellste Bedienung gesichert ist.

Arbeiter-Berufs-Kleidung für jeden Beruf zu Fabrikpreisen.

Eigene Werkstatt im Hause. Reparaturen schnell und billigst.

Bekleidungshaus GEORG SIMON

direkt am Bahnhof Wedding, 8 Reinickendorfer Str. 8 Ecke Ravenstrasse.

Neu eröffnet.

Haus-, Jagd- und Sport-Joppen.

- A. Zweireihige glatte Form mit Mufftaschen und Tailleurriegel.**
- Joppe von Diagonal-Loden, mit warmem Futter, dunkelgrün . . . 6,50 M.
 - Joppe von schwarzem Loden, olivgrün, mittel- oder dunkelgrün . . . 7,50
 - Joppe von Loden, mit gutem Futter, marengo, oliv oder grau. Bemerkte Qualität . . . 9,-
 - Joppe von Loden mit Kamafutter, grau, marengo oder grünlich meliert . . . 10,50
 - Joppe von Loden mit imitiertem Kamafutter, dunkelgrün oder oliv . . . 12,-
 - Joppe von extra feinem Loden, prima Futter, oliv, bräunlich oder grau. Sehr vortheilhaftes Angebot . . . 12,-
 - Joppe von Loden, reinwollenem Kamafutter, marengo, bräunlich oder oliv . . . 14,-
 - Joppe von Loden, extra schwere Ware mit imitiertem Kamafutter, oliv, marengo, bräunlich oder grau . . . 16,50
 - Joppe von reinwollenem Loden, reinwollenem Kamafutter, mittelgrün, marengo oder bräunlich. Sehr haltbar und weicher . . . 16,50
 - Joppe von prima Loden mit imitiertem Kamafutter, oliv, bräunlich oder grau . . . 20,-
- B. Einreihige Form, Brust und Rücken mit Sattel und Falten. Taillengürtel rings herumgehend und Mufftaschen.**
- Joppe von schwerem Diagonal-Loden mit warmem Futter, grau oder grünlich . . . 9,- M.
 - Joppe von Loden mit schwerem Futter, grau, oliv oder marengo. Sehr preiswert . . . 12,-
 - Joppe von weicherem Loden mit Kamafutter, oliv, grün oder grau . . . 16,50
 - Joppe von reinwollenem Loden mit prima Kamafutter, bräunlich oliv oder grau . . . 20,-
- C. Pelz-Joppen.**
- Zweireihige glatte Form mit Mufftaschen und Tailleurriegel.**
- Joppe von gutem Loden, oliv oder dunkelgrün, durchweg mit Kamafell gefüttert . . . 35,- M.
 - Joppe von Loden, dunkelgrün oder oliv braun, total mit Damier gefüttert . . . 40,-
 - Joppe von prima Loden, oliv oder dunkelgrün, durchweg mit Eperlage gefüttert . . . 50,-
- D. Morgen-Joppen (Smokings).**
- Dieses Kleidungsstück, welches bei jüngeren Herren sehr beliebt und als Ersatz für den Schlafrock gekauft wird, ist in Double, Velour oder Phantasiestoff mit Tuch, Sammet oder Plüschbesatz zu nachstehenden Preisen vorrätig: 10,50, 15,-, 16,50 und 20 M.

Verlangen Sie gefälligst den illustrierten Katalog.

Schlaf-Röcke

von Double, Satin-Double, Velour oder Phantasiestoff mit Tuch, Sammet, Plüsch oder Schmir besetzt, in tadelloser Ausführung 8,50, 10,50, 12,50, 15,-, 17,50, 20,-, 22,50, 25,-, 30,- und 35,- M.

Die ausführliche Beschreibung der Schlafrocke ist aus dem neu erschienenen Katalog, welcher gratis und franco versandt wird, zu ersehen.

Grosse Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Durch jahrelange Versuche habe ich es erreicht, Modelle für normale und anormale Menschen aufzustellen, wodurch ich in der Lage bin, Garderobe für jede Figur passend zu fabricieren und solche zum Verkauf zu bringen. Etwaige kleine Aenderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, werden kostenlos von sachkundigen Personen ausgeführt.

Die Preise sind billig, streng fest, und geschieht der Verkauf nur gegen bar.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
BERLIN SO., Oranienstr. 166. — POTSDAM, Nauenerstr. 23.
Die festen Preise sind auf dem Etiquette jedes Gegenstandes deutlich vermerkt.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbharte Pilot-Laschen. Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 25 M. 4 M. 50

Schönbauer Komteur-Jackett 1 M. 90
Schönbauer Komteur-Joppe . . . 1 M. 50
Schönbauer Komteur-Jackett
Prima Körper-Gehöbe . . . 2 M. 50
Schönbauer Komteur-Joppe . . . 2 M. 10
Prima Körper-Gehöbe . . . 2 M. 10
Kantener-Joppe 8,75, 5,50, 4,50, 3 M. 50
Schneller Komteur-Jackett 14,50, 8,75
Weisse Arbeiter-Jackets 3,50, 2 M. 75
Kantener-Jaden, Treibig . . . 4 M. 50
Kantener-Jaden, Treibig . . . 2 M. 40
Kantener-Jaden, Treibig . . . 2 M. 40
Weisse Leder-Jackets, Treibig . . . 7,50, 3 M. 75
Kantener-Jaden, Treibig . . . 4,50, 2 M. 90
Kantener-Jaden, Treibig . . . 1 M. 75
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 2. Preisliste 1903/4 wird sofort los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Kolen ist die Sandweide und die Schrittlänge, bei Jackets und Mitteln die Brustweite anzugeben. 28282*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Josef Fischer

Brombergerstr. 19/20
Königl. Dönhofs.
Preise ab Platz:
Bruch-Briquetts nur . . . 65 Pf. p. Gr.
Halbsteine la . . . 70
Schnitberger Briquetts
6-7 Zoll . . . 75
Schnitberger, Gabels
Berke 6-7 Zoll . . . 85
Bei Abnahme von 10 Gr. 5 Pf. weniger. Lieferung frei Keller pro Cantner 10 Pf. mehr. 60 Ombwagen verleihe zu Kolen a 10 Pf. 28282*

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Haar- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/12-1/3, 1/6-1/8. Sonnt. 9-11

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

- Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
- Vochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen herabführend, 18,00-38,00. Beinleider 8-11 Karf. Deutsches Verbandshaus, Hügelstr. 63, 1. Treppen. 19038*
- Herrenanzüge und Paletots, extra gute und gute Roharbeit, Modellen sehr preiswert. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. 19758*
- Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Kaufhalle, auch zurückgeleitet, neue, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Pätzeltz, Rosenhalestr. 15, III. Auch Sonntag. 968*
- Winterpaletots, Paninos, Remontoirwaren, Wertvollen, spottbillig Verkauf, Neanderstr. 6. 49/12*
- Tepiche, Vorleger, Gardinen, Stores, Portieren, spottbillig Verkauf, Neanderstr. 6. 40/15*
- Seiten, Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, spottbillig, Verkauf, Neanderstr. 6. 40/14*
- Spiegel, Bilder, spottbillig Verkauf, Neanderstr. 6. 40/15*
- Regulatoren, Freischwinger, Lampen, spottbillig, Verkauf, Neanderstr. 6. 40/15*
- Tepiche! (sehrschöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Baum, Nadscher Markt 4, Bahnhof Vorle. 93/2*
- Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstr. 20. 406*
- Steppdecken, feinsten Kauf (Seidenstoff) mit 8 Mark durchweg 3,75. Sehen Plüschdecken 4,50 verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 1066
- Hochelegante Gardinen und Stores, Kleiderstoffe, zwei bis sechs Fenster, spottbillig, Teppichhaus Königstr. 28. 32/7*
- Uhren, Brillanten, Goldwaren bedeutend unter regulärem Preis. Verkauf, Pätzeltzstr. 5, 19448*

Verantwortl. Redakteur: Julius Kallst in Berlin. Informatell verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW

Kleine Anzeigen.

- Teilzahlung.** spottbillig Teppiche, Seiten, Steppdecken, Regulatoren, Spiegel, Möbel, Remontoirwaren Verkauf, Neanderstr. 6. 40/15*
- Paletots.** Anzugreife 8,00, Dolmetsche 3,00. Neherhandlung Neanderstr. 9. 20218*
- Wäsche.** Herrenwäsche, gute Qualität, Stück 96 Hemme. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Comploir Kaiserstr. 25A, früher Barnimsstr. 4 und 5. Sonntag geöffnet.
- Plüschgarnitur.** umständelhafter billig bei Schmal, Bergstr. 2.
- Speicher Möbel.** Garderobenspinde, Büffel, Schreibtische, Kommoden, Kleiderpinsel, Bettstellen, Gildendebureau, Holtzwaren. Prinzengasse 31. 472*
- Kleiderschrank.** Vertico, Stühle 3,00, Bettstelle mit Matratze 24,00, Spiegel 6,00, Plüschsofa 65,00, Tisch 8,00. Neanderstr. 37, Höfer.
- Tepiche mit Japandebenen.** Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
- Möbelwerke.** selbstspielende, Teilzahlungen. Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Kaiserstr. 40.
- Möbelmaschinen.** gebrauchte, Wheeler-Bilson von 8 Mark an und Langschießen von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstr. 26 nahe der Landbergerstr. 18978*
- Bänke.** frisch geschlachtet, verkaufe sehr nicht mehr Central-Biehof, sondern gegenüber, Eidenauerstr. 14, Laden, Halle der Strassenbahn 06. (Türschlüssel unterhalb.) Bettlerstr. Paul Wolf. 41/30*
- Malkrautbier.** Blutbildend, für Nerven, Brustkrank, Schwäche, Gemüthsstimmung, bessere Geschmacksfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 2,50. Gollnowstr. 26, Nähe der Landbergerstr. 119. 102/9*
- Hochelegante Herrenhosen** aus feinsten Rohstoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. 19298*
- Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
- Kingidischen.** Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Grenzauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 498*
- Freitag.** 50 Stück, hat billig abzugeben Schmelz, Große Frankfurterstr. 11. 20178*
- Grammophon** billig zu verkaufen. Kourier, Eblingstr. 77. I. 1748*
- Restaurations** billig vorräthig. Müller, Danzigerstr. 4, Hof I.
- Möbel.** alt und neu, Spiegel mit und ohne Stufe, mahagoni und nußbaum sowie Schiebetische mit Verbindung, Küchen-Einrichtungen, auch einzeln, Bettstellen und Federboden. Wachtelstein mit Marmor verkauft billig Gräfstr. 12, Hof in der Röhre. 40
- Seiten.** zwei gute Stand (auch einzeln), zwei elegante Steppdecken, Plüschsofa billig. Hoffmann, Nanystr. 52. 1738
- Seiten.** spottbillig, 18,00. Michel, Dresdenerstr. 38. 1628
- Kanarienvoller** 4,00, Vorkäufer 8,00, Neanderstr. 7. 42/5
- Geliebte!** Garnitur oder Banerella billig. Bräulein Gehler, Heinsstr. 64. 42/4
- Vapagei-Kasowahl.** 200 Karzer Kanarienvoller, fleischig, 5,00 an. Edelweischen, Domplassen. Richter, Deantstr. 87. 158*
- Wohnig.** Haarförmittel, unübertroffen, Probeflasche 0,50, Charlottenstr. 5 parterre (früher 3), Neue Wilhelmstr. 11, Ariseur. 1555
- Grüntraum-Geschäft.** Kolonial, Holz und Kohlen, großer Karstoffverkauf, billig vorräthig. Ertragstr. Nothstr. 29, Köln. 1576
- Winterpaletots** von prima Rohstoffen angefertigt, verkaufe von heute bis 22 dieses Monats enorm billig. Betriebsvertrieb eleganten Herrenkonfektion, Hellagelstr. 20 II. 102/9*
- Gutgehende Restaurations.** mindestens noch zweijähriges Dangelhädt, mit 1000 Mark Anzahlung, Miete 1500 Mark, zu verkaufen. Näheres bei A. Reisch, Dennigsdorferstr. 26 III. 1516
- Restaurations.** gutgehend, vorräthig Gollnowstr. 45. 440
- Vadenerichtung.** gebraucht, verkauft Gottwald, Kottbekerstr. 20, Cigarrengeschäft. 181*
- Plüschsofa** 25, Plüschbettstelle mit Matratze 36, Säulentrucman 30, Schreibisch 40, Prinzengasse 62 I links. 1425
- Restaurant.** gute Existenz, schöne Lokäle, günstig für Anfänger. Wüstmann, Straßauerstr. 48, Hof. 1
- Verschiedenes.**
- Sängerverein** sucht stimmbegabte Herren, am liebsten zweiten Tenor, Donnerstag, Kirch, Lustbergstr. 46.
- Strohanfisch.** Unfallanträge, Rechtsbureau Chausseestrasse 75.
- Rechtsbureau.** Gerichtsdingen, Strafsachen, Eingabengesuche, Anteilung, Verlass, Brunnstr. 97.
- Rechtsbureau** Hall, Brunnenstr. vierzig, Prozeßbestand, Ehehagelachen, Strafsachen, Alimentationen, Eingabengesuche, Anteilung. 996*
- Rechtsbureau** (Andreasplatz), Grünberg vierundneunzig, Gerichtsbestand, Eingabengesuche, Anteilung. Kanalarbige Erfolge! 926*
- Rechtsbureau** Andreasstr. 38, billig. 1096*
- Rechtsbureau** (Alexander-Platz), Kurze Str. achtzehn! Gerichts Rechtsfälle! 61/15*
- Patentanwalt** Dammann, Moritzplatz 37. Rat in Patentfachen bis abends neun. 1248*
- Kunsthoferei** von Frau Kolodny, Steinwegstr. 48, Quergebäude hochparterre.
- Der Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15,00. Wagner, Schneidmeister, Platenbergerstr. 9 (Platenstr. 20). 20288*
- Rahmenreparaturen** werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. G. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landbergerstr. 1898*
- Ausgemietet** mit Hellerhandlung und Hausarzt Grüner Weg 81, jetzt Kleine Androsstr. 5, am Androsplatz, Scholz. 4145*

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Haupt-Expedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Tüchtige Maurer, welche schon in Berlin gearbeitet haben, auch Rabbit und Innenputz, sucht Ende, Rottebuserstr. 6. 1526

Tüchtige Fachmännchen verlangt Goldschmidtstr. Reichenbergerstr. 88. 78*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Redakteur.

gesucht. Tüchtige Kraft für die „Volkszeitung“ in Düsseldorf. Erferten mit Gehaltsanfragen an die Expedition der „Volkszeitung“, Charlottenstr. 43.

Achtung, Stodorbeiter!

Der Bezug für Stodorbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei Schmalk & Barta, Thüringerstr. 18. 88/9 Die Ortsverwaltung.

Billard-Queue-Tischler!

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs ist die Fabrik von Emil Weiss, Neu-Weissenhof, Güterstr. 52, gelockert. 90/12*

Achtung! Rabbitputzer, Spanner, Cementierer!

Die Firma Julius Beermann, Züdenbe, Park- und Friedenauserstrassen-Ende, ist für sämtliche Kollegen gelockert. Die Bauen befinden sich in Steglitz, Zudenrauch-Platz, Verlingensstr. 2, Steitnerstr. 6, Edle Christianistr. 10 und Treptow, Eifenstr. 295/5

Der Vorstand der Sektion der Gips- und Cementbranche.

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes kleines Zimmer sofort. Invalidenstr. 148, Diefenbachstr. 69. 42/7*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle frei, sofort! Rittgasse 50 Pfennig. Schulendörferstr. 27, vorn I rechts, Esh. 90/12*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker Eisholz, Gropluststr. 7. 296*

Volldumochi Max Schmiedler in fecl. Rügenstr. 10. 4102*

Junger Mann von außerhalb sucht Stellung als Hausdiener. Zu erfragen bei Bleh, Ackerstr. 133, Hof I. 491

Stellenangebote.

Zorgent, gute Bedingung, verlangt kleine Frankfurterstr. 7. 4102*

Kraiser für Räume Chausseestrasse 62. 1605*

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Klein-Schönebeck, Fichtenau, Schöneiche und Minschewitz. Morgen, Sonntagmorgens 10 Uhr, findet im Restaurant Waldschlösschen (Schöneiche) eine Volksversammlung statt. Vortrag: „Was will die Sozialdemokratie?“ Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Erster Wahlkreis. Zu der nächsten Sonntagmorgens 10 Uhr stattfindenden Urania-Vorstellung sind noch Vileits bei Weisnachts, Grünstr. 21, und am Tage der Vorstellung vor dem Theater zu haben.

Schwabbe. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet die Generalversammlung im Wendtschen Salale statt. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes.

Lokales.

Polizei und Gesehlichkeit.

Es ist noch nicht lange her, daß Polizei und Gerichte in allen Lebenslagen den großen Unfugparagrafen gegen die Arbeiterschaft auszuweichen. „Was man nicht definieren kann, sieht man als großen Unfug an“, so lautete damals das bekannte geflügelte Wort, und es hatte keine volle Berechtigung. Gegenwärtig hat der „große Unfug“ eine gewisse Einschränkung erfahren, nur hin und wieder wird noch jemand mit dieser Straftat behängt, dafür aber ist die finstige Berliner Polizei auf einen andern nicht minder sinnreichen Gedanken gekommen, nämlich auf die Anwendung der Straßenordnung gegen Streikposten. Hundertfach wurde streikenden Arbeitern ihr Recht durch die Straßenordnung verflümmert. Die Polizeibehörden erließen an ihre Beamten einfach die generelle Anweisung, das Streikpostensitzen unter keinen Umständen zu dulden und jeden Streikposten auf Grund der Straßenordnung fortzuweisen. Leisteten die Streikenden unter Verufung auf ihr Koalitionsrecht den Anordnungen der Schupleute nicht sofort Folge, so wurden sie kurzerhand wie Verbrecher nach der Wache gebracht und später mit gepfefferten Strafmandaten beglückt. Bis jetzt kam die Mehrzahl der also polizeilich geführten Arbeiter durch die Gerichte entweder gänzlich von Strafe frei, oder es wurde ihnen die in den Strafmandaten subdierte Geldstrafe doch erheblich ermäßigt. Bei den Freisprechungen betonten die Gerichte auch in mehreren schriftlichen Urteilen ausdrücklich, daß die Polizei die Straßenordnung in gänzlich ungerechtfertigter Weise gegen die betreffenden Arbeiter zur Anwendung gebracht habe. Doch die Polizei schert sich den Teufel um solche Gerichtsurteile. Sie schickt ihre Strafmandate nach wie vor in die Welt, obwohl sie der Freisprechungen der damit drangsalirten Arbeiter schon im Voraus sicher sein müßte. Die Polizei giebt der Straßenordnung sogar eine neue erweiterte Auslegung, sie bezieht das „Berliner Straßentumel“ nicht nur auf Vorfälle, die sich auf der Straße abspielen, sondern sie macht sich jetzt schon an Streikposten aus den Häusern auszuweisen, weil sie auch dort den Verkehr behindern sollen! Und das alles auf Grund der Straßenordnung.

Während des letzten Trüder- und Gärterstreiks sind eine ganze Anzahl Arbeiter, die Streikposten ständen, aus Häusern, Thorenwegen, Hausfluren u. von den Beamten hinausgejagt, im Weigerungsfalle listert und dann mit Strafmandaten bedacht worden. Der erste dieser „Fälle“ wurde vorgestern vor dem Schöffengericht erörtert. Die Sache betraf den Gärter Hospel, der am 22. September im Hausflur der Edorbschen Fabrik in der Brunnenstraße als Streikposten stand. Flug kam ein Schupmann, wies ihn dort fort und nahm ihn, als er nicht gutwillig gehen wollte, mit zur Wache. Das Strafmandat über 30 M. ließ nicht lange auf sich warten. Ohne in eine materielle Prüfung des Strafbeitritts näher einzutreten, sprach das Gericht den Angeklagten frei, weil der Polizei überhaupt kein Recht zuzuschreiben, die Straßenordnung auf Vorgänge anzuwenden, die sich gar nicht auf der Straße abgespielt haben. Wenn der Angeklagte im Hausflur irgend jemand lästigt gefallen wäre, so wäre es Sache des Wirts oder des Fabrikbesizers gewesen, ihn dort fortzuweisen oder wegen Hausfriedensbruchs gegen ihn vorzugehen. Ein selbstständiges Einschreiten der Polizei gegen den Angeklagten aber entbehre jeder berechtigten Begründung. Am allerwenigsten aber könne der Angeklagte den öffentlichen Verkehr behindert haben, und es komme somit die Straßenordnung von vornherein bei ihm nicht in Betracht.

Seidem es einen Emanzipationskampf des Proletariats giebt, hält die Polizei es für ihre Pflicht, den Unternehmer gegen den Ausgebeuteten, den Starke gegen den Schwachen zu unterstützen. Diese Parteinahme von Organen des Staates der Sozialreform hat den einzelnen gewiß sehr geschädigt, der Arbeiterfrage aber unzählige Anhänger erworben. Auch der jetzt geführte Polizeikampf gegen anständige Arbeiter schädigt jeden Betroffenen, denn selbst im Falle der Freisprechung entstehen dem behördlich in der Ausübung seiner Pflicht gehinderten Mann Unkosten, die ihn in seiner Armut doppelt drücken. Möge aber einmal ein an der Erhaltung der heutigen Ordnung interessierter Mann darüber nachdenken, welche verwüstenden Wirkungen dieser Polizeikampf auf den Sinn für Gesehlichkeit ausüben muß.

Das biologische Klärverfahren.

Die geplante Kanalanalisierung von Wilmersdorf war bekanntlich vor einigen Wochen in der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung Gegenstand heftiger Angriffe, gegen die sich jetzt in den amtlichen Wilmersdorfer Blättern der Leiter des Kanalisationswesens in Wilmersdorf, Bauat Müller, wendet. Der Bauat steht auseinander, daß für den größten Teil von Wilmersdorf das Trennsystem in Betracht kommt, d. h. es werden Regen- und Schmutzwasser in besonderen Kanälen abgeleitet. Das Regenwasser der Trennsystemgebiete soll auf dem kürzesten Wege durch einen Regenauslauf dem nächsten natürlichen Rezipienten, dem Untertwasser des Landwehrkanals zugeführt werden, während die Schmutzwässer dieser Gebiete nach der Pumpstation gelangen. Der prinzipielle Unterschied zwischen Trenn- und Mischsystem ist für die Frage der Flussverfäulung durch städtische Abwässer, auf welche später näher eingegangen werden soll, wohl zu beachten. Das gesamte nach der Wilmersdorfer Pumpstation gelangende Schmutzwasser und Mischwasser soll zur Reinigung maschinell nach Kläranlagen geschickt werden.

Ueber das von Wilmersdorf in Erwägung gezogene biologische Verfahren, gegen das sich die Charlottenburger Angriffe richteten, schreibt nun Herr Müller:

Die Rücksichtnahme auf eine landwirtschaftliche Ausnutzung, speziell auf Bestellung und Ernte, beeinträchtigt die quantitative Leistungsfähigkeit der Kieselkörper hinsichtlich der Abwasserreinigung ungemein. Vergroßert wird diese Beeinträchtigung weiterhin durch den Umstand, daß das Kieselverfahren sich des natürlich gewachsenen Bodens bedienen muß, dessen nach lokalen Verhältnissen schwankende Leistungsfähigkeit immer eine quantitative Beschränkung sein muß. Da liegt es nahe, die beiden, die quantitativen Leistungen hinsichtlich der Abwasserreinigung beschränkenden Einflüsse dadurch

zu eliminieren, daß man einmal von vornherein auf eine landwirtschaftliche Ausnutzung der Abwasserreinigungsanlage, d. h. als auf einen Nachtrag verzichtet, sodann ein Filtermaterial von günstiger Beschaffenheit wählt event. künstlich herstellt, als es der natürlich gewachsene Boden in jedem Falle bietet. Letzteres wird ermöglicht durch die im Vergleich zu Kieselkörpern außerordentlich geringen Dimensionen, welche künstliche Kläranlagen beanspruchen. Man kann also Kieselkörper als natürlich-biologische Kläranlagen als künstlich-biologische wirkende Abwasserreinigungsanlagen bezeichnen. Es liegt auf der Hand, daß die künstlich-biologische Reife der Abwasserreinigung von lokalen Verhältnissen losgelöst und somit im Gegensatz zu Kieselkörpern überall durchführbar ist.

Es wird nun in Wilmersdorf beabsichtigt, das maschinell nach der Kläranlage beförderte Abwasser durch Sedimentierbecken zunächst von den leichteren Schwefelstoffen, welche im Sandfang der Pumpstation nicht abgefangen werden können, möglichst zu befreien, um einer hierdurch leicht eintretenden Verstopfung der Oxidationskörper vorzubeugen. Das mechanisch gefällte und hierbei naturgemäß je nach der Dauer der Sedimentierung an- oder vorgesauerte, also zum Teil gleichzeitig anaerobisch behandelte Abwasser, wird selbsttätig in möglichst fein zerstäubtem Zustande in kurzen Rausen intermittierend auf Oxidationskörper, d. h. mit großem Material angefüllte Becken verteilt, in denen es herabrieselt, also hier aerobisch behandelt wird. Es sind zwei hintereinander geschaltete Gruppen von Oxidationskörpern in Aussicht genommen, primäre und sekundäre Gruppen, welche das sedimentierte Abwasser zu passieren hat. Ob das aus den sekundären Oxidationskörpern abfließende Wasser, welches nach den bisherigen Ergebnissen einer nach demselben Prinzip erbauten Versuchskläranlage nicht mehr der stinkenden Fäulnis anheimfällt, also in chemischer Beziehung einwandfrei gereinigt ist, noch einer Nachfiltration bedarf, um den Gehalt an allerfeinsten Schwefelstoffen, deren Vorhandensein im gefällten Wasser zum Teil auf die angezeigte Mineralisierung der Schmutzstoffe in den Oxidationskörpern zurückzuführen ist, wird von dem Ausfall der noch im Gange befindlichen Versuche und der Entscheidung der staatlichen Aufsichtsbehörden abhängig zu machen sein. Mit der Wilmersdorfer Kläranlage soll eine Desinfektionsanlage verbunden werden, um bei Epidemien die pathogenen Keime abtöten zu können, obgleich durch das Klärverfahren selbst die Zahl der Keime so wesentlich herabgesetzt wird, daß das gefällte Wasser als bakteriologisch genügend gereinigt bezeichnet werden kann.

Durch eine mit der künstlich-biologischen Abwasserreinigung verbundene Desinfektionsanlage, so meint der Bauat Müller referierend, ist die Möglichkeit gegeben, bei Epidemien alle schädlichen Keime durch Zusatz von Chemikalien abzutöten, ehe sie in öffentliche Gewässer gelangen, während eine Abwasserreinigung durch Kieselkörper diesen unbedingten Schutz erfahrungsmäßig nicht verbürgt. Es ist daher, um ein naheliegendes Beispiel zu gebrauchen, von einer eventuellen Ableitung der gefällten Wilmersdorfer Abwässer in das Untertwasser des Landwehrkanals weniger zu befürchten, als von einer Ableitung der Berliner Kieselwasser durch die Kanäle in den Nordhafen und die Spree.

Wenn erwiesen wird, so schließt die Polemik, daß das Abwasser durch Kläranlagen so gereinigt werden kann, daß es wieder in Flüssen übergeht, also chemisch einwandfrei ist, noch auch in sanitärer Beziehung zu Beanstandungen Veranlassung giebt, d. h. auch bakteriologisch nicht minderwertiger ist, als anderwärts und anderswo gereinigte Abwässer, so dürfte für die Gemeindeverwaltung eine unberechtigte Rücksichtnahme auf unbegründete Empfindlichkeiten anderer Gemeinden nicht am Platze sein.

Zeitige Arbeit. Gegen den „Ansturm der feindlichen Kräfte“ machen die Konservativen von neuem mobil. Jeder „patriotische Mann“ wird aufgefordert, mit „Herz und Hand“ sich dem neuen Wunde anzuschließen, den der Arrangeur der neuen Liga, Freiherr v. d. Vollenberg-Schirp, der ruhmreiche Erfinder der „geistigen Arbeit“, organisieren will. Freilich nicht höchstselbst, sondern mit Hilfe eines eigens zu diesem Zwecke herbeigerufenen starken Mannes, eines betuchten Anreihers — oder Entzeihers. Als solcher wird er nämlich gerühmt in einem Circular, das der Central-Verein der Konservativen vor dem Potsdamer Thore am 3. d. M. verbandte und das folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr! Die diesjährigen Wahlen haben gezeigt, daß Berlin noch genug christliche und monarchische Bürger aufweist, welche bereit sind, sich dem Ansturm der feindlichen Mächte entgegenzustellen. Unsere mühsamen Vorarbeiten zu den Wahlen haben durch die Stimmgabe unser politischer Freunde die wohlverdiente Anerkennung gefunden. Aus den Kreisen der Wähler, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, ist vielfach an uns das Ansuchen herangekommen, eine Versammlung anzuberaumen, um an der Hand der gemachten Erfahrungen eine festere Organisation aller Patrioten herbeizuführen. Wir haben uns daher bemüht, eine organisatorische Kraft zu gewinnen. Es ist uns gelungen, Herrn Rechtsanwalt Dr. jur. Regula, welcher den Kreis Harburg a. E. den Sozialdemokraten entzissen hat, zu einem am 9. Dezember d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Königshof, Bülowstraße 37, stattfindenden Vortrage über „Partei-Organisation als Vorbereitung der Partei-Action“ zu gewinnen. Wir bitten Sie höflich, diesem Vortrage beizuwohnen und uns durch Ihren Rat und Ihre Erfahrungen freundlichst unterstützen zu wollen. Die beste Kraft geht uns ungenützt verloren, wenn sie sich nicht opferwillig in den Dienst der gemeinsamen Sache stellt. Möge unser Ruf nicht ungehört verhallen und uns Herz und Hand jedes patriotischen Mannes zu erster Mitarbeit in Staat und Gesellschaft gewinnen.

Stromt herbei ihre reaktionären Scharen und lauscht dem Wahlkreis-Entscheider Dr. Regula und dann auf ans Werk! Schon glitzern sämtliche Wahlkreise Berlins vor dem schwarz-weißen Ansturm und in banger Sorge blicken unsere Genossen auf den historisch denkwürdigen Abend des 9. Dezember hin, an dem die festere Organisation der „Patrioten“ erfolgen wird.

Was die Gemeindefürer und was die höheren Schüler „gehent“ erhalten. Auf den Kopf der Schülerzahl berechnet hat die Stadthauptkasse bei den Gemeindefürern 70 M. an Zuschüssen zu zahlen. Bei den höheren Schulen beträgt dieser Zuschuß pro Kopf 165 M., bei der Baugewerkschule 288 M., bei der Handwerkerschule I 55 M., bei der Handwerkerschule II 60 M. und bei der Weberschule 245 M.

Das abgelaufene Geschäftsjahr der städtischen Feuersocietät, deren Etat gestern im Magistrat beraten wurde, schließt nicht so günstig ab, wie das vorige Jahr. Es wurden vom 1. Oktober 1902 bis 30. September 1903 bei der städtischen Feuersocietät 2042 Brände gemeldet. Die zu zahlende Entschädigung erhöhte sich gegen das Jahr 1902 um 249 897 M. Außerdem ist der Beitrag, den die Societät zu den Kosten der Berliner Feuerwehr zu leisten hat, beträchtlich gestiegen, der zu bedeckende Betrag der Societät beläuft sich auf 2 060 180 M. Zur Aufbringung dieser Summe muß ein Beitrag von 4 1/2 Pf. für je 100 M. der Versicherungssumme von den Hausbesitzern erhoben werden. Im Jahre 1902 belief sich dieser Satz auf 4 Pf. Der Gesamt-Feuerlassenwert der bei der Societät versicherten Grundstücke beträgt jetzt 4 310 495 800 M.

Zimmer langsam voran. Bei Gelegenheit des Abschlusses eines Vertrages über den Betrieb der öffentlichen Bedürfnisanstalten hatte die Stadtverordneten-Versammlung bei Ge-

nehmigung des Vertrages beschloffen, den Magistrat zu ersuchen, den Betrieb dieser Anstalten in städtische Verwaltung aufzunehmen. Der Magistrat hat nun beschloffen, den Vertrag auf 2 Jahre zu verlängern, mit der Maßgabe, daß die Unternehmer statt der jetzigen Abgabe von 10 Proz. des Brutto-Ertrages 15 Proz. desselben an die Stadtgemeinde zahlen. Es sollen erst nach Erfahrungen über die Erfolge der jetzt schon in städtischen Betrieb befindlichen Bedürfnisanstalten gesammelt werden, bevor eine Veränderung vorgeschlagen wird.

Die ersten Eissbahnen sind heute eröffnet worden, da der Frost gestern und in der Nacht fließendes Eis ermöglichen. Hoffentlich hält das prächtige Winterwetter — 1 Grad Rälte und Sonnenschein — jetzt an. Es ist das sowohl aus Gesundheitsgründen, als im Interesse des Weihnachtsgeschäftes dringend zu wünschen.

Reklamesettel, auf deren Rückseite die Bildnisse sozialdemokratischer Abgeordneter wiedergegeben sind, wurden in letzter Zeit seitens eines hiesigen Geschäftes verbreitet. Es ist festzustellen, daß zur Benutzung der Photographien der betreffenden Parteigenossen um Erlaubnis bei diesen überhaupt nicht nachgefragt ist, welche Erlaubnis auch in keinem Falle erteilt worden wäre. Auf Vorstellung bei dem Inhaber des Geschäftes hat dieser zugestimmt, die weitere Verteilung der Settel sofort einzustellen.

„In Freien Stunden“. Illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt Heft 49 dieser Zeitschrift zur Ausgabe. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Die Regulatoren in Arkansas“ von Friedrich Gerstäder; ferner die Fortsetzung der Romanerzählung „Aus dem Leben der Enterbten“ von Robert Schweißel; eine kleine Erzählung „Schmuggel-Abenteuer“ sowie „Dies und Jenes“, „Wig und Scherz“ verbildlichende den Inhalt. Jedes Heft kostet 10 Pf. und ist in allen Parteipeditionen, sowie in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 60, zu haben.

Eine blutige Ausfrage. Die Tischlerwitwe Schrage betreibt in dem Hause Schönhauser Allee 65 neben ihrer Wohnung eine Kostschneiderei für ein Konfektionsgeschäft. Bei ihr arbeiten außer ihrer Stieftochter, der 19 Jahre alten Charlotte Nigisch, fünf Mädchen und drei Männer, die zugleich bei ihr wohnen. Der 21jährige Aufschneider und Nägler Francesco Jorgiarino sing nun vor längerer Zeit mit der Stieftochter seiner Wirtin und Arbeitgeberin ein Liebesverhältnis an, das jedoch durch seine Eifersucht oft schwer getrübt wurde. Schließlich wollte das Mädchen von dem heftig blutigen Italiener nicht mehr wissen und wandte ihre Gunst einem seiner Mitarbeiter zu. Veröhnungsversuche blieben ohne Erfolg. Gestern abend fand in Gegenwart des Nebenbuhlers eine letzte Ausfrage statt. Noch einmal versuchte der Italiener eine Ausöhnung, aber wieder vergeblich. Zuletzt geriet er in eine solche Wut, daß er dem Mädchen mit seinem Messer einen Stich in den Mund und je zwei Stiche in Brust und Rücken beibrachte. Dann wollte er die Schwerverletzte noch zum Fenster hinauswerfen, wurde aber von seinen beiden Arbeitsgenossen gepackt und überwältigt. Die Polizei, die von Hausgenossen geholt wurde, brachte den Italiener nach dem Revier, während das Mädchen nach einem Krankenhaus geschafft wurde. Jorgiarino befindet sich in Untersuchungshaft.

Der Scherische „Tag“ hat wieder einmal vorbeiphotographiert. In seiner Nummer vom Sonntag bringt er ein Bild, das angeblich die Wiederkäufersäge in Münster darstellt. Es sind aber, wie der „Kunst. Ing.“ schreibt, nicht die richtigen im Wilde wiedergegeben, sondern das Arrangement des hiesigen bekanntesten Professors Landis von der Ludburg. Das im Text ernsthaft behauptet wird, daß die Säge — die edlen sind natürlich gemeint — lebensgroße Rippen einhielten, seit dem unferwiltigen Überzug die Krone auf. Wenn solche Verwesungen dem Blatte bei Darstellungen im eignen Lande unterlaufen, wessen kann man sich da erst bei den Wildern aus ferneren Ländern versehen?

Feuer entstand gestern im Neuen Theater am Schiffbauerdamm während der Vorstellung. Kurz vor Schluß der Vorstellung warf jemand aus Unvorsichtigkeit eine brennende Zigarette auf einen Leppich. Zum Glück beseitigte die anwesende Feuerwache schnell die Gefahr, und das Publikum blieb vollkommen ruhig.

Auf den Ringbahn-Stationen Papestraße und Ebersstraße kommt es häufig vor, daß Reisende, die nach Schöneberg wollen, aber das Ziel hinaus fahren und den Ringbahnzug unvorsichtlich weiter benutzen in der Weise, daß sie, von Osten (Rigdorf) kommend, anstatt bei Papestraße anzusteigen oder, von Westen (Halensee) kommend, bei Ebersstraße anzusteigen und direkt nach Schöneberg zu fahren, erst auf Station Ebersstraße bzw. Papestraße den Zug verlassen, um auf diesem Umwege Schöneberg zu erreichen. Die Stationsbeamten haben in solchen Fällen die Reisenden angehalten, um festzustellen, ob eine Fahrgeldhinterziehung oder ein bloßes Versehen vorliegt. Da diese Fälle sich in letzter Zeit häufen, hat die königliche Eisenbahndirektion angeordnet, daß es den Reisenden ein für allemal freistehen soll, nach Schöneberg direkt zu fahren oder den Umweg über Pape- bzw. Ebersstraße zu wählen, vorausgesetzt, daß die nach Maßgabe der betr. Fahrkarte zulässige Stationsanzahl dadurch nicht überschritten wird.

Zum Streit der Oberlehrer an den kaufmännischen Fortbildungsschulen wird hiesigen Blättern aus dem Centralbureau der Lehrerschaft der Kaufmannschaft mitgeteilt: Der Unterrichtsbetrieb unserer neuen Schulen hat durch den vor dem Beginn des Wintersemesters erfolgten Austritt der betreffenden Oberlehrer, Hilfslehrer und Kandidaten nicht die geringste Störung erfahren. Zur Übernahme der vakanten Stellen erklärten sich sofort die verbleibenden akademischen, sowie sämtliche seminaristische und ausländischen Sprachlehrer des 172 Personen umfassenden Lehrkörpers bereit. Diefem gehören im übrigen neben akademisch und seminaristisch gebildeten Lehrern praktische Kaufleute, Fabrikbesitzer, Prokuristen, höhere städtische Beamte, Juristen und Nationalökonomien an. Seit langen Jahren besuchen die Leiter den Unterricht dieser Lehrkräfte, ohne daß sich jemals eine Unzuträglichkeit ergeben hätte. Der Austritt der betreffenden Herren gab Gelegenheit, eine Anzahl vorzüglicher, gerade für den kaufmännischen Sprachunterricht geeigneter Lehrkräfte einzustellen, insbesondere durch langjährige Auslandsaufenthalte geschulte Akademiker, sowie kaufmännische und methodisch vorgebildete Ausländer. Gerade die Sprachlehre unserer Schulen sind in diesem Winter außerordentlich stark besucht. Die Gesamtzahl der Schülerinnenzahl der kaufmännischen Fortbildungsschulen, zur Zeit 3030, beträgt über 500 mehr als im Wintersemester 1902/03.

Wir müssen gestehen, daß so sympathisch es uns berührt, wenn auch die Lehrer den Mut haben, auf Verbesserung ihrer Lebenslage zu dringen, der Streit der Herren Oberlehrer und nicht sehr erquicklich dünkt. Einer Förderung des Standes, oder Junfbüchels können wir unmöglich das Wort reden.

Ueberrfahren wurde gestern mittag kurz nach ein Uhr eine ältere Dame. Um einen Straßenbahnwagen auszuweichen, lief sie auf die andere Seite des Fahrdammes einen Schuttwagen entgegen, der sie umstieß und ihr über beide Beine fuhr. Es dauerte leider über eine Stunde, bis ein Krankenwagen die Verunglückte abholte, um sie in ein Krankenhaus zu bringen.

Beim Baden vom Tode ereilt wurde der 66 Jahre alte Sängervater Raga aus der Knechtstraße 43, der seit 20 Jahren dem hiesigen königlichen Opernhaus angehört. Raga stammte aus Wolgast und war kinderlos verheiratet. Seit einigen Wochen litt er an einem Herzleiden und mußte alle acht Tage unter ärztlicher Aufsicht ein Bad nehmen. Nachdem er vorgestern abend noch im Chor gesungen hatte, rührte ihn gestern vormittag in einer Wasserpersonalt während des Bades der Schlag.

Von einer Lokomotive überfahren wurde am Donnerstagabend der Bahnarbeiter Leopold Borgmann aus der Hafenecke Nr. 65, also er auf dem Bahrer Güterbahnhof, wo er beschäftigt war, ein Geleise überfahren wollte. Dem Verunglückten wurde das linke Bein abgefahren. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Wie fährt sich's so gemütlich... Dem Teltower Kreisblatt wird gemeldet: Die Verkehrsmittel auf dem S-Bahn hat in jüngster Zeit wieder zugenommen. Nachdem erst vor einigen Tagen die Passagiere eines Nachtzuges sich geizigsten sahen, wegen eines Bruchs der Kolbenstange an der Lokomotive 1/4 Stunden auf der Strecke zwischen Palenke und Schmalendorf in den Abteilen zubringen, fielen Donnerstagabend zwei fahrplanmäßige Züge um 6 1/2 und 7 Uhr wegen Maschinenechts vollständig aus. Welche Nachteile für das Publikum durch solche Vorkommnisse entstehen, braucht nicht erst besonders erläutert zu werden.

Künstlerischer Wandschmuck.

Mit der gegenwärtig im Gewerkschaftshaus etablierten Ausstellung empfehlenswerter Jugendblätter ist auch, wie wir schon mitteilten, eine Ausstellung künstlerisch wertvoller Wandbilder verbunden. In dem Ausstellungsraum findet sich eine größere Anzahl der farbigen Künstler-Steinzeichnungen aus dem Verlage von G. B. Teubner in Leipzig zur Ansicht ausgehängt. Als die Ergebnisse dieses Verlags vor einigen Jahren auf dem Markt erschienen, wurden sie von Kunstfreunden und Kunstverweirern mit lebhafter Freude begrüßt. Und mit vollem Recht. Sind doch diese Kunstblätter bestimmt und geeignet, den Schund, der sich in der Industrie des Wandbildes breit macht, zu verdrängen und den künstlerischen Geschmack im Volke zu heben. Leider sind die von Teubner herausgegebenen farbigen Künstler-Steinzeichnungen in weiteren Kreisen noch nicht so bekannt, wie sie es verdienen, und es ist deshalb sehr anerkenntniswürdig, daß die Veranstalter und Leiter der Ausstellung im Gewerkschaftshaus die zahlreichen Besucher mit den Werken des Teubnerschen Verlages bekannt machen. Es ist eine große wertvolle Anleihe, daß wirklich gute, künstlerisch ausgeführte Bilder so teuer sind, daß sie nur von wohlhabenden Leuten gekauft werden können. Die Künstler-Steinzeichnungen liefern den Beweis, daß diese Anschaffung heute nicht mehr zutrifft. Die Preise, für welche man diese Bilder haben kann, sind nicht höher, ja im allgemeinen wohl bedeutend geringer wie die Summen, die der Minderbemittelte, der in der Lage ist, für die Ausschmückung seines Heims etwas anzuwenden, zahlen muß, wenn er in einem der Bilderrahmen, die sich jetzt in allen Stadtgegenden aufstauen, jene schauerlich bunten Dackbilder in goldglänzenden Rahmen ersteht. Es ist eine Freude, die ausgestellten Bilder des Teubnerschen Verlages anzuschauen. Der diese mit einfachen Mitteln hergestellten und doch in hohem Maße künstlerisch wirkenden Bilder eingehend betrachtet, wird sich mit Widerwillen von dem leider noch weit verbreiteten und verhältnismäßig teuer bezahlten Schund der Bilderindustrie abwenden.

Verständnis für gediegene Jugendliteratur und Sinn für künstlerische Ausschmückung des Zimmers zu verbreiten, das sind zwei Bestrebungen, die eng zusammen gehören, denn beide dienen der Erziehung des Volkes zu höheren geistigen Genüssen. Das ist ja auch das Ziel, welches sich die Leiter der Ausstellung gesteckt haben.

Der Besuch der Ausstellung war schon bisher so zahlreich, daß der Saal öfter abgeperrt werden mußte. Ein Beweis, daß das Bestreben der Künstler das verdiente Verständnis in Arbeiterkreisen findet, und daß jene Volksschichten, die von den Gegnern der Sozialdemokratie als die rohe ungeschliffene Masse betrachtet werden, das lebhafteste Verlangen nach höheren geistigen Genüssen haben.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendblätter im Gewerkschaftshaus wird heute nachmittag 5 Uhr geschlossen. Die Jugendblätter-Kommission des Charlottenburger Lehrervereins veranstaltet eine ähnliche Ausstellung in der Aula der 16. Gemeindefabrik, Spreestraße 29. Diese Ausstellung ist morgen Sonntag von 10—12 und von 3—7 Uhr geöffnet. Jedermann hat freien Zutritt.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Seceffion (10 Pf. statt 1 M.) sind nach wie vor bei den Gewerkschaftsvorständen zu haben. Die Vorstände können diese Karten im Bureau des Gewerkschaftshaus in Empfang nehmen.

Zur Förderung der Berliner Konsum-Genossenschaftsbewegung werden in der nächsten Woche mehrere öffentliche Versammlungen abgehalten. Um für regen Besuch dieser Versammlungen Sorge zu tragen, findet am Sonntagmorgen 8 Uhr eine Flugblattverbreitung statt. Pflicht jedes Genossenschaftlers ist es, sich an dieser Flugblattverbreitung zu beteiligen. Die Verbreitung geschieht von nachstehenden Lokalen aus: Schmeltz, Chorinstraße 45; Werth, Wicelstraße 33; Kenfer, Heidenfeldstraße 17; Müller, Tempelhof, Berlinerstraße 41; Döhning, Schöneberg, Wersburgerstraße 7; Wellner, Schöneberg, Gothenstraße 51.

Der geographische Verlag von Megius Stehling in Berlin, Kleinbeerenstraße 26, veröffentlicht wieder zwei hübsch ausgestattete Gesellschaftsspiele, die sich besonders zu Weihnachtsgeschenken eignen. Die „Weltfahrt durch Berlin“ (3 M.) bezweckt das rasche Zurückfinden in der Hauptstadt in anregender und kurzweiliger Weise zu fördern, zugleich mit den wichtigsten Verkehrslinien, der Einteilung des Stadtgebietes und der Lage der hervorragenden Gebäude und Denkmäler vertraut zu machen. Ein besonderer Vorzug des Spiels liegt darin, daß bei dem Spiel nicht der Zufall, sondern die Fingfertigkeit des Spielers entscheidet. Das „Neue Geographische Lotto“ (2 M.) besteht aus 16 Spielarten, die zusammengelegt eine große Karte der Provinz Brandenburg darstellen. Die Spielweise ist dieselbe wie beim Zahlenlotto. Da die Spieler gleichsam eine Reise durch die Provinz Brandenburg unternehmen, wird ihre Kenntnis von der Heimat spielend gefördert.

Circus Busch. Ehedem galt es für Tollkühnheit, der Bestie starker Mäuler gegenüberzutreten, zum Teil auch für zwecklos, denn der hochseltsame Kogebue jammert nach in seinem Ausdruck der Verzweiflung, was er unter Tigern, unter Affen solle. Aber die Zeiten ändern sich und wir, das heißt die gesamte Kreatur vom homo sapiens bis zum Kommodorillu, mit ihnen. Allmählich wird ein Sport daraus, mit Löwen, Tigern, Eis- und andern Varen umzugehen, sie zu sanften Sitten, zur Einkehr in des Menschen Hütten zu gewöhnen. Kein Circusabend mehr ohne zoologische Unterhaltung. Mit Heliot mit ihren Löwen hat von Berlin Abschied genommen; an ihre Stelle ist ein junger Mann, Herr Richard Sawade getreten, der eine Musterkollektion aus dem zoologischen Geschäft von Karl Hagened in Hamburg mit sich führt. Sie besteht aus sechs Käfigtieren, drei Löwen, zwei entsetzlich großen Eisbären und drei schwarzen Varen. Herr Sawade scheint seine Künstler noch mehr in der Gewalt zu haben, als Mit Heliot die ihren; wenigstens gestern „arbeitete“ er mit einer erstaunlichen Sicherheit. Die Varen, selbst die im weißen Kostüm des Nordpols, scheinen von Haus aus gemüthliche Käuze zu sein, mit denen sich leben läßt; mehr aber will es besagen, daß unser Mann die niederrichtige Bestie der Welt, den künftigen Vollkommen in der Gewalt hat. Die Kerle gehorchen ihrem Herrn, als ob es sitzame Büdel wären, und der Zuschauer hat nicht den geringsten Anlaß, um den „Dompteur“ ängstlich zu werden. Man kann sich solche Raubtiersehens gefallen lassen; auch sie ist ein Triumph des Menschengenies und auf jeden Fall den Schleisensfahrten und ähnlichen halbbröckeligen Radfahrkünsten vorzuziehen. Diese orte immer mehr zum rohen Nervenkitzel aus, zum unbedingten Anlaß, über dessen Nichtnutzbarkeit der besser erzogene Teil des Publikums sich endlich klar werden sollte.

Ein Riesensmaragd aus dem ehemaligen Besitz Alexander v. Humboldt wurde in Leibes-Auktion öffentlich versteigert. Der Stein, den einst Kaiser Nikolaus I. von Rußland Humboldt schenkte, hat eine Länge von 10 Centimeter, bei 6 Centimeter Durchmesser; er ist von vier Seiten geflächert, die übrigen Teile sind roh geblieben. Eigenartig ist die Fassung des kostbaren Steines. Er ruht in einem Felsen von Silber, um den sechs Gnomen

gruppiert sind, die den Felsen mit ihren Händen bearbeiten. Das Ganze ruht auf einem Ebenholspodium mit silbernen Verzierungen. Das Kunstwerk stammt aus dem Besitz des Eigentümers der jüngst abgerissenen Villa Reumann in der Potsdamerstraße. Der jetzige Besitzer erstand es für den Preis von 2000 M.

Orgelkonzert. In der Marienkirche werden Montag, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Musikdirektor Otto Dienel, der Chor von Frau Marie Kornatis (Soli Fräulein Heinrich, Blüthner, Delschläger, Gennung, Wehner, Herr Tschache, Poppenhagen u. a.), Violinist Merlin, Bratschist Sager und Organist Edwigelelmann Advents- und Weihnachts-Kompositionen (Johannes der Täufer, von Löwe, Weihnachts-Sonate von Dienel u. a.) bei freiem Eintritt aufzuführen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandpanoramen ausgestattete Vortrag „An den Seen Oberitaliens“ in dieser Woche noch allabendlich zur Aufführung gelangen. In der Weihnachtswoche aber soll schon ein neuer dekorativer Vortrag von Herrn Wilhelm Bölsche zur Darstellung kommen. Im Hörtal spricht am Montag um 8 Uhr Herr Dr. Donath über „Das Problem der elektrischen Energie-Übertragung“ und am Freitag um 8 Uhr über „Das Gold und die Edelmetalle“.

Theater. Carl Weich-Theater. Die 30 oberbairischen Volksschauspieler sind mit ihrem gesamten Fundus an Dekorationen, Originalkostümen und Requisiten bereits eingetroffen, um am Sonnabend, den 5. Dezember, ihr Gastspiel mit dem ausgezeichneten Volksstück „Der Reineidbauer“ von Ludwig Angenruber zu eröffnen. Unter den Hauptdarstellern sind bestbekannte Namen aus dem Schiller-Theater, wie Anna Dengg, Michael Dengg, Lina Geigl, Veri Niedermeier. — Sonntag geht „Der Pfarrer von Kirchfeld“ in Szene, Montag „Die Kreuzschreiber“ von Ludwig Angenruber. — Im Luitpold-Theater geht am Sonntagabend erstmalig Ferdinand Raimunds romantische Gesangsposse „Alpenkönig und Menschenfeind“ in Szene. — Im Schiller-Theater befindet sich gegenwärtig das Lustspiel „Der Com-pagnon“ von Adolph L'Arronge in Vorbereitung, das Mitte dieses Monats, zuerst im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater), zur Aufführung gelangen wird.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Unser Ort mit seinen 50 000 Einwohnern hat zwar weder ein Krankenhaus noch Bade-Anstalten und Erholungsplätze, auch sind die Einrichtungen der Kranken- und Waisenpflege höchst mangelhaft. Wohl aber haben wir fliegende Schulklassen die säumere Menge; und damit das überflüssige Geld nur ja an den Mann komme, werden jetzt 80 000 M. für den Bau einer Kirche im bekannten Kirchhof-Stil hergegeben. Zuerst forderten die selbstlosen Förderer des Kirchenbaues sogar 100 000 M., doch gaben sie sich mit der vorher genannten Summe zufrieden, nachdem es auf Betreiben der Freimüthigen gelangt war, zwei sozialdemokratische Mandate zu beanstanden und so zwar nicht eine günstige Mehrheit zusammenzubringen, wohl aber mit Stimmgleichheit den Antrag zu bewilligen. Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Aufnahme einer Anleihe für die kirchlichen Zwecke zu befassen, und wiederum traf es sich so, daß diese mit Stimmgleichheit bewilligt wurde. Ein merkwürdiges Bild war es allerdings, das den Förderer des Kirchenbaues half. Einer unserer Parteigenossen war schwer krank, ein anderer ortsaufwendend, und der dritte erst fünf Minuten nach der Abstimmung erschienen. Der Besuch der Herren Grundbesitzer, den Schulhauptan zurückzurechieren, konnte zum Glück abgesehen werden. Nach Ansicht dieser Herren ist der Schulbau zu teuer, zu komfortabel; früher habe man für diesen Zweck nicht so viel Geld aufgewendet, und es sei auch gegangen. So klagte der frühere Schlächtermeister und jetzige Rentier Kiedle. Nachdem mehrere unserer Parteigenossen dem Herrn unverblümt die Wahrheit gesagt hatten, hielt er es für besser, seinen Verdächtigungsantrag zurückzugeben. Bei dieser Gelegenheit spielte auch die bekannte Phrase eine Rolle, daß die Herren, die die meisten Gemeindesteuern zahlen, auch an der Entwicklung der Gemeinde ein entsprechend großes Interesse hätten. An der Hand der Broschüre „Groß-Berlin“ des Berliner Stadtverordneten Haberland zeigt uns Parteigenossen, daß in Lichtenberg die 8853 Steuerzahler, die mit weniger als 3000 M. Einkommen 104 103 M. Steuern zahlen, während die 354 Steuerzahler mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. 66 342 M. aufbringen.

Unsere Parteigenossen hatten vor Wochen einen Antrag eingebracht, der sich mit der Festlegung der Zeit für die Wahlen zum Abgeordnetenhause befaßt. Vor den Wahlen kam er nicht mehr auf die Tagesordnung, diesmal fehlte er ganz. Der Gemeindevorsteher hatte geglaubt, daß der Antrag durch die Beendigung der Wahlen erledigt sei; unsere Parteigenossen waren anderer Meinung. Der Antrag soll später noch aufs Tapet kommen.

Schöneberg. Die Jahresrechnung der Armenverwaltung für 1902 schloß mit der ansehnlichen Summe von 282 631 M. ab. Für das laufende Etatsjahr dürften sich die Ausgaben dieser Verwaltung bedeutend erhöhen, wie ja auch die Organisation nach dem sogenannten Oberfelder System sich ebenfalls hier zu betätigen scheint. Neuerdings sind für die Ausübung der Armenpflege auch eine Anzahl Frauen (zum allergrößten Teil freiwillig nur aus „bürgerlichen“ Kreisen) berufen worden. Die untererseits in dieser Beziehung gemachten Vorschläge ließ man unberücksichtigt.

Die nächste Stadtverordneten-Versammlung wird sich wieder mit der Reuanstellung von Lehrpersonen an den hiesigen Schulen zu beschäftigen haben.

Die leidige Spielerei mit einer Schußwaffe, vor der so oft gewarnt wird, hat wieder einmal Unheil angerichtet. Das 18jährige Dienstmädchen Anna Mehlis, das bei dem Bauernhofbesitzer Kleff in Hohen-Neudorf in Stellung war, fand gestern nachmittag mit dem 16 Jahre alten Sohn ihres Dienstherrn zusammen, während der junge Mann an einem Jagdgewehr, das er für ungeladen hielt, herumhantierte. Scherend rief er: „Hier sitzt mein Herz!“ und stellte sich vor die Mündung der Waffe. Der junge Mann legte an, im nächsten Augenblick krachte ein Schuß und das Mädchen sank in die Brust getroffen zu Boden. Ein großer Teil der Schrotladung drang mit dem Pforten der Patrone tief in die Brust ein. Die Schwerverwundete wurde sofort nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht, doch ist kaum noch Hoffnung vorhanden, sie am Leben zu erhalten.

In Zehlendorf geht der Kampf für Ordnung, Religion und Sittlichkeit fort. Der Kriegerverein hat dieser Tage ein Mitglied ausgeschieden, weil es bei den Landtagswahlen den Mut gehabt hat, sozialdemokratisch zu wählen. Schärfes noch kämpft der Vaterländische Frauenverein in seinem am Orte unterhaltenen Kinderheim. Einzelnen der Kleinen wurde angekündigt, daß sie auf Weihnachtsgeschenke wohl nicht rechnen könnten, weil ihre Väter sozialdemokratisch gewählt hätten. Es geht doch nichts über praktisches Christentum.

Gerichts-Zeitung.

Der neue Tracheer Prozeß verläuft.

Der bekannte Tracheer Prozeß fand gestern abermals vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung an, nachdem das Reichsgericht das im Oktober v. J. gegen den Sanitätsrat Dr. Kaasow-Berlin und den Lehrer Otto Nidel-Tracheen von derselben Strafkammer gefällte Urteil aus Rechtsgründen aufgehoben hatte. Sanitätsrat Dr. Kaasow ist inzwischen gestorben, der Angeklagte Nidel ist vom persönlichen Erscheinen entbunden worden, da die gestrige Verhandlung nur einen vorbereitenden Charakter hatte. Für ihn war Rechtsanwalt Sonnensfeld als Verteidiger zur Stelle. Den Vorsitz im Gerichtshof führte Landgerichts-Direktor Heidrich. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Joel. Es handelt sich bekanntlich um einen in der Fachzeitschrift „Der Pferdefreund“ veröffentlichten

vom Sanitätsrat Dr. Kaasow verfaßten Artikel, zu dem der Lehret Nidel das Material geliefert hatte. Durch den Artikel wurde dem Landhauksmeister v. Dettlingen zu Tracheen die Erlaubnis der Lehret, die Verwendung, Besorgung der eignen Person und Ueberleitung der Gesehe vorgeworfen. Zeugen waren zum heutigen Termin nicht anwesend. Ursprünglich war als einziger Zeuge Landhauksmeister o. Dettlingen geladen, dann aber wieder abbestellt worden. Er wohnt nun im Zuborraum der Verhandlung bei.

Zur Frage der geschäftlichen Behandlung äußerte sich Staatsanwalt Joel dahin: Nach seiner Ansicht und nach dem Reichsgerichts-Erkenntnis würde bezüglich des Angeklagten Nidel, wenn überhaupt eine strafbare Handlung vorliege, nicht Beihilfe, sondern Mithäterschaft, das heißt gemeinschaftliche Verleumdung in Frage kommen. Er nehme weiter in Uebereinstimmung mit dem ersten Urteil an, daß nicht § 186, sondern § 185 St.-G.-B. (einfache Verleumdung) Platz greifen würde. Dem Artikelschreiber sei es nicht darauf angekommen, durch die einzelnen Thatsachen den schlüssigen Beweis für die Nichtigkeit der Beschuldigungen zu führen, sondern es sollte nur eine kleine Blütenlese vorgebracht werden. Bei dem Vorliegen des § 185 würde sich eine Verneinung völlig erübrigen. — Rechtsanwalt Sonnenfeld hielt diese Ausführungen für unzutreffend. Hier würde es sich zweifellos um § 186 handeln, da der Artikel eine große Reihe von Thatsachen enthalte. Was in dem Artikel stehe, seien keineswegs allgemeine Behauptungen, sondern ganz spezialisierte tatsächliche Angaben. Wenn der Gerichtshof hier den § 185 anwenden wollte, würde er dazu nur kommen können, wenn er die Behauptungen tatsächlicher Art als wahr anerkenn. Aber selbst wenn § 185 zur Anwendung käme, wäre der Wahrheitsbeweis für die Strafzumessung von Wichtigkeit, und auch dann müßte erwogen werden, wie weit Nidel an der Formgebung des Artikels beteiligt sei. Er könne es ja verstehen, daß die Verneinung der Gegenpartei nicht angenehm sei, aber für den Angeklagten sei es — auch seiner vorgelegten Behörde gegenüber — von der größten Bedeutung, nachzuweisen, daß er alles, was er behauptet habe, nachweisen könne. Sein Klient bitte, die Zeugenvernehmung nicht kommissarisch, sondern hier in der Hauptverhandlung vorzunehmen, weil er die Befürchtung der Zeugenbeeinflussung durch Herrn v. Dettlingen habe. Er habe Beweise dafür angetreten, daß Herr v. Dettlingen auch nach der letzten Hauptverhandlung mehrere Zeugen, die gegen ihn ausgesagt, nachträglich retifiziert habe. Er selbst, der Verteidiger, erkenne an, daß diese Befürchtung der Beeinflussung nicht ganz unberechtigt erscheine, glaube aber, daß die Zeugen bei der kommissarischen Vernehmung unbeflüchteter erscheinen müssen, als bei einer Vernehmung in Gegenwart des Herrn v. Dettlingen. Er schlage also kommissarische Zeugenvernehmung vor. — Staatsanwalt: Alle diese Behauptungen seien ganz einseitig aufgestellt und stehen beweislos da. Im übrigen sei der Gerichtshof nicht dazu da, um nach dem Wunsch des Herrn Nidel etwa eine Enquete über die gesamte Thätigkeit des Herrn v. Dettlingen in Tracheen anzustellen. — Nach kurzer Beratung beschloß der Gerichtshof: den Redakteur der „Volls-Zeitung“ und den der „Gartungischen Zeitung“ in Königsberg darüber zu vernehmen, daß der Lehret Nidel sich bemüht habe, die Sache in die Zeitungen zu bringen. Ferner sollen die Herren, die bei der Nidel vorgenommenen Hausdurchsuchung zugegen gewesen sind, darüber vernommen werden, welche beschlagnahmten Papiere auf eine Mithäterschaft des Nidel hinweisen.

Nach der kommissarischen Vernehmung dieser Zeugen soll ein neuer Termin anberaumt, und zu diesem sollen Herr v. Dettlingen und die in dem Schriftsatz des Verteidigers vom 20. November genannten Personen als Zeugen vorgeladen werden. Außerdem wurde das persönliche Erscheinen des Angeklagten Nidel zum nächsten Termin angeordnet.

Die Frage des Sadiasmus, die bekanntlich auch in dem Prozesse gegen den blugierigen Hauslehrer Dippold zur Sprache kam, spielte eine Rolle bei der Anklage gegen den Cigarrenfabrikanten Otto Ehlinger aus Mannheim, der sich gestern wegen Körperverletzung in zwei Fällen vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Da sich die Verhandlung auf dem Gebiete transtäter, fast ungläubiger Verirrung der Sinnenwelt bewegte, wurde die Deffenlichkeit für die ganze Dauer ausgeschlossen. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Reumann, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, die Anklage vertrat Staatsanwalt Braut. Den Vernehmen nach hat die Verhandlung nicht die Darstellung gedeckt, die in einer Zeitungsnotiz über die Einzelheiten der dem Angeklagten zur Last gelegten Vergehungen gegeben worden war, insbesondere soll nicht bestätigt worden sein, daß die Körperverletzung, welche der Angeklagte einer Frauensperson zugefügt, den Tod der letzteren zur Folge gehabt hat. Thatsächlich ist diese Person an einer mit der Verletzung des Angeklagten nicht zusammenhängenden Krankheit gestorben. Auch die Andeutung, daß der Angeklagte mit dem noch nicht aufgeklärten Mord an einer Prostituierten möglicherweise in Verbindung zu bringen sei, entbehrt jedweder thatsächlichen Grundlage. Als medizinische Sachverständige waren Medizinalrat Dr. Leppmann, Gerichtsarzt Dr. Störmer, Assistenzarzt Dr. Vodenheim und der praktische Arzt Dr. Laendler, ferner, gleichfalls als Sachverständiger, Kriminalkommissar v. Tressow geladen. Der Angeklagte, ein noch nicht lange Zeit verheirateter, in den besten Vermögensverhältnissen lebender Mann von 33 Jahren, wurde der Körperverletzung in zwei Fällen, darunter in einem Falle der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges beschuldigt. Letzteres bestand in einer Hutmadel, die er der inzwischen verstorbenen unverheirateten Dohsin in den Hintertheil ihres Körpers gestochen hat. In dem zweiten Falle handelte es sich um eine einfache Mißhandlung. Zur Verhandlung waren mehrere „dieser Damen“ als Zeuginnen geladen, mit denen der Angeklagte angebandelt haben soll, und die Thatsachen bekunden sollten, welche auf eine durch das Wort „Sadiasmus“ gekennzeichnete Pervertität hindeuten konnten. Ueber Wesen und Bedeutung dieser transtäteren Reigungen gaben die Sachverständigen Dr. Leppmann und Dr. Störmer längere Gutachten ab, aus denen hervorging, daß ihnen ein ähnlicher, wie der hier verhandelte Fall, auf dem Gebiete des Sadiasmus noch nicht vorgekommen sei. Staatsanwalt Braut beantragte 4 Monate Gefängnis, Rechtsanwalt L. Friedmann dagegen die Freisprechung, eventuell aber nur eine Geldstrafe. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten der Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges in einem Falle und der einfachen Mißhandlung in einem zweiten Falle schuldig und verurteilte ihn unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Monat Gefängnis. Auch die Begründung des Urteils ging unter Ausschluss der Oeffentlichkeit vor sich.

Wegen Ueberleitung des Freigesetzes, infolge Nichtaufnahme einer Verächtigung, wurde Mittwoch in zweiter Instanz gegen den verantwortlichen Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, Gerossen Joh. Scherm in Stuttgart, verhandelt. In Nr. 32 dieses Blattes war in einer Bekanntmachung des Verbandsvorstandes der Ausschluß verschiedener seitheriger Verbandsmitglieder zur Kenntnis gebracht worden. Darunter befanden sich auch die Namen der beiden Schleifer W. Budde und G. Höfer, und zwar hieß es, daß sie auf Antrag der Verwaltungskasse in Lüdenscheid wegen Streichbruchs aus dem Verband ausgeschlossen worden seien. Sie stellten daraufhin eine Verächtigung ein, laut welcher sie nicht ausgeschlossen, sondern vor Wiederaufnahme der Arbeit freiwillig aus dem Verband ausgetreten sein wollten. So Scherm die Aufnahme dieser Verächtigung verweigerte, wurden sie klagbar. Die Sache kam zunächst vor dem Schöffengericht Stuttgart zur Verhandlung, wo der Beklagte wegen Ueberleitung des § 11 des Freigesetzes zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt und ihm auferlegt wurde, die Verächtigung nachträglich noch zu publizieren. Gegen dieses Urteil wurde von Scherm, wie auch von der Staatsanwaltschaft, welche eine höhere Strafe forderte, Berufung eingelegt.

In der letzten Verhandlung vor der Strafkammer bestritt der Beklagte, zur Aufnahme der Verächtigung verpflichtet gewesen zu sein, indem er hierfür verschiedene Gründe ins Feld führte. Insbesondere machte er geltend, daß nach den Statuten des Metall-

arbeiter-Verbandes in dieser Fälligkeit der Ausschluß eines Mitgliedes auch dann noch nachträglich ausgesprochen werde, wenn dieses durch freiwilliges Ausscheiden dem Ausschluß zuvorzukommen gesucht habe. Der Ausschluß jener beiden sei also tatsächlich erfolgt, und es werde somit durch die Verkündung nichts widerlegt, sondern nur jener in der ursprünglichen Sache ausgesprochenen Tatsache eine andere Tatsache gegenübergestellt. — Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf Verwerfung der beiderseitigen Berufung. Entgegen der vom Beklagten behaupteten Nicht-Identität der geforderten Verurteilung mit der ursprünglichen gemeldeten Tatsache sei das Gericht dazu gelangt, diese Identität zu konstatieren. Auch der § 19 Abs. 3 des Preßgesetzes könne nicht zu Gunsten des Angeklagten herangezogen werden, weil nur ein Rechtsirrtum des Beklagten, nicht aber ein die Bestrafung auslösender tatsächlicher Irrtum in Frage kommen könne. — Es wurde somit das Urteil erster Instanz aufrecht erhalten.

Vermischtes.

Aus Baden schreibt man uns: So bald nach der Heidelberger Eisenbahnkatastrophe eine neue auf der badischen Staatsbahn! Bei Herzolsheim ein Materialwagen wohl noch bedeutender als jener beim Zusammenstoß am Redar, beim neuesten Unfall nur der zufällige Glücksstand, daß keine Reisenden sich in den komfortablen Durchgangswagen im Vorderteil des Zuges befanden und die wenigen Fahrgäste in der dritten Wagenklasse ohne schwere Verletzung davonkamen. Aber in Heidelberg wie in Herzolsheim dieselbe Ursache für solch gräßliche Gefahr: unregelmäßige Witzachtung der einfachten und härtesten Bestimmungen zur Sicherheit des Fahrdienstes. Der Schnellzug Vaihingen-Bamberg-Berlin fuhr morgens um 7 Uhr zwischen Freiburg und Offenburg durch die Station Herzolsheim mit 90 Kilometer Geschwindigkeit; das Einfahrtssignal ist von der Station gestellt. Von der anderen Richtung naht sich ein Materialzug aus Offenburg; auch für ihn giebt die Station freie Bahn zur Einfahrt. Unbegreiflicherweise gestattete man noch dem Führer des Materialzuges in diesem kritischen Augenblick sich auf einem Ausweichgleise quer über die Spur des einfahrenden Schnellzuges nach dem dritten Geleise hinzubewegen. Aus dem Dunkel des Morgenmists tauchen die Lichter der rasenden Material-Schnellzugmaschine auf. Wenige Sekunden und der Zusammenstoß ist fertig. Führer und Heizer des Materialzuges retten sich durch Herabspringen, jene des Schnellzuges werden mit dem entgleisten Kolof die Böschung hinab, der Heizer stirbt sofort, der Führer ist schwer verletzt; ein Krümmers-

hausen von gefährlicher Materialzugmaschine und zermalmten Personenwagen erster Güte erfüllt die Unfallstätte. Der Zugmeister des Schnellzuges kam durch einen Unfall unter der Last davon, aber der Gepäckträger ist verletzt; desgleichen schwer der Führer des Materialzuges, dessen Maschine zur Unkenntlichkeit zermalmt wurde. Wer wird nun zunächst zur Rechenschaft gezogen? Der unterste Beamte, der Weichensteller, ist verhaftet worden. Man wird aber nicht leugnen können, daß auf dieser Station, wo zudem dieses Einfahren des Materialzuges zur selben Zeit öfters vorkommt, die Gefahr von allen Beamten, nicht zuletzt auch vom Fahrpersonal des Materialzuges gefürchtet wurde. Es war ein unglückseliges Versehen, in diesem Augenblick ein Manöver auszuführen, das der Dienstordnung und der Vernunft zuwiderläuft. Wie oft noch?

Aus Ramlau wird über ein Eisenbahnunglück gemeldet: Freitag um 10 Uhr 45 Minuten vormittags entgleiste auf Bahnhof Ramlau der Güterzug 6402 infolge falscher Weichenstellung. Der Weichensteller hat sich geflüchtet. Eine im Lokomotivschuppen mit Pagen einer Drahtseilbeschäftigte Frau wurde durch den über die Drehscheibe in den Lokomotivschuppen einfahrenden Güterzug getötet. Ein Lokomotivheizer ist schwer verletzt und ein Lokomotivführer und ein anderer Heizer haben leichte Verletzungen erlitten. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Betrieb ist nicht gestört.

Der Klage v. Bothmer. Im Anfang des vergangenen Jahrhunderts giebt es einen „Edelsten und Weisen“, dem bekannten Geschichtschreiber v. Bothmer, ein armes Mädchen unglücklich zu machen. Selbstverständlich kümmerte sich der „Edel“ nicht um sein Kind, das damals in der Gasse auf den Namen des Vaters getauft und im Kirchenbuch eingetragen wurde. Der Junge wuchs heran und wurde — Arbeiter, der Lohn dieses Arbeiters v. Bothmer hat es zum Briefträger in Hildesheim gebracht. Einem „echten“, das heißt standesgemäßer Ehe entsprossenen Abkömmling derer v. Bothmer, dem Herrn Konrad v. Bothmer, Erbherren auf Bothmer I. Schwarmsfeld, gefiel die Verwandtschaft mit dem Hildesheimer Briefträger v. Bothmer nun gar nicht. Er klagte also auf Grund des § 12 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen seinen Verwandten, den Briefträger v. Bothmer, wegen unbefugten Gebrauchs dieses Namens. § 12 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagt, nun: „Bis das Recht zum Gebrauch eines Namens dem Berechtigten von einem anderen bestritten, oder wird das Interesse des Berechtigten dadurch verletzt, daß ein anderer unbefugt den gleichen Namen gebraucht, so kann der Berechtigte von dem anderen Befreiung der Beeinträchtigung verlangen. Sind weitere Beeinträchtigungen zu

bejorgen, so kann er auf Unterlassung klagen.“ Der Kläger, Gerichtsassessor von Bothmer, hatte mit seiner Klage auf Grund des angezogenen Paragraphen den Erfolg, daß dem Briefträger von Bothmer aufgegeben wurde, den Familiennamen von Bothmer abzulegen. Der dritte Civilsenat des Ober-Landesgerichts Gelle als Berufungsinstanz bestätigte dieses Urteil. Die dagegen von dem Verurteilten eingelegte Revision wurde vor dem vierten Civilsenate des Reichsgerichts verhandelt. Der Vertreter des Beklagten machte geltend, daß der Briefträger v. B. mit Recht diesen Namen führe. In jener Zeit sei es Sitte gewesen, daß weibliche Kinder den Namen des Vaters erhielten. Erst im Jahre 1890 sei dagegen eingeführt worden und dieser Brauch unterjagt worden. Daß man damals eine Verurteilung nicht eintraten ließ, sei gleichbedeutend gewesen mit einer stillschweigenden Anerkennung. Nach langer Beratung kam aber auch das Reichsgericht zu dem Schluß, daß die „Ehre“ der Blutsverwandtschaft mit dem Gerichtsassessor v. Bothmer den Briefträger v. Bothmer nicht berechtige, den Namen seines Großvaters zu führen. Der Großmutter nahm man die Ehre, dem Enkel den Namen — von Rechts wegen.

Dynamit. Aus St. Etienne wird berichtet: In der vergangenen Nacht explodierte vor einem Fenster der Wohnung des Ingenieurs Baret eine Dynamitbombe. Es wurde niemand verletzt. Der Materialschaden ist erheblich, alle Fenster der benachbarten Häuser wurden zertrümmert.

Marktpreise von Berlin am 3. Dezember 1903

nach Ermittlungen des Igl. Viehpreisprübiamts.

Ware	Preis	Ware	Preis
*Weizen, gut D.-Gr.	16,10	Kartoffeln, neue D.-Gr.	6,50
„ mittel	15,90	„ Rindfleisch, Steuer 1 kg	1,80
„ gering	15,70	„ „ „	1,50
*Roggen, gut	13,10	„ Schweinefleisch	1,60
„ mittel	13,04	„ Kalbfleisch	2,00
„ gering	12,98	„ Hammelfleisch	1,80
*Gerste, gut	14,30	„ Butter	2,80
„ mittel	14,10	„ Eier 60 Stück	5,00
„ gering	13,90	„ Karotten 1 kg	2,20
*Hafer, gut	15,70	„ Kälber	2,60
„ mittel	14,40	„ Jambon	2,60
„ gering	14,10	„ Hühner	2,00
Küchstroh	4,16	„ Barfische	1,80
„ Heu	7,10	„ Schmalz	1,40
„ Erbsen	40,00	„ Mehl	1,40
Speisebohnen	50,00	„ Stärke	15,00
„ Linsen	60,00		

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 5. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Rigoros Hochzeit. Schauspielhaus. Wie die Alten tanzten. Deutsches. Arie Bernd. Berliner. Wie der Regen. Nachm. 3 Uhr: Die sieben Raben. Festung. Kapfenfeld. Wesen. Die Fledermaus. Nachm. 3 Uhr: Kottschagen. Neues. Salome. Vorher: Logis des Herzens. Residenz. Ein Seiten sprung. Vorher: Der zündende Punkt. Central. Der Kastenbinder. Nachm. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater. Thalia. Der Hochtourist. Nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater): Die Stützen der Gesellschaft. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.): Die Stützen der Gesellschaft. Belle-Alliance. Das vom Rame. Carl Weiß. Der Reineidbauer. Nachm. 4 Uhr: Nassen Abbad, oder: Der Rauberer vom Berge. Lulien. Der Richter von Zalamea. Kleines. Radtschil. Trianon. Blacotte. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Casino. Weihnachtsplauder. Der verkaufte Sohn. Metropol. Durchlaucht Radtschil. Apollo. Frühlingsluft. Palast. Keine Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten. Passage-Theater. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/52. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Judenstrasse 57/52. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater. Heute nachm. 4 Uhr halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei. Der gestiefelte Kater. Märchenbilder in 4 Bildern mit Gesang und Tanz. Abends 7 1/2 Uhr: Der Kastenbinder. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise; Boccaccio. Abends 7 1/2 Uhr: Der Kastenbinder.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Salome. Vorher: Der Kammermägen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Elektra.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Stat. Kammerbühne. Gastspiel Adolf Philipp. Zum UEBER'N GROSSEN. 98. Zeich. ANFANG 8 UHR. MONTAG, 7. Dez. 03, abds. 8 Uhr. Aufführung ELEGANTE Souvenirs!

W. Noacks Theater. Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung: Die Fieder des Musikanten. Lebricht Winter: Dir. Robert Dill. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball.

Trianon-Theater. Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Unterfildstrasse. Biscotte. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Rotbrücker.

W. Noacks Theater. Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung: Die Fieder des Musikanten. Lebricht Winter: Dir. Robert Dill. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Sonntagabend 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Montagabend 8 Uhr: Wilhelm Tell. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Liebelei. Schauspiel in 3 Akten von H. Schnitzler. Hierauf: Litteratur. Lustspiel in 1 Akt v. Arthur Schnitzler. Sonntag nachm. 3 Uhr: Im weissen Rössl. Sonntagabend 8 Uhr: Der Bibliothekar. Montagabend 8 Uhr: Vasantasena.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/52. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165. Der Indianer-Riese. Mianko Karoo vom Stamm der Sioux-Indianer. Lebend! Die zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa. Grosses Promenaden-Konzert d. Wiener Elitekapelle Forschneritsch vorm. nachm. abds.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung

Leipziger-STRASSE 48. Täglich geöffnet 10-8. Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Der Richter von Zalamea. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das Mädchen von Heildorn. Abends zum erstenmal: Alpentönig und Menschenfreund. Montag: Der Richter von Zalamea. Dienstag: Alpentönig u. Menschenfreund. Mittwoch: Maria Stuart.

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung: Die Fieder des Musikanten. Lebricht Winter: Dir. Robert Dill. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Unterfildstrasse. Biscotte. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Rotbrücker.

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung: Die Fieder des Musikanten. Lebricht Winter: Dir. Robert Dill. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr: Frühlingsluft. mit dem Ballett Blütenhochzeit. Um 7 1/2 Uhr: Mit grossom Orchester: Vision nach dem Baller. Pantomime „Ruff von ‚Drei Kronen‘“. Um 10 Uhr: Die neuen glänzenden Spezialitäten: Ivan Tschernoff, ein Morgen aus dem Sport-Club. Kelly and Ashby X Francois-Truppe amer. Excentric. Comillobritten. The Passparts, Tanz-Quett. Kosmograph und Biophon.

Casino-Theater.

Lehrterstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2. 8 Uhr: Weihnachtslogoden. 9 1/2: Nuscha Melitta — Loro-Quartett. 9 1/2 Uhr: Der verkaufte Sohn. Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Corradini.

9 1/2 Uhr: Der verkaufte Sohn. Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

WINTER GARTEN

Neues Programm: Salerno Meisterjongleur. Johnson u. Dean Oake-Walk-Tänzer. Wood u. Bates Amerik. Excentric. The Saphos Rockturnkünstler. Otto Reutter Humorist. Little Fred Komische Hundedressur. Krems Familie Ikarische Spiela. Piwitt Pierrot. Annette Gillard erste Sängerin von der Opera Comique in Paris. 4 Schwestern Merkel Equilibristin. Bokken Lassen Strassensängerin. „Pariser Luft“ Ballettdivertissement. Biograph mit neuen interess. Aufn.

Carl Weiss-Theater.

Grosse Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr: Ständerstellung 10, 25, 40 Pf. Gaffan Abdul oder: Der Rauberer vom Berge. Abends 8 Uhr: Erstes Gastspiel des Oberbayerischen Bauern-Theaters. (Schnitzler und Legnermeister.) Der Weineidbauer. Morgen nachmittags 3 Uhr, Barfett 60 Pf.: Die Maschinenbauer von Berlin. Abends 8 1/2 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Nur kurze Zeit. Billige Weihnachtspräsentate! Wiederkehrende Gelegenheit! Bekanntmachung! Noch nie dagewesen! Wagen vollständiger Lager. — Auflösung — 1726

einer Engros-Damenmäntel-Fabrik gelangen einige Tausend Piöden, nur diesjährige Saison-Neuheiten, wie: Damen-Mäntel, Golf-Capes, Saccos, Jacketts, Paletots (schwarz u. coul., auch Wellinées), Abend-Mäntel etc. schleunigst zu horrend billigen Preisen zum Detail-Verkauf.

Jeder 50. Käufer obiger Konfektion (lt. Buch-Nr.) erhält einen Mantel nach Wunsch im Werte von 15 Mk. gratis. Quittungen sind im Geschäftsalokal einzusehen. — Gratisverteilung streng reell!

Unabhängig hiervon offerieren wir: Extra-Angebot zu enorm billigen Preisen: 1 grossen Blusen, 1 grossen Pelz-Colliers und Stolas. nur

Potsdamerstr. 113a Oranienstr. 2 nahe Lützowstrasse. vis-à-vis der Hochbahn-Haltestelle. Bitte genau auf Hausnummer und Plakate an den Fenstern zu achten.

Residenz-Theater

Direktion G. Landenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Seitenprung. Schwan in 3 Akten von G. Herr. Dehère und Gullenmaud. Deutsch von Max Schönan. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag nachm. 3 Uhr: Seine Sommerzeit.

Metropol-Theater.

Durchlaucht Radtschil! Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. Im 4. Bilde: Wie damals im Monat Mai. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. —

Fröbel's Allerlei-Theater

fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Grosse Extra-Vorstellung der beliebten Zimmermanns Norddeutschen Sänger. Nach der Vorstellung um 10 Uhr: Grosser Ball. Entree 30 Pf. Spectry 50 Pf. Dienstag 8 1/2 Uhr: Gastspiel des Städtebund-Theaters Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Mittwoch 8 Uhr: Familien-Abend. Norddeutsche Sänger. Nach der Vorstellung Frei-Tanz.

Norddeutschen Sänger

Nach der Vorstellung um 10 Uhr: Grosser Ball. Entree 30 Pf. Spectry 50 Pf. Dienstag 8 1/2 Uhr: Gastspiel des Städtebund-Theaters Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Mittwoch 8 Uhr: Familien-Abend. Norddeutsche Sänger. Nach der Vorstellung Frei-Tanz.

Cirkus Busch.

IX. Berliner Saison. Sonnabend, den 5. Dezember etc., abends 7 1/2 Uhr: Festabend zum Besten des Sächsischen Hilfsvereins zu Berlin. Karl Hagenbecks größte Raubtier-Schau. 6 ausgewachsene Königstiger, 3 Riesen-Löwen, 2 Riesen-Gisbären, 3 schwarze Bären. Die größte und sensationellste Raubtiergruppe, vorgeführt von Herrn Richard Sawade. Herr Gustav Geibel aus Berlin, Schulleiter, Schüler des berühmten James Fillis. Fr. Martha Mohrke, Schulleiterin. Mademoiselle de Holstein, Schulleiterin. Berliner Winterfreuden. Humoriges Manège-Schauspiel.

Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Feen-Palast. Heute: Keine Vorstellung. Morgen und folgende Tage: 8 1/2 Uhr: Wünsche und Träume. Große Weihnachts-Sauberpuppe mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von Jacobson und Strub. Musik von H. Corradini. Kestler Semmel: Dr. Rich. Winkler. Dazu das phänomenale Dezember-Programm. Hedwig Dering, der Liebling der Berliner ist wieder da!!! Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstrasse 58. Sonnabend: Keine Vorstellung. Sonntag nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Sonntagabend 7 Uhr: Die Blinde von Paris. Montag: Der verkaufte Schlaf.

Reichshallen

Stettiner Sänger. Anfang: 8 Uhr. Bodentanz 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Solree: Tanzkränzchen. Jeden Dienstag: Theaterabend.

Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Zum viertenmal:

Babel und Bibel

oder: Die Pracht, der Untergang und die Wiedererweckung des Weltreiches von Babylon.

Eine Wanderung durch acht Jahrtausende in Form einer großen Ausstattungs-Pantomime in 11 Abteilungen. Nach einer Idee von A. Moszkowski. In Szene gesetzt vom Direktor Alb. Schumann.
Denn Julius Seeths 25 männliche Affenbinder-Löwen.
Mlle. Patrien: Rekordspring, 50 Fuß - 15 Meter.
Morgen Sonntag: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 1 Uhr fest, weitere Kinder zahlen halbe Preise. Nachmittags: 25 Löwen, Rekordspring.

Königstadt-Kasino

Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:

Franz Sobanski.

Das grossartige Dezember-Programm mit: Molly Verch, The Klatt's usw.
Zum Schluss: Der Konfessionrat.
Nach der Vorstellung:

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: Tanz.

Total-Ausverkauf

von Herrengarderobe zu außerordentlich billigen Preisen. Hochbestellbar, saubere Arbeit u. guter Sitz. Anzug v. 28 Mk., Paletot v. 30 Mk. an. U. Pincuss, Wilsnackerstr. 48.

Victoria-Häle

Verlebergerstraße 14
an Sonnabenden noch frei!

Pelzwaren-Fabrik

Neue Königsstr. 21 verkauft nach bester Engros-Condition ihre Pelzwaren, bestehend in: Pelzjackets, Colliers, Muffen usw. zu billigen Engros-Preisen. Es gelangt nur frischgewaschene zum Verkauf. Begründet 1864. 492*

Damen erhalten elegante Garderoben

nach Maß bei nur geringer Zeitabgabe. [92832] *
Hause
J. Kurzberg, Königsstr. 47 II.
Direkt a. Alexanderpl.

Erzier-Baustellen

Billig, gütlich, zahlung, nur b. Baue. Catholy, Buchhändlerstr. 5 Min. ab Schule. 98 Stk. bis jetzt verb. Näh. Schütz, Rixdorf, Remaustr. 12/13.

Musikwerke

mit Glockenbegleitung u. auswechselbaren Notenheften, sowie Klappen, schönste Familienunterhaltung, geringe Teilzahlung. J. KURZBERG, Neue Königsstr. 47 II. direkt am Alexanderplatz.

„Flora“

Restaurant u. Ball-Saal, Spandau, Pichelsdorfer Strasse 39, nahe Pichelsdorf.
Bei Ausflügen über Grunewald, Pichelsdorfer bietet sich für Vereine, Herrenpartien ein angenehmer Aufenthalt.
Emil Koepnick.

Billiges Brennmaterial.

Abfallholz per Meter 4,50 Mk. Buchen, Eichen, Riesen-Rohholz, Steinkohlen und Briquetts. 31492*
J. C. Brock Söhne, Kaiserin Augusta-Allee 5a.

In voriger Nacht hat man

die Preise nochmals herabgesetzt, wir verkaufen:
Getragene Herren-Hosen zu 1,50 bis 3,50 Mark
Getragene Herren-Anzüge zu 5, 6 bis 8 Mark
Getragene Herren-Paletots zu 4, 5 bis 9 Mark
Winter-Loden-Joppen zu 3,50 bis 5,50 Mark
(Von feinsten Herrschaften, Reisenden und Kavaliere.)

„Blitz“, Reinigungs-Anstalt, Chausseestr. 80.

NB. Von Herrschaften, die Garderobe verkaufen wollen, erbitten Postkarte. 35391*

Verband der Möbelpolierer.

Kollegen! Im Interesse unserer selbst, ist es Pflicht jedes einzelnen, dafür zu wirken, daß auch jeder Bestellte ein Fragebogen rechtzeitig beantwortet wird. Wo dieses noch nicht geschehen ist, müssen die Kollegen die Fragebogen heute abend 8-10 Uhr in den Briefkasten abwerfen; dieselben werden Beiträge entgegengenommen. Die Briefkasten befinden sich in Rixdorf, Steinmeßstr. 103; Wittenberg, Friedrichstr. 11; Berlin: Hornsdorferstr. 8, Skalitzerstr. 14, Dallbergstr. 16, Friedrichsbergerstr. 11, Schönbaumer Allee 136, Blumenstr. 38, Brunnstr. 96, Oranienstr. 197, Weihenfelder Str. 55; in den letzteren vier befindet sich nur unser unentgeltlicher Arbeitsnachweis. 147/20

Montag, 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Steinmeßstr. 103: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Albert über: Christliche und moderne Weltanschauung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Angabe der Mittel zur Urausstellung.

Verantwortlicher Redakteur Julius Kalkstein in Berlin. Für den Inhalt verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Sonntag, den 6. Dezember, abends 6 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Klempner mit Frauen

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c (oberer Saal).

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Victor Fraenkel über: Aus der vergleichenden Religionsgeschichte.
Nachdem: Gefelliges Beisammensein und Tanz.
Wir ersuchen die Kollegen, an dieser Versammlung sich zahlreich zu beteiligen.

Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer Nr. 15, großer Saal:

Versammlung

Eisen- und Metallgiessereien beschäftigten Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Agitationskommission und Renzähl derselben.
2. Unsere Berufstatistik. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Bauanschläger

im Gewerkschaftshaus, Saal I.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Scheffler. 2. Diskussion. 3. Wahl der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 161/10
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Sektion der Gips- und Cementbranche, Gruppe „Rabitzspanner“

Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Jannaschk, Inselstraße 10.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Albrocht Fülle: „Der Staat als Arbeitgeber“. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet. 298/4
Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde

Montag, den 7. Dezember, pünktlich 8 1/2 Uhr:

Wichtige beschliessende Versammlung

im Central-Klubhaus, Am Königsgraben 14a, nahe dem Alexanderplatz.

Bericht über die internationale Freidenker-Konferenz u. a. - Nur vollberechtigte Mitglieder haben Zutritt.
Jeden Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr: Vortrag in der städtischen Aula, Kleine Franzfurterstr. 6, nahe dem Alexanderplatz. - Gäfte sehr willkommen. 62/6

Achtung! Vergolder! Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Montag, den 7. Dezember, abends präcise 8 Uhr:

Ordentl. Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal).

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Werkstätten-Vertrauensleute. 2. Beschlußfassung über den Erlaß des Lokalaufschlages der weiblichen Mitglieder. 3. Bericht der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommision. 4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch aller Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.
NB. Die Kollegen, welche noch im Besitz von Matinee-Billern sind, werden ersucht, bis zu dieser Versammlung abzurechnen. D. C.

Auflösungs-Ausverkauf

vorhanden gewesener und ergänzter Waren.

Herren-Anzüge schon für 5,50 Herren-Hosen schon für 1,30
Winter-Paletots . . . 6,50 Kinder-Anzüge . . . 1,00
stehen in großer Auswahl. 83712

August Achilles, Gr. Frankfurterstr. 16.

Beim Einkauf von Herren-Anzügen oder Paletots erhält jeder Käufer einen eleganten Hut und Kravatte gratis!

Stralau.

Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags Punkt 3 Uhr, im Lokale des Herrn Garsch, III-Stralau 15:

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Stralau und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Albert über: „Christliche oder moderne Weltanschauung.“ 2. Bericht des Gesamtverbandes bezgl. Vertrauensmannes und Renzähl derselben. 3. Bericht der Lokalkommission und Renzähl derselben. 4. Verschiedenes.
Gäfte, die Mitglieder werden wollen, haben Zutritt. 223/17
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands, (Ortsverwaltung, Berlin a. Umgegend.)

Sonntag, 6. Dezember, nachm. 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

Ungeordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: Wahl des Gesamtvorstandes, der Redatoren, der Delegierten zum Verbandstage und zur Gewerkschaftskommision. Anträge.
Die Ortsverwaltung.

Hüte Pelz-Waren

Caprau claque . . von 7,50
Cylinderhüte . . von 4,00
Fitzhüte . . . von 1,50.

6tto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2, Ecke Skalitzer-Str.

Caprau claque . . von 7,50
Cylinderhüte . . von 4,00
Fitzhüte . . . von 1,50.

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [unleserlich]
NW., Wilsnackerstr. 68.
O., Andrastr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Badener Lotterie

zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
4566 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000

Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [unleserlich]
NW., Wilsnackerstr. 68.
O., Andrastr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

f. d. Alter v. 2-19 Jahr. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und realsten direkt in der Fabrik von Karl Huslädts O., Koppenstr. 85, 2 Min. v. Sglf. Bahn. Herren-Garderobe nach Mass.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Muhlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Weltberühmt

Die für die Wahlperiode 1902/1903 gewählten Delegierten werden hiermit zu der am Sonntag, den 13. Dezember 1903, vormittags 10 Uhr beginn. 10 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, stattfindenden

Ordentlichen General-Versammlung

ergebenst eingeladen.
Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber-Delegierten. Tages-Ordnung: Wahl von zwei Vorstands-Mitgliedern für die Zeit 1904/05 an Stelle der ausscheidenden Herren Israel und Kuerbad.
Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten. Tages-Ordnung: 1. Desinitive Genehmigung des mit dem „Verein der freigedächelten Kassenärzte“ für das Jahr 1904 abzuschließenden Vertrages. 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 3. Beschlußfassung über den Antrag wegen Aushebung der in Cigarettenfabriken beschäftigten Kassenmitglieder zur Orts-Stramenkasse der Cigarettenmacher. 4. Mittellungen des Vorstandes.
Versammlung d. Arbeitnehmer-Delegierten. Tages-Ordnung: Wahl von vier Vorstandsmitgliedern für die Zeit 1904/05 an Stelle der ausscheidenden Herren Bolter, Luschmann, Sinn und Hel. Schaub. Berlin, den 2. Dezember 1903.
Der Vorstand.
G. Wolter, Vorsitzender.

Albert Rosenhain

Berlin SW., Leipzigerstr. 73/74.

Am Donnerstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, starb nach kurzer schwerer Krankheit, unser lieber Mann und Vater, der Buchdrucker

Karl Pasewaldt

geb. 18. 8. 52 in Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Grunau-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Typographia.

Nachruf.
Den verehrl. Mitgliedern hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß unser langjähriger zweiter Vorsitzender und Mitbegründer des Vereins, Kollege

Karl Pasewaldt

am Donnerstagnabend nach kurzer schwerer Krankheit verschied ist.
Der den Verstorbenen gekannt, wird unser Schmerz zu würdigen wissen. Sein aufrichtiger Charakter sowie seine langjährige Thätigkeit im Interesse des Vereins, sichern ihm ein bleibendes Andenken bei den Mitgliedern.
Beerdigung siehe vorstehend. Die Mitglieder werden ersucht, unserm verstorbenen Kameraden nachsichtig die letzte Ehre zu erweisen.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 3. Dezember ex. verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Carl Pasewaldt

im 52. Lebensjahre.
Durch seinen ehrenhaften Charakter hat er sich die Achtung aller erworben.
Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Buchdruckerei Emil Billig Nachf.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 3. d. Mts. verstarb nach kurzer schwerer Leiden unser Mitglied, der Schuhmacher

W. Schuhmacher

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Reichenhale des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten 238/14
Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher.

Todes-Anzeige.
Wittwoch, den 2. Dezember verstarb nach kurzem Krankenlager im 37. Lebensjahre unser langjähriger Mitglied 170/20

Wilhelm Schuhmacher.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Reichenhale des neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 2. Dezember verstorbenen Steindruckers

Otto Krüger

findet statt am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain aus nach dem Bartholomäus-Kirchhof, Weihenfelder.

175b Das Komitee.

Dankfagung.

Für die überaus große Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters und Schwagers, des Schlossers Rudolf Schnell sage dem Herrn Chef Leopold Hegler sowie sämtlichen Beamten, Weibern und Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Frau Schnell nebst Kindern.

Dankfagung.

Hierdurch sage ich allen Freunden und Bekannten meines verstorbenen Mannes Oskar Kämpfel, besonders dem Gesangsverein Männer-Quartett „Arion“ meinen aufrichtigen Dank. 150b

Witwe Marie Kämpfel nebst Kindern.

Allgem. Orts-Frankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.

Die für die Wahlperiode 1902/1903 gewählten Delegierten werden hiermit zu der am Sonntag, den 13. Dezember 1903, vormittags 10 Uhr beginn. 10 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, stattfindenden

Ordentlichen General-Versammlung

ergebenst eingeladen.
Um 10 Uhr: Versammlung der Arbeitgeber-Delegierten. Tages-Ordnung: Wahl von zwei Vorstands-Mitgliedern für die Zeit 1904/05 an Stelle der ausscheidenden Herren Israel und Kuerbad.
Um 10 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Delegierten. Tages-Ordnung: 1. Desinitive Genehmigung des mit dem „Verein der freigedächelten Kassenärzte“ für das Jahr 1904 abzuschließenden Vertrages. 2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 3. Beschlußfassung über den Antrag wegen Aushebung der in Cigarettenfabriken beschäftigten Kassenmitglieder zur Orts-Stramenkasse der Cigarettenmacher. 4. Mittellungen des Vorstandes.
Versammlung d. Arbeitnehmer-Delegierten. Tages-Ordnung: Wahl von vier Vorstandsmitgliedern für die Zeit 1904/05 an Stelle der ausscheidenden Herren Bolter, Luschmann, Sinn und Hel. Schaub. Berlin, den 2. Dezember 1903.
Der Vorstand.
G. Wolter, Vorsitzender.

Albert Rosenhain

Berlin SW., Leipzigerstr. 73/74.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Muhlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Badener Lotterie

zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
4566 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000

Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [unleserlich]
NW., Wilsnackerstr. 68.
O., Andrastr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

f. d. Alter v. 2-19 Jahr. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und realsten direkt in der Fabrik von Karl Huslädts O., Koppenstr. 85, 2 Min. v. Sglf. Bahn. Herren-Garderobe nach Mass.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Muhlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Badener Lotterie

zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
4566 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000

Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [unleserlich]
NW., Wilsnackerstr. 68.
O., Andrastr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

f. d. Alter v. 2-19 Jahr. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und realsten direkt in der Fabrik von Karl Huslädts O., Koppenstr. 85, 2 Min. v. Sglf. Bahn. Herren-Garderobe nach Mass.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Muhlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Badener Lotterie

zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
4566 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000

Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [unleserlich]
NW., Wilsnackerstr. 68.
O., Andrastr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

f. d. Alter v. 2-19 Jahr. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und realsten direkt in der Fabrik von Karl Huslädts O., Koppenstr. 85, 2 Min. v. Sglf. Bahn. Herren-Garderobe nach Mass.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Muhlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Badener Lotterie

zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
4566 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000

Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H., Bank-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: [unleserlich]
NW., Wilsnackerstr. 68.
O., Andrastr. 46 a.
SO., Oranienstr. 177.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

f. d. Alter v. 2-19 Jahr. in reichhaltiger Auswahl am billigsten und realsten direkt in der Fabrik von Karl Huslädts O., Koppenstr. 85, 2 Min. v. Sglf. Bahn. Herren-Garderobe nach Mass.

Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik Muhlhausen i. Thür.

Abt. I. Strickmaschinen. Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco.

Vertreter: Albert Homburger Berlin, Spandauer Brücke 2.

Badener Lotterie

zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
4566 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000

Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.,